



# HESSISCHER LANDTAG

05. 10. 2004

## 47. Sitzung

Wiesbaden, den 5. Oktober 2004

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	3103	Frage 269 – Abg. Dr. Andreas Jürgens . . . . .	3107
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	3103	<b>Landesblindengeld</b>	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3103	Dr. Andreas Jürgens . . . . .	3107
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	3141	Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	3107
<b>1. Fragestunde</b>		Frage 270 – Abg. Frank-Peter Kaufmann . . . . .	3107
– Drucks. 16/2667 – . . . . .	3104	<b>Grenzwerte für Fluglärm</b>	
<i>Abgehalten</i> . . . . .	3116	Frank-Peter Kaufmann . . . . .	3107
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3116	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	3107, 3108
		Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) . . . . .	3108
Frage 261 – Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller	3104	Frage 271 – Abg. Bernhard Bender . . . . .	3108
<b>Staatliches Untersuchungsamt Gießen</b>		<b>Personalabbaukonzept Hessen-Forst</b>	
Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	3104	Bernhard Bender . . . . .	3108
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3104	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3108, 3109
Frage 262 – Abg. Heike Habermann . . . . .	3104	Gernot Grumbach . . . . .	3108
<b>Frankfurter Schule für Bekleidung und Mode</b>		Frage 272 – Abg. Heinrich Heidel . . . . .	3109
Heike Habermann . . . . .	3104	<b>Straßen im Umfeld des Nationalparks</b>	
Ministerin Karin Wolff . . . . .	3104	Heinrich Heidel . . . . .	3109
Frage 263 – Abg. Kordula Schulz-Asche . . . . .	3104	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	3109
<b>Kontrollen zu Alcopops</b>		Dr. Walter Lübcke . . . . .	3109
Kordula Schulz-Asche . . . . .	3104, 3105	Frage 273 – Abg. Brigitte Kölsch . . . . .	3109
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	3105, 3106	<b>Pilotversuch „Schule gemeinsam verbessern“</b>	
Alfons Gerling . . . . .	3105	Brigitte Kölsch . . . . .	3109, 3110
Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	3105	Ministerin Karin Wolff . . . . .	3109, 3110
Frage 264 – Abg. Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	3106	Tarek Al-Wazir . . . . .	3110
<b>Forcierung der positiven Entwicklung im Wohnungsbau</b>		Frage 274 – Abg. Boris Rhein . . . . .	3110
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	3106	<b>Längerfristiges Aufenthaltsverbot</b>	
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	3106	Boris Rhein . . . . .	3110
Frage 265 – Abg. Dr. Walter Lübcke . . . . .	3106	Minister Volker Bouffier . . . . .	3110
<b>Fortbildungsangebot für Fahranfänger</b>		Frage 275 – Abg. Boris Rhein . . . . .	3111
Dr. Walter Lübcke . . . . .	3106	<b>Gefahrgutunfälle</b>	
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	3106	Boris Rhein . . . . .	3111
Frage 267 – Abg. Elisabeth Apel . . . . .	3106	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	3111, 3112
<b>Genehmigungsdauer bei immissionsschutzrechtlichen Verfahren</b>		Frank-Peter Kaufmann . . . . .	3111
Elisabeth Apel . . . . .	3107	Tarek Al-Wazir . . . . .	3112
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3107	Frage 276 – Abg. Axel Wintermeyer . . . . .	3112
		<b>Gentechnikgesetz</b>	
		<i>Vom Fragesteller zurückgezogen</i>	

	Seite
Frage 277 – Abg. Roger Lenhart . . . . .	3112
<b>Hochwasserschutzgesetz</b>	
Roger Lenhart . . . . .	3112
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3112
Frage 278 – Abg. Roger Lenhart . . . . .	3112
<b>Endlagerkonzept für radioaktive Abfälle</b>	
Roger Lenhart . . . . .	3112, 3113
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3112, 3113
Norbert Schmitt . . . . .	3113
Tarek Al-Wazir . . . . .	3113
Frage 279 – Abg. Judith Lannert . . . . .	3113
<b>Europäische Regionalförderung</b>	
Judith Lannert . . . . .	3113, 3114
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	3113, 3114
Frage 280 – Abg. Reinhard Otto . . . . .	3114
<b>Änderungsverordnung zur Düngeverordnung</b>	
Reinhard Otto . . . . .	3114
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	3114
Frage 281 – Abg. Dr. Thomas Spies . . . . .	3114
<b>Sale-and-lease-back-Geschäfte</b>	
Dr. Thomas Spies . . . . .	3115, 3116
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	3115, 3116
Norbert Schmitt . . . . .	3116
Frage 290 – Abg. Silke Tesch . . . . .	3155
<b>Hochschulzugang für Meisterinnen und Meister</b>	

	Seite
Frage 292 – Abg. Jürgen May . . . . .	3155
<b>Ranking der 14 optionwilligen Kommunen</b>	
<i>(Die Fragen 290 und 292 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 282 bis 289, 291, 293 und 294 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)</i>	
3. a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005) und zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung</b>	
– Drucks. 16/2703 – . . . . .	3116
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen . . . . .</i>	3154
b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Finanzausgleichsänderungsgesetz 2005</b>	
– Drucks. 16/2700 – . . . . .	3116
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen . . . . .</i>	3154
c) Antrag der Landesregierung betreffend <b>Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2004 bis 2008</b>	
– Drucks. 16/2722 – . . . . .	3116
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen . . . . .</i>	3154
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	3116
Norbert Schmitt . . . . .	3126
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	3134, 3153
Roland von Hunnius . . . . .	3141
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	3147
Ruth Wagner (Darmstadt) . . . . .	3148
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	3154

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Lothar Quanz

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretär Harald Lemke  
Staatssekretär Herbert Landau  
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard  
MinDirig Werner Müller  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Michael Denzin  
Nancy Faeser

(Beginn: 14.02 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrte Damen, meine Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 47. Plenarsitzung am heutigen Dienstag und heiße Sie herzlich willkommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Sie zunächst bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Mit großer Trauer und Bestürzung haben wir vom plötzlichen Tod unseres ehemaligen Kollegen Prof. Dr. Bernd Hamer erfahren. 20 Jahre lang, bis zum Frühjahr des letzten Jahres, gehörte Prof. Dr. Hamer dem Hessischen Landtag an.

Geboren wurde Bernd Hamer am 15. Juni 1939 in Mettmann. Nach der Ausbildung zum Diplom-Kaufmann und nach dem ersten und zweiten juristischen Staatsexamen führte ihn sein beruflicher Werdegang nach Hessen. Von 1968 bis 1973 war er als Rechtsanwalt in Bad Homburg niedergelassen. Ab 1973 war Bernd Hamer Professor für Rechtswissenschaften am Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Frankfurt.

Politisch fand Prof. Dr. Hamer, der seine wertkonservativen Überzeugungen freundlich, aber offensiv vertrat, seine Heimat in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Von 1974 bis 1995 war er Vorsitzender der CDU in Bad Homburg. Sein kommunalpolitisches Engagement fand Ausdruck in seiner Tätigkeit als Stadtverordneter und als Mitglied des Magistrats der Stadt Bad Homburg – bis zu seinem Tode – sowie als Abgeordneter des Verbandstages des Umlandverbandes. 1983 wurde Prof. Dr. Hamer zum ersten Mal und in den folgenden Wahlen bis 1999 stets direkt von den Bürgerinnen und Bürgern seines Wahlkreises in den Hessischen Landtag gewählt.

Mit zahlreichen Anfragen und Initiativen beförderte er die Entwicklung der Stadt Bad Homburg und seines Wahlkreises. Im Landtag schätzte man seine klare und deutliche Sprache, die viele von uns erlebt haben. Seine Redebeiträge hatten nicht nur das Wohl unseres Landes im Blick, sondern waren auch immer wieder von der Sorge um Deutschland geprägt. Bereits sein Studium hatte ihn in das europäische Ausland geführt, und auf dieser Grundhaltung für sein Vaterland wuchs bei ihm eine große Überzeugung für die europäische Einigung.

Als Vorsitzender des Rechtsausschusses des Hessischen Landtags von 1995 bis 1999 und als Vorsitzender des Innenausschusses von 1999 bis 2003 erwarb er sich Respekt und Ansehen über die Fraktionsgrenzen hinaus.

In der gestrigen Trauerfeier für den Verstorbenen habe ich der Ehefrau von Prof. Dr. Hamer, seinen Kindern und allen Angehörigen unsere Anteilnahme ausgesprochen und sein Wirken für unser Bundesland gewürdigt. Prof. Dr. Bernd Hamer hat sich um das Land Hessen verdient gemacht. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. – Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, nun zur Tagesordnung. Die Tagesordnung vom 28. September 2004 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 70 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung, den Tagesordnungspunkten 62, 63 und 64, entnehmen können, sind drei Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Interfraktionell haben sich die Fraktionen auf eine Redezeit von fünf Minuten je Aktuelle Stunde verständigt. Der Landtag beschließt gemäß der Geschäftsordnung. Gibt es dazu andere Vorstellungen? – Das ist nicht der Fall. Dann werden die Aktuellen Stunden am Donnerstag um 9 Uhr, wie eben beschlossen, abgehalten.

Der Chef der Staatskanzlei, Herr Staatsminister Grüttner, ließ mich wissen, dass Herr Finanzminister Weimar zur Einbringung des Haushalts 45 Minuten Redezeit angemeldet hat. Dies weicht von der Absprache im Ältestenrat von 30 Minuten ab. Die parlamentarischen Geschäftsführer und ich haben sich darauf geeinigt, dass die Redezeit zu diesem Tagesordnungspunkt korrigiert und auf 45 Minuten gesetzt wird. Spricht jemand dagegen? – Dann ist es so geändert.

Eine weitere Änderung der Tagesordnung wurde in der Geschäftsführerrunde besprochen. Unter Tagesordnungspunkt 5 – erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Ausführung des Wohnraumförderungsgesetzes – soll der Gesetzentwurf lediglich eingebracht und dann ohne Aussprache an den Ausschuss überwiesen werden.

Tagesordnungspunkt 51 – Antrag aller vier Fraktionen betreffend Würdigung des 60. Jahrestages des Kriegsendes – wird am Mittwoch vor dem Tagesordnungspunkt 61, also vor der Beschlussfassung über die Petitionen, aufgerufen.

Gibt es zur Tagesordnung noch Anmerkungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so genehmigt.

Wir tagen heute bis 18 Uhr, beginnend mit Punkt 1, der Fragestunde, weiter mit Tagesordnungspunkt 3 a, b und c, und dann ist auch schon der heutige Tag erschöpft.

Meine Damen und Herren, ab heute haben Sie an den Plenartagen die Möglichkeit, sich im Umgang des Plenarsaals an einer Informationsecke unter anderem über wesentliche Elemente des e-Government zu unterrichten. Ich empfehle Ihnen, dies wahrzunehmen.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich ganz herzlich die Wirtschaftsjuvenen Hessen zum Projekt Know-how-Transfer. Sie sind heute Gäste im Hessischen Landtag. Herzlich willkommen und gute Erfahrungen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Staatsminister Dietzel wird heute um 18 Uhr mit der Erntekrone geschmückt.

(Heiterkeit – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das will ich sehen! – Volker Hoff (CDU): Das hat doch was!)

Wer das erleben will, kann um 18 Uhr im Kleinen Saal daran teilnehmen.

Höhepunkt des heutigen Tages ist heute Abend um 19.30 Uhr: In Frankfurt-Niederrad spielt unsere Fußballmannschaft gegen eine Auswahlmannschaft der Interessengemeinschaft Niederrad, ein Benefizspiel zugunsten der Suchthilfe Frankfurt in Frankfurt-Niederrad. Ich wünsche gute Verrichtung. Hier steht „einen guten und fairen Spielverlauf“. Ich sage, ich wünsche euch gute Verrichtung. Morgen früh werde ich kundzutun haben, wie es ausgegangen ist.

Meine Damen und Herren, das waren die Mitteilungen. Jetzt rufe ich **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Fragestunde – Drucks. 16/2667 –**

60 Minuten sind dafür vorgesehen. Die erste Frage ist aus der letzten Fragestunde, die **Frage 261**. Frau Abg. Hölldobler-Heumüller, bitte schön.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Was geschieht mit den Laborkapazitäten, dem Personal und der technischen Ausstattung für die BSE-Untersuchungen im Staatlichen Untersuchungsamt in Gießen, nachdem sie die Durchführung der BSE-Tests an ein privates Labor in Baden-Württemberg vergeben hat?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abgeordnete, im Jahr 2003 wurden in Hessen ca. 45.000 Rinder und Schafe auf BSE/TSE untersucht. Davon waren 27.800 geschlachtete Rinder.

Ab 1. Juli 2004 werden diese geschlachteten Rinder bei Privatlaboren untersucht, die im Rahmen eines Vergabeverfahrens ermittelt wurden. Diese Privatlabore treten als Verwaltungshelfer des Staatlichen Untersuchungsamtes Hessen auf und werden von Sachverständigen des Amtes regelmäßig überprüft. Bei dem Personal, das bisher für die BSE-Untersuchung geschlachteter Rinder zuständig war, handelt es sich um fünf befristete Stellen von Laborkräften, die im Laufe des Jahres 2004 ausgelaufen sind.

Die technische Ausstattung des BSE-Labors in Gießen wird zur Untersuchung der so genannten Monitoring-Tiere genutzt. Monitoring-Tiere sind alle verendeten oder notgetöteten Rinder, verendete ältere Schafe und stichprobenweise geschlachtete Schafe. Da bundesweit ca. zwei Drittel aller BSE-Fälle bei diesen so genannten Monitoring-Tieren auftreten, werden sie weiterhin von staatlicher Hand untersucht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Danke schön. – Als Nächstes kommt **Frage 262** von Frau Kollegin Habermann.

**Heike Habermann (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann wird die Schulleiterstelle der Frankfurter Schule für Bekleidung und Mode besetzt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Abg. Habermann, die Besetzung der Stelle wird in Kürze erfolgen. Die Auswahl ist getroffen, damit befindet sich jetzt der Auswahlbeschluss im abschließenden Verfahren. Die Fristen der entsprechenden Beteiligungen sind noch einzuhalten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Habermann.

**Heike Habermann (SPD):**

Frau Kultusministerin, können Sie Ausführungen darüber machen, warum sich diese Stellenbesetzung insgesamt schon mehr als eineinhalb Jahre hingezogen hat?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Das kann ich im konkreten Fall im Moment nicht, ich kann das gerne nachliefern. Wir haben es in einer anderen Frage noch mit Klageverfahren und Einsprüchen zu tun. Mittlerweile gehen die Auswahlverfahren im Kultusministerium sehr beschleunigt vonstatten. Wir schreiben in einem frühen Stadium aus und besetzen die Stellen sehr zügig. Sobald Widersprüche oder Klageverfahren eintreten, sind wir nicht mehr uneingeschränkt Herr des Verfahrens.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Habermann, bitte schön.

**Heike Habermann (SPD):**

Ist es möglich, dass Sie noch entsprechende Informationen für diesen Fall nachliefern?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Selbstverständlich, das hatte ich eben schon gesagt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 263**, Frau Abg. Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie viele Kontrollen im Einzelhandel und wo wurden seit Beginn der Schwerpunktaktion des Hessischen Sozialministeriums „Suchtgefahr Alcopops“ (2. August 2004) im Beisein des Staatssekretärs durchgeführt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abg. Schulz-Asche, den Startschuss für die Schwerpunktaktion des Hessischen Sozialministeriums „Suchtgefahr Alcopops“ setzte der Staatssekretär mit einer Kontrolle am 2. August im Real-Markt in Wiesbaden. Am 29. September fand eine weitere Kontrolle im Hochtaunuskreis statt. Es ist verabredet, dass innerhalb eines Jahres insgesamt rund zehn Kontrollen stattfinden. Dabei werden der Zeitpunkt und die Örtlichkeit jeweils im Einvernehmen mit der für Jugendschutz zuständigen Polizeidienststelle festgelegt. Es wird von Fall zu Fall entschieden werden, ob der Staatssekretär daran teilnimmt oder nicht.

Weil es sich um eine Schwerpunktaktion handelt, haben wir des Weiteren einen Flyer entwickelt, der im Einzelhandel über die Gefahren von Alcopops und den Umgang unter dem Gesichtspunkt des Jugendschutzgesetzes aufklären soll, damit das von Anfang an richtig eingeordnet wird und der Zugriff etwas schwieriger ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, wie verträgt sich Ihre Aussage mit dem, was Sie mir in der 41. Plenarsitzung am 13. Juli auf eine ähnliche Frage geantwortet haben:

Persönliche Besuche des Staatssekretärs sind nicht seine Aufgabe. Die Arbeitsschutzverwaltung wird selbstverständlich in diesem Bereich weitere Besuche durchführen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abg. Schulz-Asche, ich habe Ihnen damals gesagt, dass es nicht darum geht, wie viele persönliche Besuche der Staatssekretär macht. An manchen Kontrollen wird er teilnehmen, an manchen nicht. Ansonsten sind dort die Arbeitsschutzverwaltung und natürlich die Jugendschutzkontrollen der zuständigen Polizeidienststellen vertreten. Das wird von Fall zu Fall entschieden werden. Es geht darum, das Thema Alcopops und die Gefahren, die davon ausgehen, immer wieder in der Öffentlichkeit darzustellen. Aus diesem Grund werden mehrere Maßnahmen entwickelt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Gerling.

**Alfons Gerling (CDU):**

Frau Ministerin, ist es zutreffend, dass auch Präventionsräte in Hessen auf das Verbot bzw. auf die Suchtgefahr der Alcopops in Einzelhandelsgeschäften hinweisen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Soweit mir bekannt ist, weisen inzwischen die Präventionsräte darauf hin. Inzwischen ist das Thema auf ein breites gesellschaftliches Interesse gestoßen, weil die Gefahren von Alcopops für Jugendliche besonders groß sind. Es muss ein öffentliches Umdenken stattfinden. Dazu gehört, dass im Einzelhandel solche Getränke an der richtigen Stelle eingeordnet werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, angesichts der Antwort auf meine Nachfrage: Wie verträgt sich denn die Aussage, dass der Staatssekretär diese Aktion begleiten wird, mit der Presseerklärung vom 01.07.2004, die sozusagen der Anlass dafür gewesen war, dass ich in der letzten Plenarsitzung die Frage gestellt habe, und in der es heißt: „Die Polizei werde diese Aktion“ – nämlich des Staatssekretärs – „flankierend begleiten und verschärft Jugendschutzstreifen durchführen“?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Es verträgt sich außerordentlich gut. Frau Kollegin Schulz-Asche, ich bin sehr erfreut, dass Sie sich dieses Themas mit uns annehmen. Ich hoffe, wenn wir dieses Thema noch öfter im Landtag besprechen, wird auch die Erkenntnis in der Öffentlichkeit eintreten, dass Alcopops für Jugendliche eine Gefahr sind und diese Gefahr noch größer wird. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Ihnen, dass Sie diesem Thema auch Zeit und Mühe widmen.

(Beifall des Abg. Alfons Gerling (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Letzte Zusatzfrage, Frau Abg. Hölldobler-Heumüller.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, Sie hatten im Plenum während einer Fragestunde angekündigt, dass Sie Gespräche mit dem Handel wegen der Platzierung und der Alcopops generell führen. Können Sie zum Sachstand etwas sagen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Die Gespräche mit dem Handel haben inzwischen stattgefunden. Aus diesem Grund haben wir sehr bewusst gesagt, dass ein Flyer entwickelt wird, um überall Aufklärungsarbeit leisten zu können. Die Alcopops müssen von Anfang an richtig platziert werden und dürfen eben nicht bei den üblichen nicht alkoholischen Getränken für Jugendliche stehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frage 264, Herr Abg. Milde.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Maßnahmen unternimmt sie, um die positive Entwicklung im Wohnungsbau, die sich an der steigenden Zahl der Baugenehmigungen im Vergleich zum letzten Jahr ablesen lässt, weiter zu forcieren?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, Herr Abgeordneter! Die Landesregierung unterstützt den Erwerb von Wohneigentum durch zinsgünstige Darlehen und Bürgschaften. Diese Programme wurden vor kurzem neu gestaltet. Durch verstärkte Nutzung von KfW-Mitteln sind jetzt höhere Finanzierungsvolumina möglich. Die Landesregierung fördert außerdem die Schaffung von preiswerten Mietwohnungen und leistet somit auch einen Beitrag zur Stützung der Baukonjunktur.

Wir haben also insgesamt drei Maßnahmen: Das Hessen-Baudarlehen – zinsverbilligte Darlehen für den Neubau, hierfür stehen im zweiten Halbjahr noch 41,5 Millionen € zur Verfügung –, das Eigenheimzulagedarlehen und zur Finanzierung des Erwerbs von Gebrauchtimmobiliën eine entsprechende Unterstützung über Darlehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Milde.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Minister, stimmen Sie mir zu, dass eine Abschaffung der Eigenheimzulage auf Bundesebene diesen Bemühungen entgegenwirken würde?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Die Frage beantworte ich mit Ja.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Als Nächstes kommt **Frage 265** von Herrn Abg. Dr. Lübcke.

**Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie begleitet sie das Fortbildungsangebot für Fahranfänger, um das hohe Unfallrisiko dieser Gruppe zu senken?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, Herr Abgeordneter! Die Hessische Landesregierung hat mit Wirkung vom 1. Januar 2004 die so genannte Fahranfängerfortbildungsverordnung per Erlass eingeführt. Dieses Konzept ist ein Modellversuch zur Erprobung einer freiwilligen zweiten Ausbildungsphase in Form eines Fortbildungsseminars für Fahranfänger, die seit mindestens sechs Monaten im Besitz einer Fahrerlaubnis auf Probe der Klasse B – also PKW – sind. Für diese Fahranfänger verkürzt sich bei Vorlage der Teilnahmebescheinigung deren zweijährige Probezeit auf maximal ein Jahr. Wir sind fest davon überzeugt, dass dieses Programm zur Senkung des leider viel zu hohen Unfallrisikos von jungen Fahranfängern beitragen wird.

Gemeinsam mit dem ADAC und dem Hessischen Fahrlehrerverband hat mein Haus im August 2004 hierzu eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung im Fahrsicherheitszentrum in Gründau durchgeführt. Ich war auch dabei. 24 junge Fahrerinnen und Fahrer haben an diesem Programm teilgenommen, dessen Kosten sich die Veranstalter geteilt haben.

Darüber hinaus unterstützen wir die Publikation einer Broschüre des Deutschen Verkehrssicherheitsrates zur Information über diese Fortbildungsseminare. Ich denke, jeder, der dazu beiträgt, diese Seminare bekannter zu machen und den Nutzen hervorzuheben, leistet – insbesondere für junge Führerscheininhaber – einen Beitrag zur Sicherheit auf den Straßen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frage 267, Frau Abg. Apel.

**Elisabeth Apel (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

(Das Mikrofon funktioniert nicht.)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, rutschen Sie bitte einen Sitz nach vorne. Wir erleben die letzten Zuckungen dieses Hauses.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es zuckt aber noch! – Jürgen Walter (SPD): Herr Präsident, das steht morgen in der Zeitung!)

**Elisabeth Apel (CDU):**

Ich hoffe, dass dieser Platz noch zuckt.

Ich frage die Landesregierung:

*Wie hat sich die Genehmigungsdauer in den immissionsschutzrechtlichen Verfahren im ersten Halbjahr 2004 entwickelt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Apel, die Dauer der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren hat sich von durchschnittlich 2,74 Monaten für das Jahr 2003 auf durchschnittlich 2,62 Monate für das erste Halbjahr 2004 verringert.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Sehr gut!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 269**, Herr Abg. Dr. Jürgens, bitte.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Beabsichtigt sie, der Empfehlung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff zu folgen und dem Landtag eine Streichung oder weitere Reduzierung des Landesblindengeldes vorzuschlagen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Abg. Dr. Jürgens, nein.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Jürgens.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Darf ich nachfragen, auf welchen Zeitraum sich diese Angabe bezieht, bis zum Ende der Wahlperiode?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Abg. Dr. Jürgens, wir hatten im vergangenen Jahr die Debatte zum Landesblindengeld. Aus meiner Sicht haben wir dort einen guten Kompromiss gefunden. Sollte der Landeswohlfahrtsverband die Landesregierung nicht zu einem anderen Handeln auffordern, sehe ich im Moment keinen Anlass, unser Handeln zu prüfen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 270**, Herr Abg. Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Ist sie mit dem Abschied vom Ergebnis der Mediation durch den Fraport-Vorstand einverstanden, der deutlich höhere Grenzwerte für die Novelle des Fluglärmgesetzes fordert, als in der Mediation festgelegt wurden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Soweit der Landesregierung bekannt ist, beziehen sich die von der Fraport AG in der Öffentlichkeit genannten konkreten Lärmwerte zur Novellierung des Fluglärmgesetzes auf bestehende Flughäfen. Sie sind also nicht mit den Lärmwerten für den Ausbau von Flughäfen, welche Gegenstand der Mediation waren, vergleichbar.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wird die Landesregierung, die auch an der Mediation beteiligt war, die Werte des Fluglärmgesetzes, die noch oberhalb der Mediation liegen, unterstützen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Wirtschaftsminister.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Wir unterscheiden zwischen den Werten für bestehende und neue oder auszubauende Einrichtungen. Für bestehende Einrichtungen sind Werte von 65 bis 55 dB – für den Tag bzw. die Nacht – vorgesehen. Dies unterstützen wir. Im Übrigen sind wir der Meinung, dass die Werte für Neubauten im Luftverkehrsgesetz, also im entsprechenden Fachplanungsrecht, verankert werden sollen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abg. Kaufmann, Zusatzfrage.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, die Werte, die in der Mediation herauskamen, entsprechen denen für Neubauten. Unterstützen Sie diese seitens der Landesregierung?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Die Landesregierung steht grundsätzlich hinter den Ergebnissen des Mediationsverfahrens.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Dr. Jung.

**Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):**

Herr Minister, ich frage die Landesregierung: Haben sich die Vorwürfe, die der Abg. Kaufmann in diesem Parlament erhoben hat, im Hinblick auf die Verbreiterung der Bahn am Frankfurter Flughafen als richtig erwiesen?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war nur ein PR-Gag! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gehört aber nicht zu der Frage! – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Aufgrund der Zeitungsberichterstattung hat Herr Kaufmann anlässlich eines Besuchs zugegeben, dass seine Vermutungen falsch sind, dass also die ursprünglich vorgetragenen Behauptungen nicht zutreffen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eine völlig andere Frage!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Frage ist **Frage 271**. Herr Abg. Bender.

**Bernhard Bender (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann wurde vom Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz das Gutachten zu einem Personalabbaukonzept im Bereich des Landesbetriebes Hessen-Forst in Auftrag gegeben?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Bender, das Gutachten zur Entwicklung eines Personalabbaukonzepts im Bereich des Landesbetriebes Hessen-Forst wurde im August 2003 in Auftrag gegeben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfragen, Herr Grumbach und danach Herr Bender.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Staatsminister, ich frage Sie, welche Vorgaben Sie für das Gutachten gegeben haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Wir haben in diesen Bereichen keine Vorgaben gemacht. Wir haben lediglich vorgeschlagen, das Personal bei den Waldarbeitern sowie bei den Beamten und Angestellten zu reduzieren, und zwar, wie Sie wissen, bei den Waldarbeitern um etwa 600 Stellen und bei den Beamten und Angestellten um etwa 320 Stellen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Bender.

**Bernhard Bender (SPD):**

Herr Minister, sind die Ergebnisse dieses Gutachtens deckungsgleich in die Vorschläge des Zukunftssicherungsgesetzes eingeflossen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Umweltminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Bender, ich denke, dass es wichtig war, das Verfahren abzuklären. Das ist in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb und der gutachterlichen Stellungnahme des Büros Lovells gemacht worden. Es sind acht Punkte aufgeführt worden, die in die weiteren Beratungen eingeflossen sind.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Noch eine Zusatzfrage, Herr Kollege Bender.

**Bernhard Bender (SPD):**

Herr Minister, war es das Ergebnis des Gutachtens, dass in den neu gebildeten Forstämtern eine Doppelspitze eingeführt wird?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.



**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Bender, das ist zwar so; ich kann Ihnen aber nicht sagen, ob es das Ergebnis dieses Gutachtens ist. Ich werde Ihnen das schriftlich nachliefern.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frage 272, Herr Abg. Heidel.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Ich frage die Landesregierung:

*Teilt sie die Einschätzung des Regierungspräsidenten von Kassel, Herrn Lutz Klein, dass die Straßen im Umfeld des Nationalparks Kellerwald-Edersee dringend ausgebaut werden müssen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ein klares Ja. Wir teilen diese Auffassung.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Heidel.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Gehört dazu nach Ihrer Ansicht auch die Straße L 33/L 32 von Giflitz nach Kleinern?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Sie werden nachher in der Haushaltsrede des Finanzministers erfahren, dass im nächsten Jahr nicht nur das Straßenbauprogramm, wie es üblich ist, auf den Rekordwert von 56 Millionen € erhöht werden soll, sondern dass zusätzlich ein Sonderprogramm installiert wird. Die Maßnahmen, die im Sonderprogramm beheimatet sein werden, werden derzeit abgestimmt. Es werden sicherlich einige unter dem Stichwort Kellerwald sein.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Dr. Lübcke.

**Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Herr Minister, können Sie aus dem Stegreif beantworten, wie hoch der Rückstau der Investitionen im Landesstraßenbau durch acht Jahre Rot-Grün in Hessen ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Wirtschaftsminister.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Es gibt eine Erhebung, die mehrere Hundert Millionen € veranschlagt. Denn die jährliche Rate betrug damals lediglich rund 25 Millionen €.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Heidel.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Minister, gehe ich zu Recht davon aus, dass, wenn die Straßenbaufinanzierung wieder auf den so genannten Posch-Wert erhöht wird,

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann auch die Straße von Giflitz nach Kleinern, die ich vorhin angesprochen habe, darin enthalten ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Wenn Sie hier die gute Leistung der letzten Landesregierung noch einmal herausstellen, dann darf ich in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, dass mit dem Sonderprogramm dieser so genannte Posch-Wert noch einmal erheblich getoppt wird.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frage 273, Frau Abg. Kölsch.

**Brigitte Kölsch (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie die gegenwärtige Entwicklung des Pilotversuches „Schule gemeinsam verbessern“?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Kollegin Kölsch, die Bewertung des Pilotversuchs fällt ausgesprochen positiv aus. Seit dem 1. August 2002 arbeiten die Schulen im Kreis Groß-Gerau in einem neuen Kooperations- und Finanzierungsmodell mit der Schulaufsicht und den kommunalen Schulträgern zusammen. Die Schulen im Main-Taunus-Kreis begannen die Arbeit an „Schule gemeinsam verbessern“ am 1. August 2004.

Wesentliche Ziele dieser neuen Kooperationsstrukturen, die zwischen dem Land, den Schulämtern und den Schulträgern festgelegt worden sind, sind die Verbesserung der Qualität schulischer Leistungen, die Stärkung der Eigenverantwortung von Schule, die Erprobung und Entwicklung des neuen Verwaltungssteuerungsmodells sowie die Handhabung eines gemeinsamen regionalen Budgets aus Landes- und Schulträgermitteln, die Budgetierung der Schulen und die Budgetsteuerung durch die Schulen, die Entwicklung eines regionalen Netzwerks für Bildung und Erziehung sowie der Transfer der Ergebnisse in andere Regionen.

Inzwischen sind alle 52 Schulen der Schulamtsbereiche Groß-Gerau und Rüsselsheim an dem Projekt beteiligt. Im Kreis Groß-Gerau, in Rüsselsheim und im Main-Taunus-Kreis gibt es insgesamt 116 Pilotschulen. Sie alle nutzen die Stärkung der Selbstverantwortung für spürbare Qualitätsverbesserungen.

Die Verantwortung für den Ressourceneinsatz wird von einem Funktionswandel bei den Schulleitungen und der Schulaufsicht begleitet und initiiert in den Schulleitungen und Kollegien eine Konsensfindung über die Verwendung der Mittel und damit über die Verfolgung pädagogischer Ziele. Die Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen in finanzieller Hinsicht führt damit auch zu einer Reflexion über die eigene schulische Arbeit und zu einer pädagogischen Diskussion, deren Ergebnisse in eine gemeinsame Prioritätensetzung für die Qualitätsentwicklung von Schule einfließen. Damit verbessert dieses Projekt die Innovationsbereitschaft an den Schulen und gleichermaßen auch den regen Austausch zwischen den Schulen, etwa über Best-Practice-Modelle.

Die Schulen stehen sich gegenseitig als Multiplikatoren zur Verfügung und haben mittlerweile ihre Fühler in Richtung Wirtschaft und Hochschulen ausgestreckt.

Die Rückmeldungen aus den beteiligten Schulen sind durchweg positiv. Sonst wäre die Steigerung der Zahl der beteiligten Schulen von 24 auf gegenwärtig 114 nicht vorstellbar, und sonst würden die Kreise Wetterau und Hochtaunus jetzt nicht in dieses Projekt einsteigen wollen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Kölsch.

**Brigitte Kölsch (CDU):**

Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, ob noch weitere Kreise an diesem Pilotprojekt Interesse zeigen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Kollegin Kölsch, es besteht in anderen Kreisen und Städten ebenfalls Interesse, z. B. bei der Stadt Frankfurt am Main. Wir werden allerdings an einer bestimmten Stelle bei dem Projekt „Selbstverantwortung plus“ grundsätzliche Entscheidungen treffen müssen, denn irgendwann hat sich der Begriff Pilotprojekt überlebt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Eine Zusatzfrage, Herr Kollege Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, fänden Sie es nicht dramatisch, wenn Frau Kölsch das nicht wüsste, was sie Sie gefragt hat?

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Lieber Herr Abg. Al-Wazir, es ist immer wichtig, diese Dinge ins Bewusstsein zu rücken – bei Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN und auch in das öffentliche Bewusstsein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 274**, Herr Abg. Rhein.

**Boris Rhein (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Hat sich die an die HSOG-Änderung vom Dezember 2003 geknüpfte Erwartung, durch Einführung eines längerfristigen Aufenthaltsverbotes Straftaten besser verhüten zu können, bestätigt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Dieses neue gesetzliche Instrument hat sich bewährt. Ich darf darüber berichten, dass sich die gesetzliche Möglichkeit, ein längerfristiges Aufenthaltsverbot auszusprechen, insbesondere mit Blick auf Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Hütchenspiels, aber auch der Drogenszene, sehr positiv ausgewirkt hat, insbesondere bei klassischen Intensivtätern und bei Banden. Ich unterstelle, dass das Thema Hütchenspiele dem Haus auch und gerade durch die Berichterstattung in der Presse bekannt ist.

Wir haben stichprobenartig ermittelt. Wir haben z. B. seit Jahresbeginn in der Stadt Darmstadt 87 Aufenthaltsverbote verfügt. Durch den entsprechenden polizeilichen Kontrolldruck konnte die offene Drogenszene in Darmstadt weitgehend aufgelöst werden. Zweites Beispiel: In Frankfurt konnte die Hütchenspielerszene im Bereich der Konstablerwache und des Bahnhofs weitgehend aufgelöst werden. In der Drogenszene, insbesondere bezüglich Heroin und Crack, sind nachweislich Erfolge eingetreten.

Die Zahl der seit Beginn dieses Jahres ausgesprochenen Aufenthaltsverbote beläuft sich auf 152. Insgesamt kann man sagen – ich habe beispielhaft die Erfolge in zwei

Städten dargestellt –, dass diese Maßnahme dringend erforderlich ist, um insbesondere präventiv und erfolgreich gegen die Kriminalitätsszene vorzugehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 275,** Herr Abg. Rhein.

**Boris Rhein (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Maßnahmen ergreift sie, um Gefahrgutunfälle wie jüngst auf Autobahnen um Frankfurt zu verhindern?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Verkehrsminister Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abgeordneter, lassen Sie mich zunächst eine Vorbemerkung machen. Der Unfall auf der A 5, der Anlass für diese Frage war, ist nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen darauf zurückzuführen, dass ein nicht mit Gefahrgut beladener LKW nahezu ungebremst auf einen verkehrsbedingt haltenden Gefahrguttankwagen aufgefahren ist. Der Unfall im Bereich Neu-Isenburg ist auf einen Reifendefekt zurückzuführen, und der schwere Tankwagenunfall, der vor einigen Wochen in Nordrhein-Westfalen passierte, darauf, dass einem Tanklastwagen durch einen PKW eine Achse abgerissen wurde.

Unfälle, die entweder auf menschliches Fehlverhalten oder auf technisches Versagen zurückzuführen sind, lassen sich weder durch gesetzgeberische Maßnahmen noch durch zusätzliche Überwachungsmaßnahmen der Landesregierung verhindern.

Die Landesregierung wird sich deshalb auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die für die Beförderung gefährlicher Güter geltenden Sicherheitsvorschriften ständig überprüft und weiterentwickelt werden. Sie wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass gefährliche Güter – soweit möglich und vertretbar – mit Binnenschiffen oder der Bahn befördert werden. Die Landesregierung wird außerdem dafür Sorge tragen, dass auch in Zukunft neben den routinemäßigen Kontrollen Sonderkontrollen durchgeführt werden.

Wie Sie wissen, steht der zuletzt genannte Punkt ständig auf unserer Agenda. Das belastet zwar in einem gewissen Maße unseren Haushalt, aber wir sind der Meinung, dass wir diesen Aufwand unter Zuhilfenahme eigener Mittel betreiben müssen.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass zum 1. Januar nächsten Jahres, also in wenigen Wochen, eine überarbeitete Richtlinie der EU in Kraft tritt, die insbesondere im Hinblick auf die Abschottung sensibler Bereiche – Stichwort: Tanks – europaweit neue Vorschriften erlässt. Es wird die Aufgabe der Länder mit Außengrenzen in Europa sein, an den Grenzen zwischen Mitgliedsländern und Nichtmitgliedsländern schärfere Kontrollen durchzuführen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Rhein.

**Boris Rhein (CDU):**

Wann können wir konkret damit rechnen, dass wirklich nur noch Tanklastwagen auf deutschen Autobahnen fahren, die beispielsweise durch Mehrkammersysteme gesichert sind?

Ich möchte eine Frage hinterherschieben, Herr Präsident: Gibt es eine gewisse Gewähr dafür, das Versickern von Gefahrgut, wie es gerade in der Nidda geschehen ist, zu verhindern, beispielsweise durch den Einsatz von Auffangrinnen oder Auffangbecken bei neu gebauten Autobahnen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Bezogen auf die letzte Frage kann ich Ihnen sagen, dass Neubaumaßnahmen auch solche Eventualitäten berücksichtigen, aber keine absolut sicheren Vorkehrungen getroffen werden können. Es wird also auf die sensiblen Bereiche zu achten sein – wie in dem eben genannten Beispiel, wenn Flüsse eine Autobahn unterqueren oder unmittelbar an einer Autobahn entlangfließen.

Zu Ihrer ersten Frage kann man generell keine Aussage treffen, ob es möglich ist, alle Gefahrguttransporte auf die Schiene oder den Wasserweg zu verweisen. Das hängt vielmehr davon ab, wie lang ein Transportweg ist, weil sonst die Aufwendungen für das Rangieren in einem überproportionalen und auch gefährdenden Zusammenhang zu der gesamten Transportstrecke stehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, gehören zu den Maßnahmen, die die Landesregierung erwägt, möglicherweise auch Verkehrsbeschränkungen für Gefahrguttransporte, z. B. im Berufsverkehr? Der Unfall bei Neu-Isenburg geschah ja ausgerechnet zu dem maximal schwierigen Zeitpunkt, den es in der Woche gibt – bezogen auf die Folgen, die sich aus dem Unfall für das gesamte Rhein-Main-Gebiet ergeben haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Kaufmann, was vordergründig sinnvoll und schlüssig erscheinen könnte, ist bei näherem Hinsehen etwas diffiziler und problematischer. Wir wissen, dass gerade solche Transporte bei einer Wirtschaftsweise, die auf

Just-in-time angewiesen ist, das Funktionieren der Produktionsprozesse der produzierenden Industrie gewährleisten müssen. Das ist zu berücksichtigen.

Dennoch wollen wir darauf hinwirken, dass insbesondere in den Zeiten der Rushhour entsprechende Rücksichtnahmen vonstatten gehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Angesichts der Erfahrungen aus dem zweiten Gefahrgutunfall: Ist die Landesregierung der Meinung, dass es sinnvoll wäre, Leitplanken vermehrt in Betonbauweise statt in Metallbauweise zu errichten?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Al-Wazir, genau diese Diskussion ist jetzt unter Experten neu entfacht worden. Es wird ein Abwägungsprozess stattfinden müssen. Sie kennen auch die Konsequenzen der einen oder anderen Maßnahme.

Ich möchte Ihre Frage aber zum Anlass nehmen, den Sicherheitskräften zu danken, die hier in sehr schneller Weise geholfen und die Fahrbahn wieder in einen benutzbaren Zustand versetzt haben.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die **Frage 276** wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Dann rufe ich die **Frage 277** auf. Abg. Lenhart.

**Roger Lenhart (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie hat sich das Land Hessen bei der Abstimmung im Bundesrat zum Hochwasserschutzgesetz verhalten?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Lenhart, der Bundesrat hat in seiner 803. Sitzung am 24. September 2004 beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 1. Juli 2004 verabschiedeten Gesetz gemäß Art. 77 Abs. 2 des Grundgesetzes die Einberufung des Vermittlungsausschusses mit dem Ziel einer grundlegenden Überarbeitung des Gesetzes zu verlangen.

Der Bundesrat hat in seinem Beschluss weiter festgestellt, dass das Gesetz gemäß Art. 84 Abs. 1 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Hessen hat beiden Beschlüssen zugestimmt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 278**, Abg. Lenhart.

**Roger Lenhart (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie das von der Bundesregierung und insbesondere von Minister Trittin favorisierte Endlagerkonzept für radioaktive Abfälle?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Umweltminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Lenhart, das Land Hessen hat im Rahmen des von Bund und Ländern im Jahr 1980 gemeinsam beschlossenen integrierten Entsorgungskonzeptes die Aktivitäten der Bundesregierung zur Erkundung des potenziellen Endlagerstandortes Gorleben und das Genehmigungsverfahren für die Grube Konrad unterstützt.

Hessen hält die Abkehr der derzeitigen Bundesregierung von der bisher von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Entsorgungspolitik hin zu einem Entsorgungskonzept für nur ein Endlager für verfehlt und setzt sich für eine baldige Inbetriebnahme des genehmigten Endlagers Konrad sowie für die sofortige Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung von Gorleben ein. Ich lehne das von der Bundesregierung verfolgte Ein-Endlager-Konzept aus sicherheitstechnischer und wirtschaftlicher Sicht und aufgrund des langen Realisierungszeitraums ab. Das Ein-Endlager-Konzept des Bundes hat keine sicherheitstechnischen Vorteile gegenüber dem bisherigen, da für schwach und mittelstark radioaktive Abfälle einerseits und hoch radioaktive Abfälle andererseits unterschiedliche Anforderungen an deren sichere Endlagerung zu stellen sind. Daher kann ein gemeinsames Endlager für beide Abfallarten immer nur ein Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Anforderungen sein. Darüber hinaus erschweren diese Anforderungen an ein einziges Endlager die Standortsuche erheblich.

Weitere Konsequenzen dieser Endlagerpolitik des Bundes sind der Verlust der bisher in die Verfahren Konrad und Gorleben investierten Mittel in Höhe von ca. 2 Milliarden € sowie neue finanzielle Belastungen für die öffentliche Hand. Des Weiteren wird die Zeit für den Betrieb von oberirdischen Zwischenlagern bis nach 2030 unnötig verlängert.

Ich vertrete die Auffassung, dass in Deutschland ein Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle zeitnah hergestellt werden kann, wenn die durch den Bund erteilte Genehmigung für Schacht Konrad genutzt würde. Ebenso könnte – bei einer Aufhebung des Moratoriums für Gorleben – in absehbarer Zeit eine Entscheidung über die Eignung dieses Standortes für die Endlagerung von abgebrannten Brennelementen getroffen werden. Aus diesen Gründen halte ich die bisherigen Schritte der Bundesregierung für Schritte in die falsche Richtung und setze mich für eine Umkehr in der Endlagerpolitik des Bundes ein.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Schmitt.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Minister, auf welche Gutachten berufen Sie sich denn, wenn Sie Gorleben für einen geeigneten Standort halten, um dort radioaktives Material jahrhundertlang aufzubewahren?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Schmitt, ich erzähle Ihnen nichts Neues: Dieses Verfahren wurde bereits 1977 von der Niedersächsischen Landesregierung angestoßen. Damals gab es ein dreistufiges Auswahlverfahren, in dem 140 Standorte untersucht wurden. Diese Erkundungen begannen 1979 und wurden am 01.10.2000 durch die jetzige Bundesregierung unterbrochen.

Ich denke, nach diesen Diskussionen ist Gorleben der am ehesten geeignete Standort für diese radioaktiven Abfälle.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Lenhart.

**Roger Lenhart (CDU):**

Herr Minister, würden Sie in der Öffnung des Endlagers Gorleben für die Öffentlichkeit und die Forschung eine Förderung von Transparenz und Akzeptanz in der Bevölkerung sehen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Lenhart, ich denke, das ist kein Problem. Soweit ich weiß, ist Gorleben für die Öffentlichkeit zugänglich. Es kann also dort auch informiert werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, wenn Sie den Umgang mit diesem Müll für so problematisch halten – warum sind Sie denn dann dafür, aus dem Ausstieg wieder auszusteigen und noch viel mehr solchen Müll zu produzieren?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Al-Wazir, wie Sie wissen, bin ich hier grundsätzlich anderer Meinung als Sie. Ich bin der Meinung, dass wir um einen Energiemix nicht herumkommen. Dieser Energiemix besteht aus Kernenergie, fossiler Energie und erneuerbaren Energien.

Nach meiner Meinung ist auch das Klimaschutzziel ohne Kernenergie nicht zu erreichen. Es hilft uns relativ wenig, wenn wir die sicheren Kernkraftwerke in Deutschland abschalten, um Atomstrom aus unseren Nachbarländern zu beziehen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 279**, Frau Abg. Lannert.

**Judith Lannert (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die künftige Entwicklung der europäischen Regionalförderung in Hessen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, Frau Abgeordnete! Mit der Vorlage ihrer Verordnungsentwürfe im Juli dieses Jahres hat die EU-Kommission das legislative Verfahren für die Strukturperiode eingeleitet, die 2007 beginnt und bis zum Jahr 2013 reicht. Mit Entscheidungen des Europäischen Rates und des Europäischen Parlamentes über die endgültigen Verordnungstexte ist jedoch frühestens im Laufe des Jahres 2005 zu rechnen.

Die Beantwortung Ihrer Frage kann sich deshalb heute nur auf die Verordnungsentwürfe der Kommission stützen, also auf ein noch relativ frühes Stadium. Diese sehen eine Zusammenfassung der bisherigen für Westdeutschland relevanten Ziele 2 und 3 zu einem neuen Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ vor, untergliedert in einen EFRE- und einen ESF-Teil. Damit könnte es auch nach 2008 weiterhin eine europäische Regionalförderung in Hessen geben.

Zurzeit werden die Verordnungsentwürfe in einer Arbeitsgruppe zwischen Kommission und den Mitgliedstaaten diskutiert. Die Bundesregierung vertritt dort die Verhandlungsposition, dass aus deutscher Sicht notwendige Einsparungen im EU-Haushalt durch Verzicht auf das neue Ziel 2 – also „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ – erreicht werden soll. Dies würde in Deutschland einseitig die alten Bundesländer benachteiligen – also auch Hessen – und das Fördergefälle zwischen Ost und West nicht nur in Bezug auf die Fördersätze, son-

dern auch in Bezug auf die zur Verfügung stehenden Fördermittelvolumina weiter verschärfen.

Die Hessische Landesregierung lehnt diese Haltung der Bundesregierung deswegen strikt ab. Aus unserer Sicht sind in diesem Vorschlag der Kommission die Strukturfondsmittel mit 79 % schon ausreichend stark auf die bedürftigen Regionen – Ziel 1 – konzentriert. Dazu zählen vor allem die neuen EU-Mitgliederländer. Notwendige Kürzungen sollen deshalb proportional bei allen Zielen erfolgen. Die Hessische Landesregierung vertritt die Auffassung und weiß sich dabei in Übereinstimmung mit den meisten alten Bundesländern, dass diese Ziel-2-Mittel in Zukunft – ab dem Jahr 2007 – den jeweiligen Bundesländern pauschal zugewiesen werden, sodass die Bundesländer in eigener Verantwortung innerhalb ihres Bundeslandes spezifische Vorhaben fördern können.

Ich will die Antwort auf Ihre Anfrage zum Anlass nehmen und Ihnen mitteilen, dass die EU-Kommission gestern den von uns beantragten Änderungen zu den Förderschwerpunkten aus dem laufenden Programm zugestimmt hat.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Lannert.

**Judith Lannert (CDU):**

Ist schon abzuschätzen, mit welchem Mittelvolumen Hessen hiervon profitieren könnte?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Frau Abgeordnete, wenn das bisherige Volumen beibehalten wird, würden wir dies als einen Erfolg verbuchen können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 280**, Herr Abg. Otto.

**Reinhard Otto (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie sieht sie die Chance dafür, dass die von der Mehrheit der Bundesländer parteiübergreifend beschlossene Änderungsverordnung zur Düngeverordnung Rechtskraft erlangt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Otto, mit der Novelle der Düngeverordnung sollte nach der Vorstellung der Bundesregierung die bestehende Verordnung über die Grundsätze der guten

fachlichen Praxis beim Düngen abgelöst werden, um verstärkt Vorgaben des EU-Rechts Rechnung zu tragen. Leider ist die Bundesregierung dabei weit über das Ziel hinausgeschossen. Die in der Novelle vorgesehene Regeldichte war weder den landwirtschaftlichen Betrieben noch den Verwaltungen zumutbar.

Daher lehnten sowohl der Umwelt- als auch der Agrarausschuss des Bundesrates über die politischen Grenzen hinaus die Verordnung ab und empfahlen stattdessen auf der Basis eines Mehrländerantrages, eine Änderungsverordnung zur bestehenden Düngeverordnung zu beschließen. Diese verfolgt das Ziel, negative Umweltbeeinträchtigungen zu minimieren, ohne die Landwirtschaft unverhältnismäßig mit überzogenem Verwaltungsaufwand zu belasten. Gleichzeitig wird diese Änderungsverordnung den Anforderungen der Europäischen Union an die Umsetzung der so genannten Nitratrichtlinie gerecht.

Diesen Beschluss fasste auch das Plenum des Deutschen Bundesrates am 24. September 2004. Bereits vor zwei Wochen hat das Bundesministerium jedoch leider angekündigt, die Verordnung nicht verkünden zu wollen, sollte der Mehrländerantrag – wie nun geschehen – eine Mehrheit finden. Ich hoffe, dass die Bundesministerin nun der Ländermehrheit auf ihrem vernünftigen Weg folgt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Otto.

**Reinhard Otto (CDU):**

Herr Minister, worin sehen Sie wesentliche Vorteile des Bundesratsentwurfs gegenüber der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Variante?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Otto, ich möchte voranschicken, dass die Mehrheit in den Ausschüssen sehr eindeutig war – im Agrarausschuss mit 14 : 2. Nur die Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben für den Entwurf der Bundesregierung votiert, alle anderen SPD- und CDU-regierten Länder haben dem Änderungsvorschlag ihre Unterstützung gegeben.

Es geht um zweierlei. Es ist ein längerer Änderungsantrag, den man, wenn Sie Interesse haben, im Ausschuss diskutieren könnte. Dabei geht es um die Frage der Obergrenze bei Nitratdüngung, ob es 170 kg oder 230 kg je Hektar sind, oder z. B. um die Sperrfristen für organischen Dünger, welcher Zeitpunkt dafür genommen werden soll. Dazu gibt es einen Änderungsvorschlag von Bayern und Baden-Württemberg, der meiner Meinung nach durchaus zustimmungsfähig ist. Es gibt eine ganze Reihe Punkte, die noch diskutiert werden müssen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 281**, Herr Abg. Dr. Spies.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie hoch ist die maximal mögliche Steuerersparnis für den Investor bzw. der maximal mögliche Einnahmeverlust für die öffentliche Hand bei einem so genannten Sale-and-lease-back-Geschäft bei kommunalen Immobilien mit einem Verkehrswert von 340 Millionen €?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Weimar.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, ich hoffe, Sie möchten keine fachkundige Auskunft haben, um sie später gegebenenfalls zu benutzen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber es ist ausgesprochen schwierig, hier im Plenum über die günstigstmöglichen Steuermodelle zu sprechen. Trotzdem liegt auch mir daran, dass eine gewisse Vorstellung darüber besteht, was in dem Bereich gemacht werden kann.

Im Wesentlichen geht es darum, dass praktisch Geldvermögen gegen Immobilienvermögen durch Erwerb im Rahmen des Sale-and-lease-back-Geschäfts umgetauscht wird. Bei dem Sale-and-lease-back-Geschäft gibt es in der Bemessungsgrundlage eine Bedarfsbewertung von ungefähr 50 bis 60 % des tatsächlichen Wertes. Es kommt der Firmenfreibetrag für Betriebsvermögen hinzu. Von dem verbleibenden Wert sind 65 % anzusetzen. Davon geht der persönliche Freibetrag ab. Der Restbetrag liegt beachtlich unter dem Wert des Geldvermögens.

In dieser Situation gibt es bei dem Modell, das Sie mit der Größenordnung angesprochen haben, die Möglichkeit, einige 10 Millionen € Steuerersparnis vornehmen zu können. Das korrespondiert allerdings mit einer Zahlung der 3,5-prozentigen Grunderwerbsteuer auf den Kaufpreis, die gegengerechnet werden muss.

Ich will in diesem Zusammenhang sagen, dass dieses Modell im Grundsatz nur interessant ist, wenn ein Erbschaftsteuerfall oder ein Schenkungsteuerfall vorliegt – der Erbschaftsteuerfall insbesondere dann, wenn beispielsweise Stiftungen betroffen sind, wo alle 30 Jahre Erbersatzsteuer zu zahlen ist und der Steuersatz 30 % ausmacht. Das heißt also, immer dann, wenn solche Konstruktionen genutzt werden können, wo z. B. Erbersatzsteuer oder Erbschaftsteuer – was aber der geringere Fall ist – oder Schenkungen betroffen sind, können mit dieser Gestaltung wegen des unterschiedlichen Ansatzwertes bei der Steuer zwischen Geldvermögen und Immobilienvermögen ganz beachtliche Steuerersparnisse erzielt werden.

Das ist im Übrigen auch der Grund, warum bei Sale-and-lease-back-Geschäften, die wir nicht verhindern können, wozu man aber Anmerkungen machen kann und sollte, der eigentliche Sinn – die Steuergesetzgebung hat per se keinen Sinn, sondern ist ein Finanzierungsinstrument des Staates – dieser steuerliche Begünstigungen doch sehr stark in eine Situation verkehrt wird, die sicherlich vom Gesetzgeber so nicht gewünscht war.

Wir hatten darum gebeten, dass auf Bundesebene dieses Steuerschlupfloch gestopft wird. Der Bundesfinanzminis-

ter hat darauf verwiesen, dass ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu der Frage Erbschaftsteuer anstehe und man vorher keine Änderungen vornehmen wolle. Ich bin mit dieser Sache nicht ganz zufrieden, weil ich meine, dass zwischenzeitlich zu viel Zeit verloren geht. Man hätte gut daran getan, dieses Steuerschlupfloch zu schließen. Ich gehe davon aus, dass sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts diese Frage weitgehend entspannen wird, denn es ist nicht vorstellbar, dass dauerhaft eine solche Diskrepanz zwischen Geldvermögen und Immobilienvermögen bei der Erbschaftsteuer akzeptiert werden kann.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Spies.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Finanzminister, nachdem Sie dankenswerterweise so schlüssig auch die Komplexität des Vorgangs dargelegt haben: Wie beurteilen Sie die Aussage, dass für den Fall, dass solche Sale-and-lease-back-Geschäfte lokal nicht zustande kämen, jeder Investitionswillige reichlich alternative Investitionsmöglichkeiten finden würde? Anders ausgedrückt: Ist nicht die Möglichkeit, solche Geschäfte überhaupt durchzuführen, angesichts des Verfahrens außerordentlich limitiert?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, zwei Bemerkungen. Die eine ist: Ich glaube, dass wir in diesem Steuerbereich über moralische Kategorien nicht weiterkommen. Wir kommen nur mit der Frage weiter, wie man Steuern vernünftig so strukturiert, dass solche Ausflüchte und Möglichkeiten nicht bestehen. Ich gebe denjenigen, die die Erklärung abgeben, es gäbe auch andere Möglichkeiten, Geld zu investieren und möglicherweise Steuervorteile zu gerieren, durchaus Recht. Ob sie in dieser Größenordnung wie im geschilderten Fall möglich sind, weiß ich nicht und kann ich nicht beurteilen. Das muss auch jeweils im Einzelfall beurteilt werden. Das gilt insbesondere dann, wenn man dabei auch mit dem Ausland zu tun hat. Dann hat man da nämlich noch zusätzliche Probleme.

Ich glaube, daran wird ein grundsätzliches Problem des deutschen Steuerrechts klar. Wir haben eine komplizierte Bemessungsgrundlage. Manche Steuerbereiche korrespondieren nicht miteinander. Das kann ausgenutzt werden. Heutzutage ist es so, dass auch jede kurzfristige erfolgte Gesetzesänderung schon innerhalb kürzester Zeit dazu führt, dass ganze Legionen von Beratern Modelle erarbeiten, mit denen dann möglicherweise entsprechend Steuern gespart werden können. Ich glaube, das Problem wäre nur mit einer einheitlichen niedrigen Steuer und mit einer klaren Bemessungsgrundlage mit wenigen Ausnahmen zu lösen. Damit könnte man dann all das abbauen.

Wissen Sie, man muss sich auch ansehen, wer die Profiteure solcher Modelle sind. Ich muss dazu sagen: Die öffentliche Hand wäre sicherlich besser beraten, wenn sie dieses Geld zur Finanzierung von Steuersenkungen einsetzen würde, damit Deutschland international wettbe-

werbsfähig ist. Damit könnte aber auch der Staatshaushalt finanziert werden.

So what? Was nützt all das? Dass in dieser Richtung Geld abfließt, war sicherlich nicht das, was sich der Gesetzgeber dazu insgesamt vorgestellt hat. Dass das ausgenutzt wird, ist legal. Das kann von uns nicht verhindert werden. Ich kann aber an dieser Stelle durchaus sagen, dass es keine erfreuliche Entwicklung ist, dass der Einsatz solcher Modelle auch im öffentlichen Bereich vorangetrieben wird.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abg. Schmitt stellt eine Zusatzfrage.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Minister, vermutlich wird es heute Streitigere Themen zwischen uns geben. Sie sprachen bei diesem Modell von einer Summe von 10 Millionen € Steuerersparnis. Wie teilen sich denn in etwa die Steuerausfälle zwischen Bund und Land auf? Ist vor allem das Land betroffen? Das würde mich interessieren.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister, Sie haben das Wort.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Ich möchte das noch einmal klarstellen: Ich habe nicht von 10 Millionen €, sondern von einigen 10 Millionen € gesprochen.

Die Steuerausfälle teilen sich in der normalen Art und Weise zwischen dem Bund und den Ländern auf. Bei der Grundsteuer ist es dann allerdings wieder anders. Außerdem wirkt sich das auch noch auf den Länderfinanzausgleich aus. Möglicherweise besteht ein Problem bei dieser Frage auch darin, dass es intern als nicht so dramatisch angesehen wird, wenn es deswegen zu Steuerverschiebungen kommt.

Tatsache ist, dass das Geld den öffentlichen Kassen an irgendeiner Stelle fehlt. Das ist klar. Es gibt deswegen Steuerausfälle, die nur zum Teil direkt über das kompensiert werden können, was die Einzelnen, wie z. B. die Landkreise, durch diese Modelle erzielen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abg. Dr. Spies stelle eine Zusatzfrage.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Finanzminister, halten Sie es denn für möglich, dass eine Kommune ein solches Geschäft durchführt, ohne es europaweit auszuschreiben und ohne sich den Vertragsabschluss durch das kommunale Parlament bestätigen zu lassen? Ist es vielmehr möglich, sich eine pauschale Vollmacht zur Auftragsvergabe erteilen zu lassen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister, Sie haben das Wort.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Denn dabei geht es auch um die entsprechende Konstellation. Mir ist auch kein konkreter Anlass bekannt, auf den ich Bezug nehmen könnte. Außerdem sind für den Fall, dass diese Frage gestellt wird, auch das Innenministerium und der Regierungspräsident zuständig. Ich will mich darauf nicht zurückziehen, aber ich fände es nicht geboten, hier eine Auskunft zu geben, die nicht belastbar wäre.

(Frank Gotthardt (CDU): Vielleicht kann das Herr Kollege Spies einmal im Kreistag abfragen!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich schließe die Fragestunde.

(Zurufe: Oh!)

– Wir haben noch viel vor.

(Die Fragen 290, 292 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 282 bis 289, 291, 293 und 294 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf, und zwar **Tagesordnungspunkt 3 a:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005) und zur Änderung der Hessischen Landeshauhaltsordnung – Drucks. 16/2703 –**

**Tagesordnungspunkt 3 b:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2005 – Drucks. 16/2700 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 3 c:**

**Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2004 bis 2008 – Drucks. 16/2722 –**

Die Aussprache ist auf 45 Minuten je Fraktion festgelegt. Das Wort hat der Herr Minister der Finanzen.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2005, den wir Ihnen heute vorlegen, steht unter dem Motto: Sparen, sparen, sparen und gezielt in die Zukunft investieren.

(Beifall bei der CDU)

Öffentliche Haushalte sind keine abstrakten Rechenwerke. Sie sind vielmehr unmittelbarer Ausfluss der gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen unseres Landes und spiegeln Entwicklungen wider. Ich möchte anlässlich der heutigen Einbringung des Haushaltsentwurfs 2005, des Entwurfs des Finanzausgleichsgesetzes 2005 sowie der mittelfristigen Finanzplanung 2004 bis 2008 deshalb zunächst die Rahmenbedingungen darstellen.

In den vergangenen Jahren haben Sie von mir an dieser Stelle Ausführungen über die krisenhafte und bedrohliche Lage der öffentlichen Haushalte gehört. Mit aller



Nüchternheit sage ich Ihnen heute: Die Situation hat sich um keinen Deut verbessert. Nein, sie hat sich vielmehr im Verlauf dieses Jahres sogar noch verschärft.

Im vergangenen Jahr mussten Bund, Länder und Gemeinden bereits ein Defizit von rund 69 Milliarden € beklagen. Aller Voraussicht nach wird das Defizit im Jahr 2004 sogar die traurige Rekordmarke von über 80 Milliarden € erreichen. Dabei hat Bundesfinanzminister Eichel gerade mit fast 44 Milliarden € Neuverschuldung des Bundes eine Zahl für den Nachtragshaushalt des Bundes genannt, die bisher nicht vorstellbar erschien und möglicherweise noch nicht die ganze Wahrheit ist, die sich am Jahresende herausstellen wird.

Der Schuldenberg unserer öffentlichen Haushalte hat sich dadurch drastisch erhöht. 1994 betrug er noch 840 Milliarden €. In den vergangenen zehn Jahren ist er um mehr als zwei Drittel angestiegen und wird Ende des Jahres 2004 die Summe von 1,4 Billionen € erreichen. Damit einher geht eine massive Verletzung der Stabilitätskriterien des Vertrags von Maastricht. Das Schuldenstandskriterium, das die Höhe des Schuldenstands auf 60 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt, entfernt sich in Deutschland mit dem Vorjahreswert von 64,2 % und einem voraussichtlichen Wert von 66 % im Jahre 2004 immer weiter von der zulässigen Höchstgrenze.

Auch das Kriterium von 3 % befindet sich ständig in der öffentlichen Diskussion. Es geht also nicht nur um das Kriterium der 3 %, das mit dem Vertrag von Maastricht festgelegt wurde. Vielmehr geht es auch darum, dass bereits das Kriterium des Schuldenstands deutlich verletzt ist. Auch das 3-%-Kriterium wird dieses Jahr zum dritten Mal in Folge überschritten werden. Aller Voraussicht nach wird das gesamtstaatliche Defizit im Jahre 2004 bei mindestens 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts liegen. Leider sehen die Prognosen für das kommende Jahr nicht viel besser aus: Für das Jahr 2005 erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute ein Gesamtdefizit von bis zu 3,5 %.

Ich möchte an dieser Stelle einmal wiederholen, wie Herr Eichel das gesehen hat. Im Februar des Jahres 2002 sagte er:

2004 sinkt das Haushaltsdefizit auf nahezu null. Nahezu ausgeglichen heißt nicht, dass wir exakt bei null landen müssen, sondern nahezu bei null.

Die Frage ist, ob man sich bei einer Neuverschuldung von 44 Milliarden € „nahezu bei null“ befindet. Ich weiß nicht, ob das zutrifft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das sagte er im Februar 2002. Im Dezember 2002 hat er dann gesagt:

2006 wird das Haushaltsdefizit auf nahezu null sinken.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat Herr Weimar gesagt?)

Im November 2003 hat Herr Eichel dann gesagt, im Jahre 2008 werde das Haushaltsdefizit auf nahezu null sinken. Sie sehen daran, dass wir offensichtlich etwas außerhalb des Plans liegen.

Zum Vergleich dazu möchte ich Folgendes nennen. Hessen lag im Jahr 2003 mit 0,92 % weit unter der Grenze, die der Vertrag von Maastricht vorgibt. Es befand sich damit unter den ersten drei Ländern Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bleibe dabei – ich drücke mich jetzt sehr vorsichtig aus –: Es ist nicht gut für unser Land, dass die verehrten Mitglieder der Opposition ständig so tun, als sei Hessen sozusagen das Armenhaus Deutschlands. Davon sind wir weiter denn je entfernt. Wir haben eine sehr positive Entwicklung. Das kann man auch an den Zahlen festmachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben den schlechtesten Finanzminister!)

Die fortgesetzte Verletzung des Vertrags von Maastricht durch den Bund kann nicht akzeptiert werden. Noch weniger kann man akzeptieren, wie die Bundesregierung und auch Teile der Opposition dieses Hauses auf dieses Faktum reagieren.

Da ist plötzlich beschönigend von „Flexibilität“, von „sachgerechter Auslegung“, von „innerer Logik des Paktes“ die Rede. Das sind Begriffschöpfungen, die nur ein Ziel haben: zu kaschieren, dass man den Pakt im Kern nicht mehr will und auch nicht mehr einhalten kann und damit eine höhere Verschuldung hinnimmt.

Dies sind verheerende Signale nach innen, aber auch nach außen gegenüber den Ländern der EU und insbesondere gegenüber den Beitrittsländern. Deutschland verliert damit seinen Anspruch als Anwalt der Stabilität in Europa in kläglich Weise und gibt ihn unwiderruflich preis.

(Beifall bei der CDU)

Zurück zu der überaus ernsten Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland. Eine Ursache hierfür ist die bislang ungebremste Erosion der Steuereinnahmen. Seit Jahren gehen die Steuereinnahmen dramatisch zurück. Nach den jüngsten Schätzungen müssen die öffentlichen Haushalte im Jahre 2005 mit rund 75 Milliarden € weniger Steuereinnahmen rechnen, als noch 2001 prognostiziert wurde. 75 Milliarden € auf diese kurze Frist – das zeigt auch, wie die wirtschaftliche Substanz in Deutschland ruiniert wird. Das spiegelt sich dann in den Steuereinnahmen wider.

Entgegen den völlig substanzlosen Wunschvorstellungen unserer Opposition im Hessischen Landtag und insbesondere von Rot-Grün hat die zwischenzeitliche Konjunkturbelebung in Deutschland nicht zu einer Verbesserung der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte geführt. Die ganze Dramatik zeigt sich in Hessen an dem Umstand, dass die Einnahmen 2005 mit rund 13,7 Milliarden € Steuern vor LFA noch unter dem Niveau von 1999 liegen und sogar noch 217 Millionen € unter den erwarteten Steuereinnahmen des Jahres 2004. Es sind also weniger Steuereinnahmen 2005 als 2004, und das, obwohl wir vielfach neue Aufgaben bewältigen müssen und mittlerweile mehr als fünf Jahre allgemeine Preissteigerungen, eine zunehmende Zahl von Versorgungsempfängern, eine Erhöhung der Mitarbeiterbezüge und Beihilfeaufwendungen usw. zu verkraften haben,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Leben ist hart!)

von gesetzgeberischen Dingen, die uns in ungewöhnlicher Weise zusätzlich betreffen und die uns von Bundesebene aufgepfropft werden, ganz zu schweigen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jammer, Jammer!)

Das aktuelle Ausgabenniveau steht somit einer schon fast antiquierten Einnahmebasis gegenüber. Die Gründe für die angesprochenen Einnahmeausfälle sind mannigfaltig,

konzentrieren sich aber im Kern auf das Unvermögen der rot-grünen Bundesregierung, Maßnahmen zur nachhaltigen konjunkturellen Erholung in Deutschland durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Silberstreif am Horizont des ersten halben Jahres 2004 ist schon fast wieder einem trübseligen Novembernebel gewichen. Das Institut für Weltwirtschaft titelt in seiner Wachstumsprognose: „Deutschland – die Konjunktur flaut schon wieder ab!“ Lagen die Wachstumserwartungen bisher zum Teil bei mehr als 2 %, stellt sich nunmehr die niedrigste Prognose mit nur noch 1,2 % dar. Das Schlimme an der ganzen Sache ist: Deutschland könnte es doch viel besser, wenn eine bessere Politik gemacht würde.

(Beifall bei der CDU)

Die Diagnose gewinnt eine besondere Dramatik, wenn man sich die Frage stellt, wohin dies in Zukunft führt. Wendet man seinen Blick von den Problemen unserer Tage auf die Fragestellungen zukünftiger Jahre und Jahrzehnte, offenbart sich erst die ganze Wahrheit: Wir würden es unter dieser Bundesregierung bereits als großen Erfolg verbuchen, wenn Deutschland die angesprochene 3-%-Defizitgrenze halten würde.

In der „FAZ“ vom 10. September dieses Jahres aber wurde eindrucksvoll dargelegt, dass selbst unter dieser Prämisse die Staatsschulden dramatisch schneller wachsen würden als unser Volkseinkommen. Bei einer angenommenen durchschnittlichen Wachstumsrate von 2 % – was in unseren Tagen bereits abenteuerlich optimistisch anmutet und geradezu als Boom bezeichnet werden müsste – würde bei einem jährlichen Defizit von 3 % in etwas mehr als 15 Jahren ein Verhältnis zwischen Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt von 108 % entstehen, Tendenz steigend. Maastricht schreibt 60 % vor, und wir erinnern uns: Im Jahr 2004 liegt dieser Wert bei rund 66 %.

Auch wenn die Situation in Deutschland im Herbst 2004 so ist wie eben dargestellt, kapituliert die Hessische Landesregierung nicht vor den anstehenden Aufgaben. Ganz im Gegenteil, sie hat im vergangenen Jahr erheblich dazu beigetragen, die strukturellen Verkrustungen in Deutschland aufzubrechen und Deutschland wieder eine Chance einzuräumen, auf den Pfad der nachhaltigen wirtschaftlichen Gesundheit zurückzukehren.

(Beifall bei der CDU)

Die Hessische Landesregierung hat ihre Möglichkeiten in diesem Zusammenhang genutzt. Ich erinnere insbesondere an die Einbringung des Existenzgrundlagengesetzes, an die Mitarbeit bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, also Hartz IV, sowie an die Erarbeitung der Koch-Steinbrück-Vorschläge zum Subventionsabbau. Hessen hat sich dem Reformprozess gestellt und in Berlin wertvolle Arbeit geleistet, um ernormen Drive in die Sache hineinzubekommen. Hessen hat sich um diese Entwicklung verdient gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf hinzufügen, dass die Landesregierung diesbezüglich auch ganz aktuell aktiv ist, und zwar an ganz maßgeblicher Stelle: in der Föderalismuskommission.

Meine Damen und Herren, der heute von der Landesregierung vorgelegt Entwurf zum Haushalt 2005 ist nach dem, was ich eben ausgeführt haben, ein deutlicher Beleg

für das, was ein einzelnes Bundesland derzeit leisten kann und wo es unter den gegebenen Umständen an seine objektiven Grenzen stößt. Wie schon der Haushalt 2004 steht auch der Entwurf 2005 unter der Leitlinie „Sparen, konsolidieren und investieren“.

Meine Damen und Herren, in einem beispiellosen Kraftakt hat diese Landesregierung allen Unkenrufen zum Trotz bereits im vergangenen Herbst die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes wahrgenommen und damit einen wichtigen Baustein auch für den Haushalt 2005 gelegt. Sie hat das größte Sparprogramm in der hessischen Geschichte aufgelegt, die „Operation sichere Zukunft“.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Düstere Zukunft“!)

Dieses Paket lediglich als Sparprogramm zu bezeichnen wird der Sache bei weitem nicht gerecht. Es wurde nämlich nicht nur einmalig gespart; denn allein damit lassen sich, wie wir eben gesehen haben, die Probleme unserer Zukunft nicht lösen. Es wurde vielmehr in vorher nie da gewesener Größenordnung eine strukturelle Entlastung des Haushalts herbeigeführt.

(Heinrich Heidel (FDP): Wenn das alles wahr ist, was er uns erzählt!)

Den Damen und Herren der Opposition, die in diesem Zusammenhang davon sprechen, dass das Sparpaket verpufft bzw. völlig wirkungslos sei, möchte ich bei allem Respekt sagen, dass sie offensichtlich nicht wissen, wovon sie reden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Alle künftigen Haushalte werden durch die „Operation sichere Zukunft“ in den strukturellen Komponenten in einer Größenordnung von mehr als einer halben Milliarde € jährlich entlastet, mit steigender Tendenz. Ohne diese Entlastung wäre das Defizit, das wir heute leider nicht vermeiden können, um mindestens diesen Betrag höher, und er würde in den nächsten Jahren immer weiter anwachsen. Es ist die große Leistung der Hessischen Landesregierung, angemessen gehandelt zu haben.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn in Berlin irgendeiner von Rot-Grün die Kraft hätte, ginge es Deutschland besser. Durch ihr Verhalten haben SPD und GRÜNE jede Legitimation zur Kritik an der Haushaltspolitik der Landesregierung verloren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, erinnern wir uns an die verbiesterten Proteste gegen die „Operation sichere Zukunft“ im letzten Jahr. Da wurde die Notwendigkeit der Personaleinsparungen, der Streichung von Subventionen und der Herabsetzung der Steuereinnahmeerwartungen für 2004 und die Folgejahre erbittert bekämpft.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das verantwortungsvolle Handeln der Hessischen Landesregierung und der Mehrheitsfraktion CDU wurde mit der kleinen politischen Münze des Anbieterns an Interessengruppen beantwortet.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sparen, wenn es ernst wird, auf allen Ebenen ist nicht Ihre Sache.

(Petra Fuhrmann (SPD): Eine Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als ich im späten Frühjahr über ein leicht steigendes Steueraufkommen berichtet habe, sollte das Geld sofort ausgegeben werden. Ich hoffe, alle erinnern sich noch an die Pressemeldungen der Sozialdemokraten zu diesem Themenkomplex.

Meine Damen und Herren, wir sind stolz darauf, das Mögliche getan zu haben. Hessen hat eine Opposition von SPD und GRÜNEN nicht verdient, die Haushaltslöcher beschimpfen, aber bedenkenlos Ausgaben erhöhen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wie wichtig unser harter Sparkurs ist, zeigt sich bei den Steuereinnahmen. Diese sind jetzt im vierten Monat völlig enttäuschend.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, gestatten Sie Zwischenfragen? – Nein.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist so schön am Schimpfen! Da will er sich nicht unterbrechen lassen!)

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich, bis Mai hatten wir schon mehr Steuern eingenommen, als wir für das ganze Jahr gedacht hatten. Damals haben Sie gefordert, Geld auszugeben. Ich habe gesagt: Leute, Vorsicht, wie die Situation sich entwickelt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb müssen Sie jetzt schleunigst Erbach kaufen?)

Im September fehlen gegenüber dem Vorjahresmonat einschließlich Länderfinanzausgleich 345 Millionen €. Das sind riesige Einbrüche, die 2004 kaum noch aufzufangen sind.

Teilweise kann sich dies noch im Jahresverlauf nivellieren. Es spricht aber sehr viel dafür, dass wir bei den Steuereinnahmen ein Defizit gegenüber der Schätzung haben – und dies, obwohl wir die Steuereinnahmen in Hessen herunterschätzt hatten und das von der Opposition jeweils als nicht seriöse Politik kritisiert worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer macht denn hier seriöse Politik? Wir haben von Anfang an gesagt, es werden weniger Steuern kommen, als im Arbeitskreis Steuerschätzungen geschätzt. Jetzt sehen wir die ganze bittere Wahrheit, dass die Einbrüche noch stärker sind als das, was wir schon herabgeschätzt hatten.

Wir werden jetzt die LFA-Abrechnung für die ersten drei Quartale, die Zerlegungsabrechnung und die Steuerschätzung am 2. bis 4. November 2004 abwarten. Danach ist unverzüglich zu entscheiden, ob es einen Nachtragshaushalt gibt.

Dies ist der einzige Weg, da wir nach der „Operation sichere Zukunft“ keinen Spielraum für weitere Kürzungen

oder Sperren haben. Aber wo wären wir ohne die „Operation sichere Zukunft“? Selten wurde so klar richtiges und alternativloses Verhalten der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion im Hessischen Landtag belegt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle aber eines klarstellen. Weil wir mit der „Operation sichere Zukunft“ in vielen Bereichen bis an die Grenze des Machbaren gegangen sind und sehr genau wissen, was wir den Bürgern unseres Landes zumuten können, wird es für 2005 keine zweite „Operation sichere Zukunft“ geben.

(Petra Fuhrmann (SPD): „Düstere Zukunft“!)

Wenngleich die öffentliche Finanzlage sich eher noch eingetrübt hat, würde ein erneutes Sparprogramm dieser Größenordnung die Strukturen des Landes in der Substanz beeinträchtigen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das haben Sie schon geschafft!)

Dies hätte zur Folge, dass die Zukunftsfähigkeit des Landes verloren ginge und auch bei Besserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen das Land seinen vorhandenen deutlichen Wettbewerbsvorteil einbüßen würde.

Ein ganz wesentlicher Teil der Entlastung aller künftigen Haushalte ist die schon seit Beginn der vergangenen Legislaturperiode begonnene konsequente Eindämmung der Personalausgaben. Hier kann diese Landesregierung große Erfolge vorweisen. Trotz der gestiegenen Tarif- und Besoldungsleistungen – die sich im Übrigen auch auf die Versorgungslasten auswirken – ist es gelungen, die Personalkostensteigerung von 2004 auf 2005 auf nur noch 0,6 % zu begrenzen.

Der Abbau von über 9.000 Stellen bis 2008, von denen die erste Tranche bereits im kommenden Jahr in Abgang gestellt wird, führt in Kombination mit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Beamte, der Kürzung des Weihnachtsgeldes und der Streichung des Urlaubsgeldes sowie der im Jahr 2000 eingeführten Personalausgabenbudgetierung zu dieser überaus erfreulichen Entwicklung.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle sage ich Ihnen noch einmal: Als wir das beschlossen haben, ist nicht nur die Opposition im Hessischen Landtag in einer üblen Weise über uns hergezogen,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt reicht es aber! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Oh, Herr Finanzminister!)

sondern auch andere Bundesländer.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unverschäm! Sie wissen doch überhaupt nicht, was im Land los ist!)

– Frau Fuhrmann, Sie müsste das doch geradezu aufrichten, denn Sie verstehen das doch eher als ein Lob, wenn ich das an der Stelle sage. – Auch andere Bundesländer haben doch gesagt: „So wie die Hessen machen wir es nie.“ Und was ist jetzt der Fall? Unsere Lösungen sind Standard in Deutschland geworden, weil wir als Erste die Kraft hatten, die notwendigen Entscheidungen in dieser Frage zu fassen. Deswegen bin ich so stolz darauf, dass uns dies gelungen ist.

(Beifall bei der CDU)

Für das kommende Jahr wird eine zusätzliche entlastende Übertragung der bisher nur den Beamtenbereich betreffenden Maßnahmen auf den Bereich der Angestellten angestrebt. Auch da sage ich dazu: Diese Position werden wir mit Vernunft, aber mit äußerster Härte zu vertreten haben.

Ohne dieses seit dem Jahr 2000 eingeführte Maßnahmenbündel würden wir heute nicht 6,834 Milliarden € an Personalausgaben verzeichnen, sondern müssten zusätzlich rund 600 Millionen € bereitstellen, um die Personalausgaben decken zu können.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne Weimar 600 Millionen € weniger!)

Dies sind 600 Millionen € zusätzliche Schulden jährlich, die wir durch entschlossenes und nachhaltiges Handeln dem Land erspart haben.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Wenn das nachhaltig ist!)

Meine Damen und Herren, dabei werden die Personalkosten alles andere als blind und ohne Verstand reduziert. Zum einen wird durch die Einführung einer Pensionsrücklage im Haushalt 2005 für jeden neu eingestellten Beamten mit zunächst 1.500 €, anwachsend auf 6.000 € in den nächsten Jahren, sogar verstärkt in Vorsorge investiert. Andererseits erweist sich die seit April dieses Jahres arbeitende Personalvermittlungsstelle nicht nur als hoch vernünftiges, sondern auch als hoch effizientes Instrument. Sie stellt sicher, dass an einer Stelle der Landesverwaltung wegen sich wandelnder Aufgaben der öffentlichen Hand nicht mehr benötigtes Personal an anderer Stelle sinnvoll eingesetzt werden kann.

Das war – so simpel und so schmerzhaft es für die Opposition auch klingen mag – lange Zeit in diesem Land weder üblich noch möglich. Die PVS ist dabei mit Erfolg bemüht, den betroffenen Mitarbeitern neue Entwicklungschancen zu geben, die sie in den von Personalabbau betroffenen Bereichen oftmals schon seit Jahren nicht mehr haben. Wer sich an dieser Stelle erdreistet, von „Personal-mobbing“ zu sprechen, dem sage ich: Kein Land, auch Hessen nicht, kann es sich in den heutigen Tagen leisten, Personal in nicht mehr benötigten Bereichen weiter zu beschäftigen und für neue Aufgaben an anderer Stelle immer neues Personal von außen einzustellen.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Das funktioniert doch nicht!)

Es ist eine Grundlogik, auch wenn wir ansonsten eine Verpflichtung gegenüber den Arbeitslosen in diesem Land haben, dort mit unseren Ressourcen schonend umzugehen.

In der vergangenen Woche hat der Verwaltungsgerichtshof in Kassel zudem eine Diskussion zum Abschluss gebracht, die vor rund drei Monaten schon einmal das Plenum dieses Hauses beschäftigt hat.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Sehr richtig!)

Namhafte Vertreter der Oppositionsfractionen hatten der Landesregierung im Zusammenhang mit der PVS und einem erstinstanzlichen Urteil einen ignoranten und fahrlässigen Umgang mit dem Recht vorgeworfen. Genau das Gegenteil ist der Fall: Der VGH hat der Landesregierung schwarz auf weiß bestätigt, dass durch die Meldung an die PVS der beamtenrechtliche Status nicht im Mindesten be-

rührt wird, diese Meldung vielmehr organisatorische Vorbereitung für einen geordneten Wechsel der Beamten in neue Aufgabengebiete darstellt.

(Beifall bei der CDU)

Die rot-grüne Opposition wäre auch vor diesem Hintergrund gut beraten, wenn sie endlich ihre unsägliche Kampagne gegen die PVS beenden und sich bei der Landesregierung entschuldigen würde.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Demonstrativer Beifall des Abg. Gerhard Bökel (SPD) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Denn es ist ein im normalen Leben nicht hinnehmbarer Akt, dass nach einem erstinstanzlichen Urteil hier in dieser üblen Art und Weise über die Verantwortlichen hergezogen worden ist,

(Reinhard Kahl (SPD): Dann müsste sich das Verwaltungsgericht Gießen auch entschuldigen!)

jetzt in der zweiten Instanz unsere Haltung bestätigt wurde und keiner von Ihnen einmal die Größe hat, zu sagen: Wir haben uns geirrt, Entschuldigung, und wir haben uns insbesondere in der Wortwahl geirrt. – Auch das ist ein Teil dessen, was Rot und Grün in diesem Haus auszeichnet.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein lieber Mann, was muss der Haushalt schlecht sein, wenn das hier zu solchen Flegeleien führt!)

Die angesprochenen dauerhaften strukturellen Entlastungen der Haushalte werden auch im kommenden Jahr durch eine strenge Ausgabendisziplin – in fast allen Bereichen wurden die Ansätze 2005 überrollt – ergänzt.

(Jürgen Walter (SPD): Haushaltsrede vom letzten Jahr!)

Die bereinigten Gesamtausgaben einschließlich LFA gehen gar um 0,1 % zurück, wobei sich auch erste positive Auswirkungen der im Jahr 2001 unter maßgeblicher Beteiligung der Hessischen Landesregierung ausgehandelten veränderten Belastungsverteilung beim Länderfinanzgleich bemerkbar machen.

Hessen ist – und wird es nach der festen Überzeugung dieser Landesregierung auch bleiben – ein Land, das in Deutschland in vielerlei Hinsicht eine Spitzenposition einnimmt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel beim schlechtesten Finanzminister!)

Zum Beispiel in puncto Arbeitsproduktivität: Hessen steht bei der Erwirtschaftung des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner mit rund 65.000 € unter den Flächenländern auf Platz eins. Auch hinsichtlich des Schuldenstandes nimmt Hessen eine vergleichsweise gute Position ein. Beim Schuldenstand des Landes stehen wir unter 16 Ländern an vierter Stelle in Deutschland, und der Abstand zu dem Dritten hat sich verringert.

(Beifall bei der CDU)

In Hessen läuft es aber auch mit dem Wirtschaftswachstum besser als in den meisten Bundesländern. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres steht Hessen mit seinem Wirtschaftswachstum mit ganz geringem Abstand zu den

beiden Ersten auf Platz drei, was vor allem der offensiven Standortpolitik dieser Landesregierung zu verdanken ist.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abenteuerlich!)

Meine Damen und Herren, kurzum: Hessen ist grundsätzlich wettbewerbsfähig. Allerdings weiß diese Landesregierung genau, dass dieser Zustand nicht gottgegeben ist, sondern immer wieder neu gefestigt und ausgebaut werden muss.

Die Landesregierung hat deshalb nach sehr eingehenden Beratungen entschieden, auch im Haushalt 2005 in den Schwerpunktbereichen Bildung, innere Sicherheit und Wirtschaft sogar verstärkt zu investieren. Ich sehe in dieser Entscheidung eine nochmalige, ja unverzichtbare Investition in die Zukunft unseres Landes.

Insbesondere wird allen Unkenrufen zum Trotz die Unterrichtsgarantie erfüllt.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD) – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weimars Welt!)

Hierfür stehen ab nächstes Jahr 290 neue Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Mittel für Vertretungskräfte gegenüber dem Haushalt 2004 von rund 26 Millionen € auf rund 44 Millionen € angehoben. An der Ausbildung unserer Kinder spart die Landesregierung nicht. Auch in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten werden wir konsequent den Weg zum Bildungsland Nummer eins in Deutschland gehen.

(Beifall bei der CDU)

Ebenso weise ich in aller Deutlichkeit darauf hin, dass am Hochschulpakt nicht gerüttelt wird. Die Hochschulbildung ist für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu wichtig, als dass sie dem Rotstift zum Opfer fallen dürfte.

Wir werden im nächsten Haushalt Investitionen von fast einer viertel Milliarde Euro für die Hochschulen anstoßen. Dabei entfallen auf die Uni Frankfurt 148 Millionen €, in den Folgejahren weitere Investitionen. 83 Millionen € entfallen auf die Universitäten Kassel und Gießen und die Fachhochschule Friedberg. Wir werden die Universität Darmstadt mit 20 Millionen € zum TUD-Gesetz unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr stolz, dass wir in besonderen Forschungsbereichen, wie z. B. der Schwerionenforschung, wo wir immerhin 80 Millionen € für die neue Anlage in Darmstadt zu bezahlen haben, und der Nanotechnologie, mit zusätzlichen Mitteln in die Technik von morgen investieren.

Im Jahr 2005 werden wir im Straßenbau wieder den Ansatz des Jahres 2003 erreichen, denn eine leistungsfähige Wirtschaft braucht leistungsfähige Straßen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke, Sie sind pleite! – Jürgen Walter (SPD): Erst kürzen, dann erhöhen!)

Darüber hinaus werden wir als Sonderprogramm 50 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stellen, um wichtige neue Ortsumgehungen, Brückenbauwerke, Ortsdurchfahrten und die Sanierung freier Strecken zu realisieren.

Wir werden uns am European Center for Evaluation and Development beteiligen, und wir werden die Mittel für Kassel-Calden zur Verfügung stellen. Meine Damen und Herren, wir investieren zielgenau in die Zukunft des Landes Hessen.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Millionengrab!)

Für die innere Sicherheit, ein weiterer Pfeiler eines gesunden und prosperierenden Gemeinwesens, wird im kommenden Jahr erheblich in Gerät und neue Technik investiert:

(Zurufe der Abg. Norbert Schmitt (SPD) und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

die Einführung des Digitalfunks – Verpflichtungsermächtigung hierfür 196,5 Millionen €, Sie sehen, welche Last vor uns liegt –, die Anschaffung von nachflugtauglichen Helikoptern als Ersatz für die alten und reparaturanfälligen Hubschrauber, die Fortsetzung des Programms zur Erneuerung der Streifenwagenflotte, die Aufstockung der Mittel für DNA-, Drogentests und Blutuntersuchungen. Innere Sicherheit ist nach wie vor ein Schwerpunkt dieser Landesregierung, darin lassen wir uns von niemandem übertreffen.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaubt kein Mensch!)

Im Bereich Soziales: Erhöhung der Mittel für Beratungsstellen für Familienplanung, Sexualberatung sowie Schwangerschaftskonfliktberatung, Aufstockung der Offensive für Kinderbetreuung, Intensivierung der Sprachförderung im Kindergartenalter.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Meine Damen und Herren, im Sozialbereich wird sehr gezielt in die Stellen investiert, an denen wir diese Mittel brauchen, um ein modernes Hessen zu gestalten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, wir müssen

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Luft holen!)

– ja, das ist auch einmal gut –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das tut gut, vor allem bei der Rede!)

der Verantwortung für Hessens Zukunft ohne Wenn und Aber gerecht werden. Jedem dürfte klar sein, dass Investitionen dieser Größenordnung, besonders in Zeiten des Steuereinnahmeverfalls, nicht einfach ausgeschwitzt werden können.

Wir haben uns deshalb nach sehr reiflicher Überlegung dazu entschlossen, zur Deckung dieser Investitionen auch im kommenden Jahr Immobilien des Landes zu veräußern.

(Jürgen Walter (SPD): Ihr habt noch nicht einmal die Wohnbaugesellschaft im letzten Jahr verkauft!)

Die Zeiten hierfür sind mehr als günstig, Kapitalgeber suchen nach derart soliden Anlageformen.

(Reinhard Kahl (SPD): Was machen wir mit der Staatskanzlei?)

Wir können nach den ersten Erfahrungen im laufenden Jahr davon ausgehen, dass wir auf diesem Wege durch die Veräußerung einer überschaubaren Zahl von Liegenschaften einen Betrag von 800 Millionen € Erlösen werden.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hiermit können die angesprochenen Investitionen in die Zukunft unseres Landes finanziert werden. Das bedeutet, wir tauschen diese Veräußerungen gegen neue Investitionen. Alle von der Opposition protestieren, keiner macht vernünftige Vorschläge, wie in dieser Zeit alternativ vorgegangen werden könnte. Die Probleme unserer Zeit sind nicht durch Umverteilung zu lösen.

Die SPD schlägt immer noch vor, die Vermögensteuer einzuführen und die Erbschaftsteuer zu erhöhen. In dieser Sache sind Sie sich ja noch mit der PDS einig, das wiederum spricht für die Sache.

(Beifall bei der CDU)

Selbst der grüne Koalitionspartner in Berlin ist bei der Vermögensteuer zwischenzeitlich von der Lebenswirklichkeit eingeholt worden und hat dazu Gutachten in Auftrag gegeben, die in der „taz“ so zitiert wurden: „Grünes Grab für die Vermögensteuer“. In der „taz“ wird Fritz Kuhn mit den Worten zitiert, das habe unkalkulierbare Wirkung auf die Arbeitsplätze, und Frau Scheel damit, unerwünschte Nebenwirkung sei beispielsweise Kapitalflucht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie doch unsere Leute in Ruhe!)

Meine Damen und Herren, wie heißt es so schön: Ein reuiger Sünder ist mir lieber als 1.000 Gerechte. – Deswegen ist es wunderbar, dass die GRÜNEN jetzt zurück auf dem richtigen Weg sind. Die SPD wird dazu noch ein bisschen brauchen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen von Ihnen nicht gelobt werden! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich darf Ihnen aus einem offenen Brief von Carl Christian von Weizsäcker, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats, vom 29.02.2002 an Herrn Steinbrück vorlesen:

Die Anpassung der Volkswirtschaft an die Vermögensteuer ist folgende: Die Wachstumsbremse wirkt sich negativ auf die Beschäftigung aus. Damit aber wird die Verhandlungsstärke der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen vermindert. Also gibt es einen geringeren Lohnauftrieb, der seinerseits die Rentabilität der Unternehmen steigert. Auf diese Weise erhöht sich letztlich die durchschnittliche Rendite auf das Eigenkapital. Nach einiger Zeit wird sie – vor Steuern – auf 11 % im Jahr gestiegen sein auf Kosten der Löhne der Arbeitnehmer. Jetzt stehen die Unternehmer nach Steuern wieder so da wie zuvor ohne Vermögensteuer. Der Überwälzungsprozess der Vermögensteuer von den Vermögenden auf die Arbeitnehmer ist damit abgeschlossen.

So Carl Christian von Weizsäcker, der ziemlich unverdächtig ist, in einer bestimmten Weise zu argumentieren.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe es nur deshalb angesprochen, weil ich weiß, wie Ihre Argumentation ist: Man müsste in Berlin nur die Steuer erhöhen, dann hätten wir hier die Probleme gelöst. – Meine Damen und Herren, in Berlin die Steuern zu erhöhen bringt Ihnen momentan hier überhaupt nichts. Sie haben die Tabaksteuer ohne Sinn und Verstand mit dem Ergebnis erhöht, dass das Aufkommen deutlich zurückgegangen ist. Es ist doch immer dasselbe: Wenn Sie eine Steuer über eine bestimmte Größenordnung hinaustreiben und damit die Wettbewerbsfähigkeit zerstören, nehmen Sie deutlich weniger Steuern ein. Aus diesem Grund kann dies nicht die Lösung unserer derzeitigen Situation sein.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also muss mehr geraucht werden!)

– Was soll ich mit solchen Zwischenrufen? – Was wäre die Alternative zu den geplanten Veräußerungen? Sie würde in einer noch höheren Kreditaufnahme liegen.

(Jürgen Walter (SPD): Das ist nichts anderes!)

Aber natürlich ist es das nicht, behaupten Sie das doch nicht. Wir verkaufen es, wir leasen es nicht, wir wollen es nicht zurückkaufen. Es wäre genau dasselbe, als würden wir etwas anmieten. Wir haben auch zahllose Gebäude angemietet. Wir verkaufen sie und mieten sie an, und haben danach die Möglichkeit, sie entsprechend dem Mietvertrag aufzugeben. Es ist geradezu unsinnig, so etwas in den Raum zu stellen. Aber man muss sich offensichtlich hier mit jedem Argument auseinander setzen.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, zurück zum Thema Liegenschaften. Wir veräußern die Gebäude nicht einfach und leasen sie mit Rückkaufverpflichtung zurück. Das wäre in der Tat nicht mehr als ein Finanzierungsgeschäft und damit nichts anderes als eine verdeckte Kreditaufnahme. Gerade das ist nicht unser Weg.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Land schließt mit dem jeweiligen Erwerber vielmehr einen echten Mietvertrag ohne Rückkaufverpflichtung zu einer weiteren Nutzung ab. Hiermit verfolgt das Land erstmals eine neue Strategie im Umgang mit Immobilien: Es trennt sich von den Belastungen der Eigentümerschaft und reduziert sein Engagement auf reine Nutzungsfragen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gilt das auch für Schlösser?)

Das gilt auch für Neubauten, die wir in Zukunft tätigen werden.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Staatskanzlei! – Schlösser!)

Das gilt nicht, wie Sie jetzt gesagt haben, für den Hessischen Landtag, die Staatskanzlei oder das eine oder andere Schloss von kulturhistorischer Bedeutung. Bestimmte wenige Immobilien müssen aus dem Verständnis eines Landes heraus auch nach wie vor in das Eigentum eines Landes gehören.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen kauft man Schlösser!)

Der Rest kann verkauft werden und wird sukzessive verkauft. Bei Neubauten werden wir andere bauen lassen und mieten.

Besonders die Anforderungen der Instandhaltung fallen so künftig in die Sphäre des Erwerbers. Wer weiß, wie die öffentliche Hand von jeher mit ihrem Baubestand umgeht, der hat damit auch eine Vorstellung davon, welche Potenziale sich erschließen lassen. Wir konzentrieren uns auf die Kernaufgaben.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Im Übrigen – bevor Sie so arg laut in dieser Sache schreien – wird das Land Hamburg alle Immobilien verkaufen, Baden-Württemberg wird Immobilien verkaufen, Rheinland-Pfalz wird in erheblichem Umfang Immobilien verkaufen, und der Bund wird Immobilien verkaufen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wir kaufen ein Schloss!)

– Schreien Sie doch nicht so dummes Zeug. Ich habe Ihnen doch eben gesagt, dass kulturhistorisch wertvolle Gebäude durchaus auch in den Gebäudebestand eines Landes gehören.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Der Bund verkauft Immobilien. Andere Länder in Europa machen dies schon lange, von der Privatwirtschaft ganz zu schweigen. Meine Damen und Herren, es ist der richtige Weg. Er hilft uns im Moment, Investitionen zu tätigen. Er wäre aber auch zu gehen, wenn wir nicht in dieser finanziellen Situation wären. Darauf lege ich allergrößten Wert.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht!)

Wir erfüllen die Vorgaben des Finanzplanungsrats. Wir haben bei der Aufstellung des Haushalts ein solides und belastbares finanzielles Grundgerüst für das Wirken in unserem Land im kommenden Jahr vorgelegt.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das lässt sich auch an dieser Stelle gut ablesen: Die Vorgaben des Finanzplanungsrats, den Ausgabenanstieg auf maximal 1 % per anno zu begrenzen, werden durch diesen Haushaltsentwurf mehr als erfüllt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist unwahr, das wissen Sie!)

– Ich komme gleich zu Ihnen. Herr Schmitt, Sie haben in dem Zusammenhang schon so viel Falsches in die Welt gesetzt, an Ihrer Stelle würde ich langsam ruhig sein.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Tatsächlich sind die bereinigten Gesamtausgaben sogar rückläufig. Ohne den Länderfinanzausgleich steigen die bereinigten Gesamtausgaben zwar über diese Marge,

(Norbert Schmitt (SPD): Aha!)

das liegt allerdings lediglich an der für die kommunale Familie segensreichen Ausdehnung der Ausgaben für den Kommunalen Finanzausgleich

(Norbert Schmitt (SPD): Unwahr! Das ist völlig falsch!)

sowie an einer Aufblähung des Haushalts durch den Ausweis von Leistungsentgelten zwischen einzelnen Dienststellen – HZD, HBM, HI. Meine Damen und Herren, das ist ein buchungstechnischer Vorgang. Da wir die innerbetriebliche Leistungsverrechnung zwischen diesen Bereichen buchen, haben wir Einnahmen und Ausgaben und damit eine Aufblähung des Haushalts, ohne dass in der Substanz irgendetwas passiert, außer dass die Transparenz erhöht wird.

(Norbert Schmitt (SPD): Um wie viel?)

Mittlerweile ist der Betrag schon auf die Größenordnung von 250 Millionen € gewachsen.

(Reinhard Kahl (SPD): Herr Minister, deswegen gibt es bereinigte Ausgaben!)

Wir müssen uns übrigens gelegentlich mit dem Bund darüber unterhalten, wie die buchhalterische Darstellung in Zukunft auf eine saubere Grundlage gestellt werden kann.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

An dieser Stelle erlaube ich mir noch einmal den Hinweis, dass es uns trotz gegenläufiger Entwicklungen durch steigende Versorgungs- und Beihilfelasten sowie die aus 2004 fortwirkenden Tarif- und Besoldungserhöhungen gelungen ist, den Zuwachs bei den Personalausgaben auf nur 0,6 % zu begrenzen.

Meine Damen und Herren, wir bekommen keinen Streit darüber, dass die Höhe der Nettoneuverschuldung im Haushalt 2005 nach dem vorgelegten Entwurf mit 1,113 Milliarden € eine erhebliche Größenordnung ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha! – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bevor in diesem Saal aber wieder das Getöse und Geschrei losgeht, dass hier eine Chance zum Abbau der Neuverschuldung verpasst wird – wie das fast alle Oppositionsfractionen behaupten –, möchte ich Sie alle einmal nach den Alternativen fragen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kommen! Darauf können Sie Gift nehmen!)

Möchten Sie, dass wir einen formal regelkonformen Haushalt à la Hans Eichel vorlegen, der schon im Moment der Einbringung nicht mehr das Papier wert ist, auf dem er gedruckt wurde?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein, das wollen wir nicht!)

Der Bundesfinanzminister hat sogar die Stirn, Privatisierungserlöse in einer Gesamthöhe von rund 15 Milliarden € zum Stopfen seiner Haushaltslöcher einzustellen,

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

obwohl er genau weiß, dass er diese Mittel eigentlich nicht verwenden darf, weil damit z. B. die Pensionen der ehemaligen Postbediensteten finanziert werden sollten. Was ist die Folge? Der Steuerzahler kann sich freuen, dass er diese Lasten auch noch übernehmen darf.

Möchten Sie, dass mehr gespart wird?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das eine oder andere Schloss brauchen wir nicht!)

Dann denken Sie bitte an Ihre Einlassungen zur „Operation sichere Zukunft“, die deutlich gemacht haben, dass Ihnen billiger Populismus vor Zukunftssicherung geht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, das folgende Zitat ist besonders spannend. Die Damen und Herren von der Opposition müssten eigentlich sofort verstummen. In einer Presseinformation des SPD-Landesverbandes Hessen hat Frau Ypsilanti – falls sie irgendjemand nicht kennt – am 3. Mai 2004 Folgendes gesagt:

Wir hessischen Sozialdemokraten haben bereits mehrfach gefordert, dass Haushaltskonsolidierung nicht zu jeder Zeit der Hauptzweck von Finanzpolitik sein darf. Als Reaktion auf eine lang anhaltende Wachstumsschwäche, wie wir sie jetzt haben, sind Sparpakete die falsche Lösung.

Meine Damen und Herren, das erklärt die Landesvorsitzende der SPD am 3. Mai 2004,

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wo ist Frau Ypsilanti?)

und die Sprecher der SPD stellen sich hierhin und sagen, wir würden nicht genügend sparen,

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

oder wir müssten neue Sparpakete auflegen. Sie haben doch für alles irgendeinen, der entsprechende Erklärungen abgibt. Meine Damen und Herren, so geht es nicht. Es geht nur mit einer stringenten, sparsamen Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben jede Legitimation verloren, die Haushaltspolitik der Landesregierung des Sparens und der gezielten Investitionen in die Zukunft zu kritisieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie bringen hier einen Haushalt ein! Sie sollen sagen, was in Ihrem Haushalt steht, und nicht die Opposition beschimpfen!)

Oder möchten Sie, dass wir auf Investitionen verzichten? Möchten Sie die Verantwortung dafür tragen, dass Hessen auf absehbare Zeit den internationalen Anschluss verpasst und selbst bei Gesundung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr die Kraft, das Know-how und die Infrastruktur hat, um weiter erfolgreich zu sein?

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie schon einmal etwas zur Verfassungswidrigkeit gesagt?)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass wir in Zukunft nur mit Investitionen in die Köpfe und in die Infrastruktur unseres Landes das Geld verdienen können, mit dem die junge Generation ihre Zukunft gestalten kann.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eigenheimzulage!)

Möchten Sie, dass wir die Personalausgaben weiter zurückführen? Nach Ihren Äußerungen zur PVS und zu den Kürzungen im Beamtenbereich bitte ich Sie, zu sagen, welche Stellen und Leistungen Sie streichen wollen. Ich höre von SPD und GRÜNEN nur, dass wir mit den Men-

schen unbarmherzig umgehen, dass wir in dem Bereich zu viel tun.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben Vorschläge gemacht! – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Ah, Herr Kollege, Sie werden wieder munter, nachdem Sie in der Debatte zur PVS so auf die Nase gefallen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir können uns aber eine dreijährige Diskussion in irgendwelchen Gremien nicht leisten. Wir haben entschieden und damit das Richtige für das Land gemacht.

Oder wollen Sie gar, dass die freiwilligen Leistungen weiter gekürzt werden? Sie haben gesagt, so, wie wir es gemacht haben, ginge es nicht.

Meine Damen und Herren, Sie geben darauf keine Antworten. Sie drücken sich gezielt darum. Ich nenne die Anbieterung an Interessengruppen. Sie haben nicht die Kraft, das Notwendige in diesem Land zu tun. Damit werden Sie nicht durchkommen.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Das ist eine Frechheit! – Jürgen Walter (SPD): Sie bringen einen Haushalt ein! Sie machen nichts anderes! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen sagen, was Sie machen!)

– Was heißt „Beschimpfung der Opposition“? Ich rede als Erster. Ich muss darauf hinweisen, was Sie bisher alles zum Haushalt gesagt haben.

(Jürgen Walter (SPD): Das ist eine Haushaltsdebatte! Sie bringen einen Haushalt ein!)

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass Sie völlig ungestraft und unbeobachtet Ihre unterschiedlichen Erklärungen in den Raum stellen, die nichts mit der Sache zu tun haben. Haushaltsberatungen sind die Stunde der Sachdiskussion und nicht die des billigen Populismus.

(Beifall bei der CDU – Lachen und demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht wahr! Das ist unwürdig!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Al-Wazir, denken Sie an den Leserbrief in der „Fuldaer Zeitung“. Dann wissen Sie, dass das nicht unbedingt angemessenes Verhalten ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bitte ihn! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist keine angemessene Haushaltsrede! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wäre schön, wenn er etwas zur Sache sagen würde!)

Sie können dazwischenrufen. Es geht nicht um Ihre Protestreaktion. Herr Kollege Al-Wazir, es geht um die Frage, wie wir uns in unserem Protest darstellen. Deswegen halte ich die Reaktion von Ihnen für überzogen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))



**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, ich war nicht sicher, ob dieser Gefühlsausbruch Zustimmung oder Ablehnung bedeutet. Aber darüber können wir uns gelegentlich noch einmal unterhalten.

Meine Damen und Herren, Rot-Grün kritisiert einerseits ohne Unterlass die Höhe der Nettoneuverschuldung. Andererseits ist keiner von Ihnen bereit, seine breit gefächerten Ausgabenwünsche zu reduzieren. Ich bin der festen Überzeugung, dass die vorgesehene Neuverschuldung im Entwurf des Haushalts 2005 in der aktuellen gesamt- und haushaltswirtschaftlich hoch problematischen Situation unvermeidbar ist, wenn man nicht die nach wie vor außerordentlich guten Chancen unseres Landes auf eine sichere und gesicherte Zukunft verspielen will.

Meine Damen und Herren, wir sparen hart und investieren in die Zukunft. Seit jeher spielt das Investitionsvolumen des Staates bei der Begrenzung der Nettoneuverschuldung eine zentrale Rolle.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Schaut man sich diese Größenordnung im Haushalt 2005 an, kommt man zu dem Ergebnis, dass nach unserer Lesart des Investitionsbegriffs die Nettokreditaufnahme in Höhe von 1,113 Milliarden € die Nettoinvestitionen im reinen Landeshaushalt in Höhe von 829,6 Millionen € um 283,4 Millionen € überschreitet. Nach der Definition der Nachkriegszeit in Hessen überschreitet die Nettokreditaufnahme im kommenden Jahr diese selbst gewählte Grenze.

Entgegen der landläufigen Meinung führt dies nun aber keineswegs zur Verfassungswidrigkeit,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?)

da uns unsere Verfassung in Art. 141 in besonderen Situationen – und damit im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung – eine Überschreitung dieser Regelgrenze zubilligt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Diese Ausnahmesituation liegt eindeutig vor. Das Land hat mit der „Operation sichere Zukunft“ das von ihm direkt beeinflussbare Konsolidierungspotenzial des Landeshaushalts ausgeschöpft. Weiter gehende Einschnitte in notwendigen Größenordnungen sind nur noch um den Preis einer nachhaltigen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur und damit der Leistungsfähigkeit des Landes möglich.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir reden hier ja nicht über wenige Millionen Euro, sondern über einen großen Millionenbetrag.

Außerdem muss für Hessen – leider für Deutschland insgesamt – auch im nächsten Jahr davon ausgegangen werden, dass vor allem das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes erneut deutlich verfehlt wird. Das ohnehin noch schwache Wirtschaftswachstum wird aller Voraussicht nach im Jahr 2005 nicht ausreichen, um den Arbeitsmarkt zu beleben. Die Reduzierung der Kreditaufnahme unter die angesprochene Regelgrenze würde die notwendigen und bereits angesprochenen Investitionen in die Zukunftsbereiche dieses Landes unmöglich machen und deshalb auch den Arbeitsmarkt noch mehr belasten. Die

Überschreitung der Regelgrenze ist deshalb nicht nur alternativlos, sondern auch rechtmäßig.

Meine Damen und Herren, ziehen wir den Vergleich mit Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz hat ein Haushaltsvolumen von 11,5 Milliarden €. Es hat jetzt Haushaltseckwerte verabschiedet. Es ist eine Nettoneuverschuldung – zuzüglich 211 Millionen € in den Landesbetrieben – von insgesamt 1,2 Milliarden € vorgesehen.

Eine Bemerkung zur FDP: Vielleicht ist die Stimmung etwas moderater. Denn, wenn ich mich richtig erinnere, regieren in Rheinland-Pfalz die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten zusammen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): In dem Fall haben Sie Recht, Herr Minister!)

Sie haben ein Haushaltsvolumen von 11,5 Milliarden €. Wir haben einen fast doppelt so großen Haushalt. Rheinland-Pfalz hat eine höhere Verschuldung als wir, und sie feiern sich dafür, einen Haushalt innerhalb der Verfassungsgrenze vorzulegen. Meine Damen und Herren, das Haushaltsvolumen ist nur ein bisschen mehr als halb so groß wie unser Haushaltsvolumen, und sie haben eine höhere prognostizierte Verschuldung und erklären, das sei verfassungsgemäß. Da ist doch etwas faul im Staate Dänemark.

(Beifall bei der CDU)

Der Hintergrund ist eindeutig. Die Kreditobergrenze wird in den anderen deutschen Ländern einschließlich der KFA-Zuweisungen an die Kommunen zu investiven Zwecken, einschließlich der Zuwendungen berechnet. In Hessen wird das nicht gemacht. Rechnet man das dazu, dann haben wir einen Puffer von 40 Millionen € gegenüber der üblichen Form der Berechnung der Verfassungsgrenze, wie es in den anderen Bundesländern gemacht wird. Da nehme ich die Spielereien, die andere Länder an der Stelle zusätzlich machen, gar nicht mit auf.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, Sie haben die vereinbarte Fraktionsredezeit erreicht.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Meine Damen und Herren, ich trete jedoch weiterhin für unsere restriktive Kreditobergrenze ein und beabsichtige, dies auch in den kommenden Jahren nicht zu ändern.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verantwortungsbewusstsein zeichnet die Landesregierung auch in einem anderen Bereich aus: dem Kommunalen Finanzausgleich. Da die Redezeit zu Ende geht, noch folgende Bemerkung: Bei der „Operation sichere Zukunft“ haben wir die Kommunen nicht zur Kasse gebeten.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Jahr wird die Finanzausgleichsmasse um rund 160 Millionen € steigen: um fast 110 Millionen € im KFA und um 50 Millionen € aus der Entlastung des Landes beim Wohngeld, die wir vollständig an die Kommunen weitergeben. Meine Damen und Herren, einen verlässlicheren Partner als die Hessische Landesregierung kön-

nen sich die Kommunen eigentlich überhaupt nicht wünschen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind auf dem Weg zum Produkthaushalt. Nach der im Jahre 2004 erreichten flächendeckenden Einführung der kaufmännischen Buchführung haben wir für das Haushaltsjahr 2005 bei acht Verwaltungseinheiten erstmals einen Produkthaushalt aufgestellt. Wir sind in Deutschland an der Stelle weit voran, an der Spitze. Wir und auch die Abgeordneten dieses Landes werden die Ersten sein, die die Früchte der größeren Transparenz durch die neue Art der Buchführung genießen und daraus viele politische Initiativen entwickeln können.

Die mittelfristige Finanzplanung 2004 bis 2008 sieht vor, dass wir bis zum Jahre 2007 735 Millionen € weniger bereinigte Gesamteinnahmen haben werden, als im letzten Jahr errechnet worden war. Deshalb müssen wir zusehen, dass wir die Dinge durch weiteres Sparen nachhaltig in den Griff bekommen. Die Neuverschuldung wird im Planungszeitraum stetig zurückgeführt. Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden wir uns innerhalb der Vorgaben des Finanzplanungsrates von rund 1 % bewegen. Außerdem beabsichtigen wir, die Investitionsquote im Planungszeitraum von derzeit 10,6 % auf 11 % zu steigern. Das setzt voraus, dass das Wachstum in etwa die Größenordnung von 2 % erreichen wird. Dann ist dieses in der hessischen Finanzpolitik zu erreichen.

Abschließend darf ich sagen: In wirtschaftlich günstigen Zeiten Haushaltspolitik zu betreiben und zu gestalten ist der Wunsch jeder Regierung und jedes Finanzministers. Leider sind wir von diesen Zeiten entfernter denn je, und die Perspektiven hinsichtlich der Entwicklung Deutschlands geben zu großer Sorge Anlass. Gerade in solchen Zeiten darf sich eine Regierung aber nicht wegducken, darf die Dinge nicht treiben lassen, sondern muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch entschlossenes Handeln Verantwortung übernehmen.

Die Hessische Landesregierung hat dies ohne Zweifel getan und wird ihrer Verantwortung auch künftig gerecht werden. Der Ihnen vorgestellte Entwurf des Haushaltsplans 2005 ist hierfür ein weiterer Beleg. Konsequente Fortführung der Konsolidierungsstrategie, gepaart mit Zukunftssichernden und zielgenauen Investitionen in die Entwicklung unseres Hessenlandes – das ist der Weg, auf dem die Hessische Landesregierung unbeirrt vorangeht und für den ich das Parlament um seine Unterstützung bitte. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit ist das Haushaltsgesetz 2005 eingebracht.

Bevor ich die Aussprache eröffne, will ich zwei Anträge auf die Tagesordnung nehmen.

Ich komme zunächst zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend mehr Polizei auf Hessens Straßen, Drucks. 16/2755. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 71.

Ich komme zweitens zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend Tagesbetreuung in Hessen

auf gutem Weg, Drucks. 16/2756. Wird hier die Dringlichkeit bejaht? – Das ist ebenfalls der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 72.

Wir könnten Tagesordnungspunkt 71 zusammen mit Tagesordnungspunkt 48 behandeln. Außerdem könnte Tagesordnungspunkt 72 mit Tagesordnungspunkt 43 behandelt werden. – Das machen wir so. Damit sind beide Anträge offiziell auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 3 und gebe Herrn Abg. Schmitt für die Fraktion der SPD das Wort.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Abstieg Hessens setzt sich fort. Das ist die eigentliche, die schlimme Botschaft des Haushaltsplanentwurfs für das Land Hessen für das Jahr 2005.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU)

Zum vierten Mal hintereinander legt die Landesregierung diesem Parlament einen verfassungswidrigen Haushalt vor. Ich glaube, das macht die Dramatik der Situation deutlich. Wenn der Finanzminister davon spricht, dass die Landesregierung „unbeirrt ihren Weg fortsetzt“, dann kann das nur die Androhung sein, dass sie weitere verfassungswidrige Haushalte vorlegen wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gefordert wären eigentlich Umkehr zu finanzpolitischer Solidität, finanzpolitischer Weitblick und Gestaltungskraft. Aber an genau diesen Elementen fehlt es dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, wenn Sie 45 Minuten Ihrer 50-minütigen Rede darauf verwenden, die Opposition zu beschimpfen, dann wissen wir, wie es um diese Regierung bestellt ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Haushaltsplanentwurf 2005 ist die Fortsetzung eines verfassungswidrigen Sich-Durchwurschtelns. Er ist die Fortsetzung einer Politik fehlenden Weitblicks, und damit ist leider auch ein Ausverkauf Hessens verbunden.

(Beifall bei der SPD)

Ministerpräsident Koch und sein Finanzminister haben dieses Land abgewirtschaftet. Die Pleite ist offenkundig: das vierte Mal hintereinander ein verfassungswidriger Haushalt. Das einst so starke Hessen ist finanzpolitisch am Ende. Die Kennzahlen des Haushaltsplanentwurfs 2005, über die der Finanzminister hätte reden müssen, machen dies deutlich: Die Investitionen sinken, aber die Schulden steigen. Das ist die Situation, die Bestandsaufnahme für den Haushalt 2005.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Die Pleite ist offenkundig geworden. Die Not ist so groß geworden, dass der Finanzminister plant, sogar das Dach über dem Kopf der Mitarbeiter zu verkaufen. Im Haushalt 2005 sind – das hat der Finanzminister nur kurz gestreift – Verkäufe in Höhe von 850 Millionen € vorgesehen. Der

Finanzminister will übrigens auch das Haus verkaufen, in dem sein Ministerium untergebracht ist. Das zeigt doch, wie sehr die Landesregierung mit ihrem finanzpolitischen Latein am Ende ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Trotz solcher kopfloser Panikverkäufe in Höhe von 850 Millionen € – man kann es nicht anders nennen – ist der Haushalt abermals, das vierte Mal hintereinander, verfassungswidrig. Die Verfassungsgrenze wird um Ausgaben in Höhe von 280 Millionen € überschritten.

Es ist kennzeichnend, dass der Finanzminister diese Frage in seiner Rede nur kurz gestreift hat. In seiner Pressekonferenz vom 14. September dieses Jahres hat er das Reißen der Verfassungsgrenze erst auf Nachfrage eingeräumt. In der Pressemitteilung, die er verteilt hat, wird diese Frage nur in einem Nebensatz angesprochen. Ich zitiere aus der Pressemitteilung: Mit der Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,113 Milliarden € „benötige man 15 Millionen € weniger neue Kreditmittel, als für das Jahr 2004 geplant gewesen seien, liege aber über der Regelgrenze, die Hessen als einziges Land besonders restriktiv definiert.“

Aus der „Verfassungsgrenze“ wird also eine „Regelgrenze“, aus dem Verfassungstext eine „besonders restriktive Definition“.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Das erinnert wirklich sehr stark an Orwells „1984“ – Neusprech hat Eingang gefunden in die Informationspolitik des Landes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dieser Informationspolitik werde ich an anderer Stelle nochmals kommen. – Oder tun wir es doch gleich. Schauen wir uns die Informationspolitik und die Haushaltsansätze in diesem Bereich an.

Der Finanzminister hat von einer „dramatischen Finanzkrise“ gesprochen. Recht hat er. Dann müsste man eigentlich erwarten, dass Ausgaben sinken oder dass zumindest ihre Sinnhaftigkeit überprüft wird.

Meine Damen und Herren, es gibt einen Ansatz, der seit Jahren bei dieser Landesregierung steigt – die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit und die Werbung für die Landesregierung.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Meine Damen und Herren, je schlechter die Politik, desto aufwendiger wird die Werbung dafür.

(Beifall bei der SPD)

Über 1,5 Millionen € sollen zusätzlich für die diversen Titel der Öffentlichkeitsarbeit und der Selbstdarstellung ausgegeben werden. Anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Landes Hessen – darüber freuen wir uns – bereitet die Staatskanzlei eine große Sause für insgesamt 1,2 Millionen € vor.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das passt auch nicht in die Zeit!)

– Das passt in der Tat nicht in die Zeit, aber es wird vor allem der Selbstdarstellung des Ministerpräsidenten dienen. Damit hat er große Erfahrung.

(Günter Rudolph (SPD): Er hat es auch nötig!)

Es ist wie bei dem Pleitier des Hotels Rose, Jürgen Schneider: Auch der hat noch kräftig gefeiert, als er schon längst pleite war. Dieser Geist scheint jetzt auch noch Einzug in die Staatskanzlei zu halten und tragende Kraft zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Wer es sich leisten kann, dem sei das Feiern gegönnt. Wer aber – wie die Hessische Landesregierung – beim Finanzrating abgewertet wurde, wer Vermögen in Höhe von 850 Millionen € durch Notverkäufe verschleudern will, wer trotzdem mit Schulden von 280 Millionen € über der Verfassungsgrenze liegt, wer die Sozialstruktur in Hessen zerschlagen hat, der sollte allerdings auch anlässlich eines 60-jährigen Jubiläums in Hessen Bescheidenheit üben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist aber ein bisschen so wie auf der Titanic: Hessen säuft ab, und der Herr Koch lässt auf dem Oberdeck noch einmal kräftig aufspielen, für 1,2 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Kommen wir jetzt aber doch einmal zu den Eckwerten und den weimarschen Märchen zurück.

Erstes Märchen: Die Landesregierung spart.

Tatsache ist, dass die für 2005 geplanten Gesamtausgaben – selbstverständlich ohne Länderfinanzausgleich; dafür kann die Landesregierung nichts; ob er steigt oder sinkt, hat etwas mit der Finanzkraft zu tun, ist aber nicht unmittelbar über die Ausgabenpolitik des Landes zu beeinflussen; ich glaube, da sind wir uns einig – um 136 Millionen € höher liegen, als Sie es noch in der mittelfristigen Finanzplanung des letzten Jahres, nach der „Operation sichere Zukunft“, selbst geplant haben. Die Landesregierung übersteigt also in einer finanzpolitisch hohen Krisenzeit ihre eigene Messlatte, die sie sich vor exakt einem Jahr bei den Ausgaben selbst gesetzt hat, glatt. Ich glaube, auch das macht die Durchsetzungsfähigkeit dieses Finanzministers deutlich, der hier vollmundig die Opposition angegriffen und versucht hat, sie rund zu machen. Er hat keine Durchsetzungskraft nach innen.

(Beifall bei der SPD)

Anscheinend muss er dort genauso wenig überzeugungskräftig auftreten, wie er es heute hier im Parlament getan hat.

Meine Damen und Herren, Herr Finanzminister, das war Gegenstand meiner erregten Zwischenrufe. Sie verstoßen einmal mehr gegen die Vereinbarungen im Finanzplanungsrat. Diese haben jährliche Ausgabensteigerungen von 1 % vorgesehen. Der Haushalt steigt – wiederum bereinigt um den Länderfinanzausgleich – um 1,7 %. Also liegt er wiederum um schlappe 113 Millionen € höher, als im Finanzplanungsrat vorgesehen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das hat der Finanzminister doch erklärt!)

– Ja, genau, ich komme dazu. Der Finanzminister hat erklärt, es liege am Kommunalen Finanzausgleich.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Nein!)

Die Argumentation war, dass sich die Mittel im Kommunalen Finanzausgleich erhöht haben. Lesen Sie bitte nach, was der Finanzminister gesagt hat, ich habe es hier. Sehen Sie sich aber auch einmal die mittelfristige Finanzplanung an. Auch hier haben Sie noch vor einem Jahr höhere Ausgaben für die kommunale Seite – also in den Kommunalen Finanzausgleich – eingerechnet. Diese 113 Millio-

nen € sind selbst gestrickt, sind auf mangelnde Ausgabendisziplin in diesem Haushaltsentwurf zurückzuführen – mindestens diese 113 Millionen €. Nachher kommen wir zu weiteren Mehransätzen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Zweites Märchen: Die Steuereinnahmen sind rückläufig.

Dieses Argument gebraucht der Finanzminister immer wieder. Tatsache ist, dass die Steuereinnahmen – wiederum um die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich korrigiert – um rund 93 Millionen € steigen. Das ist ein Plus von 0,8 %. 0,8 % sind nicht viel, aber ich finde, 93 Millionen € sind schon ein Wort. Jedenfalls ist es eine Steigerung.

Auch hier hat der Finanzminister in Neusprechmanier in seiner Pressemitteilung vom 14. September von einem Rückgang von 1,6 % gesprochen.

Diese Zahl ist zwar richtig, aber es ist die Zahl vor dem Länderfinanzausgleich. Entscheidend ist natürlich, was am Ende bei den Steuereinnahmen im Land Hessen verbleibt. Da aber haben wir einen Zuwachs von 93 Millionen €. Meine Damen und Herren, warum erwähnt der Finanzminister die Steuereinnahmen nach dem Finanzausgleich nicht? – Ich glaube, weil er damit seine Falschbehauptung der immer weiter sinkenden Steuereinnahmen selbst widerlegen würde.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn man die Daten in größerer Zeitfolge miteinander vergleicht, ist die Behauptung von Finanzminister Weimar, die Steuereinnahmen seien rückläufig, un wahr. Im letzten rot-grünen Jahr, 1998 – als wir den Haushalt bestimmen konnten; für das Jahr 1999 haben wir zunächst einen Entwurf vorgelegt, aber der ist durch einen Nachtragshaushalt der CDU/FDP-Mehrheit verändert worden –, betrogen die Steuereinnahmen nach Länderfinanzausgleich 11,4 Milliarden €. Im Haushaltsplanentwurf für 2005 sind 11,95 Milliarden € vorgesehen. Das sind rund 550 Millionen € mehr. Meine Damen und Herren, 550 Millionen € hat diese Landesregierung im Jahr mehr zur Verfügung als Rot-Grün damals.

Interessant wird es, wenn man Vier-Jahres-Zeiträume miteinander vergleicht und die Daten einander gegenüberstellt. Dabei ist nämlich festzustellen, dass die Koch-Regierung von 2001 bis 2004 2,7 Milliarden € mehr Steuereinnahmen – nach Länderfinanzausgleich – zur Verfügung hatte als die letzte rot-grüne Landesregierung von 1995 bis 1998.

(Günter Rudolph (SPD): Damit kann man viel mehr machen!)

Wer aber denselben Vergleichszeitraum nimmt, stellt fest, dass die CDU – die FDP war in drei Jahren mit dabei – 6,3 Milliarden € mehr ausgegeben hat. Meine Damen und Herren, bei solchen Ausgabensteigerungen braucht man sich nicht zu wundern, dass das Land faktisch in die Pleite getrieben wurde.

(Beifall bei der SPD)

Das wahre Ausmaß der Situation des Hessen-Haushalts 2005 soll allerdings durch den Finanzminister verschleiert werden. Er will es verschleiern. Denn es soll in noch nie da gewesener Höhe Landesvermögen verkauft – wir sagen: verschleudert – werden. Liegenschaften im Wert von

850 Millionen € sollen verkauft werden. Nach den Erfahrungen beim Verkauf der Burg Staufenberg

(Jürgen Walter (SPD): Er ist ein Spezialist im Verkaufen!)

und nach der wirklich peinlichen Lachnummer des noch immer nicht veräußerten Polizeipräsidiums Frankfurt – was ist eigentlich damit? –

(Zurufe der Abg. Jürgen Walter (SPD) und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

schlottern Ihnen, Kollege Milde, doch selbst die Knie, ob der Finanzminister das schafft.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Meine Damen und Herren, das wissen doch alle,

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

selbst wirklich dem Finanzminister geneigte Menschen.

(Günter Rudolph (SPD): Na, na, na! – Wortmeldung des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Machen Sie doch nachher eine Kurzintervention. Ich möchte erst im Zusammenhang vortragen und weiß nicht, wie ich mit der Zeit hinkomme. Kollege Milde, machen Sie eine Kurzintervention, und dann sehen wir noch einmal.

Selbst dem Finanzminister geneigte Menschen haben Angst vor der Situation, dass diese Landesregierung und sein Haus Vermögen in Höhe von 850 Millionen € verkaufen wollen. Sie haben deswegen schon 8 Millionen € für Rechtsberatung in den Haushalt eingestellt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Übrigens stehen diese Verkäufe in eklatantem Widerspruch zu dem, was wir zum Hotel Rose gehört haben. Herr Finanzminister, da haben wir gehört, ein solches Vorgehen mit der Miete lohne sich nicht. Das war Ihr Argument, dem wir zugestimmt haben. Nachdem wir eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gesehen haben, haben wir gesagt: Jawohl, das ist überzeugend, es lohnt sich ein Kauf, wir gehen von der Miete ab.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Deswegen sagen wir Ihnen: Wenn Sie endlich eine Aufwands- und Ertragsrechnung vorlegen würden, dann würde deutlich werden, dass das Land am Ende mit den Verkäufen, die Sie vorhaben, ein teures Geschäft unternimmt.

Es war interessant, was der Finanzminister zum Sale-and-lease-back gesagt hat. Nicht vergleichbare Dimensionen – aber diese Transaktionen rechnen sich doch nur, wenn Private eingeschaltet werden, weil am Ende die öffentliche Hand draufzahlt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist das ein Geschäft, das so nicht geht. Das wird sich dann herausstellen, wenn Sie uns endlich einmal Berechnungen vorlegen, Herr Minister. Finanzminister Weimar hat gesagt – man muss auf die Nebensätze achten –: Na ja, wir müssen es auch aus finanzpolitischer Sicht machen. – Es wird offenkundig, es geht nicht um Wirtschaftlichkeit. Er weiß eigentlich, dass es nicht wirtschaftlich ist.

Es geht am Ende darum, dass der Haushalt in einem Maße verfassungswidrig und so am Ende ist, dass er nur noch mit den Verkäufen zu retten ist.

(Beifall bei der SPD)

Das sind die eigentlichen Beweggründe. Die Deckungslücke zum ausgeglichenen Haushalt beträgt 2 Milliarden €. Nach unserer Verfassung darf sie eigentlich maximal 1,1 Milliarden € betragen. Das ist verhältnismäßig klar. Dies soll kaschiert werden. Deswegen muss verkauft werden. Herr Weimar, Sie haben gesagt: Verkäufe gegen Investitionen. – Wir wollen uns genauer anschauen, ob das stimmt. Wir sollten uns genauer anschauen, ob nicht etwas anderes stattfindet, nämlich eine massive Entreichung dieses Landes.

Ich will das begründen. Sie können es auf Seite 24 der mittelfristigen Finanzplanung nachlesen. Dort ist die Gegenüberstellung der Nettoinvestitionen nach KFA vorgenommen. Danach ist festzustellen, dass die Nettoinvestitionen nach KFA in Höhe von 830 Millionen € liegen. Das Land investiert also netto 830 Millionen €. Zieht man aber die geplanten Verkäufe in Höhe von 850 Millionen € ab, dann wird klar, das Land wird mindestens um 20 Millionen € entreichert, und dazu wird eine Nettokreditaufnahme von 1,1 Milliarden € vorgesehen. Das Land wird in einem Maße entreichert und in einem Maße arm gemacht, das ist unglaublich, und das hat es noch nie gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wirklich ein Ausverkauf. Die GRÜNEN haben gesagt: Weimarer Schlussverkauf. – Das ist Räumungsverkauf.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles muss raus!)

– Alles muss raus. Aber am ehesten müsste die Regierung raus. Darin sind wir uns hoffentlich einig. – Es wird verzehrt, was über Jahrzehnte in Hessen aufgebaut worden ist. Sie zerstören die Substanz des Landes Hessen. Sie leben auf Kosten der Generationen, die vor Ihnen gelebt haben. Das ist ein besonderes Modell von Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Die Situation ist am Ende noch viel dramatischer, als es mit den geplanten Verkäufen in diesem Jahr von 850 Millionen € offenkundig wird. Neben den diesjährigen Verkäufen ist in der mittelfristigen Finanzplanung nachzulesen: Im Jahre 2006 sind weitere Verkäufe an Sachvermögen für 813 Millionen € vorgesehen; 2007 soll Sachvermögen in Höhe von 570 Millionen € verkauft werden und im Jahre 2008 in Höhe von 430 Millionen €. – Bis zum Ende der Legislaturperiode wird die Landesregierung, wenn wir sie nicht irgendwie daran hindern, sage und schreibe über 3,1 Milliarden € an Vermögen verschleudert haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unglaublich! – Jürgen Walter (SPD): Unerhört!)

Und dazu – das geht alles aus der mittelfristigen Finanzplanung hervor – wird das Land mit einer Nettoneuverschuldung von insgesamt 4,6 Milliarden € belastet werden. Insgesamt gehen die Verkäufe und gleichzeitig die Nettoneuverschuldung hoch.

„Verkaufen, verkaufen, verkaufen“ ist das Motto der Landesregierung. Aber im Haushaltsplan ist ein Ankauf vor-

gesehen: Die Landesregierung will ein Schloss samt Sammlung für 13,5 Millionen € erwerben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die soziale Komponente!)

Der Graf Erbach-Erbach soll entschuldigt werden. Das ist schön für ihn. Das hätte manch anderer gerne auch. Finden Sie nicht, dass das im krassen Widerspruch zu Ihren Verkäufen steht? – Den Mitarbeitern das Dach über dem Kopf verkaufen, aber ein Schloss kaufen, das ist Ihre Schwerpunktsetzung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Kollege Milde, ich komme zu den Personalkosten, ein höchst sensibler Punkt. Der Finanzminister freut sich – er sagt, als großen Erfolg –, dass die Personalkosten nur um 0,6 % steigen. Dieser Anstieg der Personalkosten, der sicherlich gegenüber den Vorjahren gebremst worden ist, ist jedoch zustande gekommen, indem Sie Mitarbeiter in erheblichem Maße belastet haben. Am Ende ist diese 0,6-%-Steigerung auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgeglichen worden, nämlich durch die Streichung des Urlaubsgeldes, durch die Kürzung beim Weihnachtsgeld, durch Arbeitszeitverlängerung und auch durch die Mobbingstelle PVS. Das hat, wenn man diese Maßnahmen zusammen nimmt, zu einer Konfrontation mit den Beschäftigten geführt. Die Motivation ist in vielen Bereichen der Verwaltung – von der Polizei bis zu der Lehrerschaft und der inneren Verwaltung mit den Regierungspräsidien – völlig dahin und auf dem Nullpunkt.

Sie erhalten für diese Konfrontationsstrategie – das ist eigentlich eine Betonstrategie – auch die Quittung. Eines wird klar: Mit dieser Strategie können Sie die Personalkosten nicht einfrieren. – Ihr ursprüngliches Ziel war keine 0,6-%-Steigerung, sondern ein Einfrieren der Personalkosten. Wir wissen auch, dass die Personalausgaben etwa die Hälfte des Landeshaushaltes ausmachen und wir nicht einfach sagen können: Da darf man nicht ran, das kann alles so weitergehen, am Personal darf nicht gespart werden. – Das ist nicht unsere Haltung. Aber es gilt: Es muss sozial gerecht und fair mit den Mitarbeitern umgegangen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht so, als hätten wir uns davor gedrückt – das hat in diesem Haus zu Polemik geführt –, zu sagen, was unsere Position ist. Unsere Position ist, dass es Zeit für einen Beschäftigungspakt im Lande Hessen ist, der mit der klaren Botschaft der Arbeitgeber verbunden ist: Die Personalkosten dürfen nicht steigen, d. h. null Steigerung. – Das sagen wir so hart über die Personalkosten. Wir haben einen Antrag eingebracht. Der ist von der CDU abgelehnt worden. Es kann mehrere Strategien geben

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ihr habt mindestens drei!)

– Kollege Milde –, um das zu erreichen. Sie sagen, Arbeitszeitverlängerung und PVS seien Ihre richtige Strategie. Der Erfolg ist dieses Jahr eine Steigerung von 0,6 %, in der mittelfristigen Finanzplanung jedes Jahr eine Steigerung von 1 %. Wir sagen: Gehen wir den umgekehrten Weg, nämlich mit einer Arbeitszeitverkürzung – selbstverständlich ohne vollen Lohnausgleich; das kann gar nicht anders gehen. Kann das nicht der Weg sein?

Sie sehen das an Ihrer PVS. Sie haben Menschen hineinvermittelt. Aber die Vermittlung klappt gar nicht. Das heißt, Sie zahlen die vollen Stellen bei der PVS. Die Vermittlung läuft nicht und kostet nur Geld. Übrigens kostet der ganze aufgeblähte Apparat der PVS 3,5 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Kollege Milde, wir können es belegen: an Reisekosten, an Prämien, an IT-Ansätzen und Personalkosten 3,5 Millionen €. – Es ist der große Vorteil, dass das im Haushalt jetzt gesondert ausgewiesen ist. Aber der von Ihnen gewünschte Abbau von Stellen findet darüber nicht statt, weil die Vermittlung nicht klappt und Sie die Mitarbeiter in vollem Umfang bezahlen müssen.

Folgendes ist übrigens auch ein Skandal. Es ist eine falsche Personalpolitik, dass Sie junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht über die erforderliche Quote hinaus in der Landesverwaltung ausbilden. Wir sind der Ansicht, dass in der schwierigen Situation der Staat über der erforderlichen Quote ausbilden muss. Aber Sie haben es mittlerweile sogar geschafft, weniger junge Leute einzustellen, als Bedarf besteht. Am Ende stellt dies eine Verschleuderung der Ressource junger Menschen dar. Das zeigt Ihre ganze Konzeptlosigkeit. Außerdem wird sich dadurch in einigen Jahren eine schwierige Situation für die Verwaltung ergeben. Das haben Sie damit ausgelöst.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Milde, ich will noch einmal etwas zur Personalfrage sagen. Denn das Personal stellt den größten Ausgabenblock dar. Die Landesregierung ist jetzt aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten. Sie sollten gelesen haben, was gestern zwischen Gewerkschaften und der Bundesregierung hinsichtlich der Frage vereinbart wurde, wie man bei der Beamtenbesoldung weiter voranschreiten will. Ich sage Ihnen dazu: Mit dem Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder haben Sie sich von der notwendigen Modernisierung des BAT abgekoppelt. Auch die Gewerkschaften wissen, dass da etwas passieren muss. Sie haben sich bei dieser Thematik in die Sackgasse manövriert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Am Ende wird das den Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Auf jeden Fall wird es den Steuerzahler teurer kommen, als wenn Sie endlich eine Strategie für die Debatte entwickeln, in das Gespräch mit den Gewerkschaften eintreten und an den Verhandlungstisch zurückkehren würden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis Ihrer ganzen Personalaktionen wird so sein, dass faktisch von den von Ihnen vorgesehenen und auch schon vorgenommenen Stellenstreichungen bis zum Jahre 2008 etwa zwei Drittel der Zahl der Beschäftigten, wie Opel sie hat, betroffen sein werden. Wir reden über etwa 13.000 Menschen. Die entsprechende Menge Personal wird durch Ihre ganzen Aktionen, wie Arbeitszeitverlängerung und Stellenstreichungen, am Ende in Hessen abgebaut sein. Das entspricht etwa zwei Drittel der Beschäftigten von Opel. Wir diskutieren gerade, dass bei Karstadt die Stellen von 30.000 Menschen bedroht sind. Es geht also um etwa die Hälfte der Stellen, die bei Karstadt in der Diskussion sind. Meine Damen und Herren, ich habe das nur einmal ge-

sagt, damit man die Dimensionen sieht, die sich aus Ihrem Konzept ergeben.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, die Öffentlichkeit regt sich zu Recht über das auf, was bei Karstadt passiert, dass dort 30.000 Arbeitsplätze bedroht sind. Auch der Ministerpräsident hat dazu Entsprechendes gesagt. Das hat er auch zu Opel erklärt. Aber gleichzeitig sollen im Land Hessen ebenfalls faktisch 13.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Ich glaube, auch das gehört zur Diskussion dazu. Denn die Dimensionen sind noch viel schlimmer. Die „Operation sichere Zukunft“ hat nämlich auch beschäftigungspolitische Auswirkungen. Sozialpolitisch ist sie wirklich ein ganz großes Drama. Aber sie hat auch beschäftigungspolitische Auswirkungen durch Ausgabenkürzungen und Gebührenerhöhungen. Es gibt Berechnungen, die besagen, dass man auch in diesem Zusammenhang über etwa 13.000 bis 15.000 Arbeitsplätze reden muss. Ich glaube, auch das muss man hier einführen.

Den Abbau von Stellen, über den wir an dieser Stelle reden müssen, begleiten Sie gleichzeitig mit der Aussage – man kann es nicht anders ausdrücken: das ist eine Frechheit –, dass dieser Haushaltsplan den Arbeitsmarkt unterstützen werde. Ich zitiere aus der Begründung des Gesetzentwurfs. Dort steht:

Der Haushaltsplanentwurf unterstützt ferner den Arbeitsmarkt, weil er eine weitere Vergrößerung der bestehenden Zielabweichung auf dem Arbeitsmarkt vermeiden hilft.

Das ist Ihre Begründung dafür, dass die nach der Verfassung zulässige Grenze der Verschuldung überschritten wird. Sie sagen also, der Entwurf für den Landeshaushalt – das ist das, was Sie hier vorgelegt haben – würde dazu beitragen, das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes zu erreichen. – Das ist wirklich unglaublich. Sie verfolgen eine Politik, die dazu führt, dass allein in diesem Jahr 1.222 Stellen gestrichen werden. Mit der Verlängerung der Arbeitszeit haben Sie allein an den Schulen 800 Stellen für Lehrer abgebaut. Insgesamt sind sogar 4.750 Stellen bedroht. Ihre Kürzungen bei den Ausgaben und die Gebührenerhöhungen werden in Hessen insgesamt mehr als 10.000 Arbeitsplätze kosten.

Sie wissen, dass wir beim Staatsgerichtshof einen Antrag gestellt haben, aufgrund dessen überprüft wird, ob der Landeshaushalt des Jahres 2002 verfassungsgemäß war. Ich sehe Herrn Ministerpräsidenten Koch jetzt nicht. Herr Ministerpräsident Koch – Herr Weimar, das betrifft auch Sie, denn dieser Gesetzentwurf trägt auch Ihre Unterschrift –, wenn Sie wirklich glauben, mit einer solch lächerlichen Begründung das Überschreiten der nach der Verfassung zulässigen Grenze rechtfertigen zu können, dann müssen Sie einige Menschen für sehr blöde halten.

(Beifall bei der SPD)

Diese Landesregierung will bei den Investitionen kürzen. Sie will Stellen abbauen. Gleichzeitig behaupten Sie dann aber, dass der Haushalt die nach der Verfassung zulässige Grenze der Verschuldung überschreiten dürfe, weil man dadurch dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes näher kommen könne. Es ist schon unglaublich, was Sie uns damit als Argumentation zumuten.

(Zuruf von der CDU)

– Doch, das Land ist arm geworden. Herr Kollege Milde, das Land ist arm geworden. Vor allem in der Regierung breitet sich geistige Armut aus.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Die war von Anfang an da!)

Ich möchte an dieser Stelle auf den Desinformationsstaatssekretär Metz zu sprechen kommen. „Presseversprecher“ Metz hat meinen Vorwurf dementiert, dass über 1,5 Millionen € zusätzlich in diverse Titel für Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation gesteckt werden sollen. Ich habe behauptet, für die diversen Titel Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation, Empfänge und Veranstaltungen sind 1,5 Millionen € mehr im Haushalt für das Jahr 2005 vorgesehen.

(Günter Rudolph (SPD): Dafür haben sie Geld!)

Herr Metz hat das dementiert. Er hat behauptet, die Mittel seien gegenüber dem Vorjahr in unveränderter Höhe veranschlagt, dies sei allerdings an einer anderen Stelle im Haushalt erfolgt.

Wie sieht die Wahrheit aus? Zum Glück gibt es die Anlage 4 zum Entwurf des Haushaltsplans. Ich schlage vor, dass sich Herr Metz mit dieser befasst. Es handelt sich dabei um die so genannte Zergliederung. Ich habe mir diese Zergliederung noch einmal genau angeschaut. Dort sind die Verfügungsmittel, die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit, die Mittel für Aufwendungen aus dienstlicher Veranlassung – also die Mittel für die Aufgabe der Repräsentation –, für Veranstaltungen und Empfänge aufgeführt. Die Wahrheit ist, dass im Jahr 2004 dafür zusammengenommen 11 Millionen € ausgegeben werden. Das ist übrigens auch eine hohe Summe. Der Haushaltsplan für das Jahr 2005 sieht dafür Ausgaben in Höhe von 12,5 Millionen € vor. Wenn man Kopfrechnen kann – das hatte ich Herrn Metz zugetraut –, kann man feststellen, dass das eine Steigerung um 1,5 Millionen € ist. Das entspricht genau dem, was ich in der Pressemitteilung ausgesagt habe. Übrigens stellt das eine Steigerung von über 11 % für die Mittel der Öffentlichkeitsarbeit, der Repräsentation usw. dar. Ich stelle hier klipp und klar fest: Herr Metz hat gelogen. – Aber was soll man denn anderes von einem Regierungssprecher erwarten, dessen Chef Roland Koch heißt?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Sie richten sich selbst!)

– Herr Kollege Jung, ich sage Ihnen eines:

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Mit solchen Bemerkungen richten Sie sich selbst!)

Wer so wie Herr Pressesprecher Metz ausgeteilt hat, muss auch einstecken können. Ich glaube, das täte auch Ihnen gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Jung, bei einer Debatte über Wahrhaftigkeit und Lügen sollten Sie ganz vorsichtig sein.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

An dieser Stelle muss man zwangsläufig auf den Etat des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei zu sprechen kommen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Sie richten sich selbst! – Zuruf von der CDU: Das ist unglücklich!)

Das ist völlig klar. Nach dieser Ouvertüre muss man sich damit noch einmal auseinander setzen. Der ohnehin mächtige Etat für Öffentlichkeitsarbeit, Verfügungsmittel und Veranstaltungen der Staatskanzlei soll ohne Kürzungen eine Höhe von 12,5 Millionen € haben.

Was allerdings auch bleiben soll, ist der ungeheuer aufgeblähte Personalbestand in der Staatskanzlei. 250 Personen befinden sich in der unmittelbaren Umgebung des Ministerpräsidenten. Da reden Sie von „Sparen, sparen, sparen“. Herr Finanzminister, das waren Ihre Worte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Petra Fuhrmann (SPD): Wasser predigen und Wein saufen!)

Neben dem eigentlich schon überflüssigen einen Minister in der Staatskanzlei wurde unter der Alleinregierung der CDU noch ein zweiter gestellt. Man kann also mit Fug und Recht feststellen: Das Einzige, was sich dieser Ministerpräsident erspart, ist das Sparen im eigenen Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Da ich bei Eigenwerbung und Öffentlichkeitsarbeit bin, möchte ich Folgendes hinzufügen: Platz zwei in Sachen Eigenwerbung nimmt die Kultusministerin ein. Deren Etat für Öffentlichkeitsarbeit soll um 146.000 € steigen. Das entspricht einem Plus von 36 %. Keine Aufregung, auch da gilt: je schlechter die Politik, umso höher die Mittel für Werbung.

(Beifall bei der SPD)

Je mehr das Ansehen der Kultusministerin bei Eltern, Schülern und Lehrern sinkt, umso mehr muss für Werbung ausgegeben werden.

Das ist vielleicht verständlich aus Sicht der Landesregierung. Aber haben Sie doch Verständnis, dass die Opposition das zu Recht kritisiert.

(Beifall bei der SPD)

Den drittgrößten Zuschlag bei der Öffentlichkeitsarbeit gönnt sich der Innenminister: 50.000 €.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Ja, der hats auch nötig. – Auch hier gilt: Nicht die Politik soll besser werden, sondern die Werbung soll teurer werden. Je weniger Polizei auf den Straßen, desto mehr Werbung für den Minister – um es auf eine einfache Formel zu bringen. Insgesamt gilt: „Sparen, sparen, sparen“, sagt der Minister,

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

aber das Gegenteil wird bei der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung getan.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Frau Kollegin Wagner, ich komme deshalb zu den angeblichen Schwerpunkten des Landeshaushaltes: Bildung – das wird Sie besonders interessieren –, innere Sicherheit und Wirtschaft. So hat es der Finanzminister formuliert.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Ist Bildung ein Schwerpunkt der Landesregierung, Herr Kollege Weinmeister? Das wollen wir einmal abtesten.

(Mark Weinmeister (CDU): Aber hallo!)

– Okay. – Tatsache ist, dass Sie 800 Lehrerinnen und Lehrer im Jahre 2005 weniger an den Schulen haben.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist die Wahrheit!)

Vollgestopfte Klassen und der Bruch des Versprechens der Unterrichtsgarantie sind die Folge, Herr Kollege Weinmeister.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Die von Ihnen groß angekündigte Aufstockung des Etats für Vertretungslehrer in Höhe von 10 Millionen € – der Finanzminister hat es eben in seiner Rede auch erwähnt – ist gerade einmal die Rücknahme der Kürzungen, die es durch die „Operation düstere Zukunft“ gegeben hat. Damals haben Sie um 8,9 Millionen € gekürzt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt stocken Sie das in etwa wieder auf. Echt zugelegt haben Sie knapp 1 Million €, und das bei steigenden Schülerzahlen. Das ist nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Fast in gleicher Höhe, nämlich um 800.000 €, steigt der Etat für die Eliteschule Schloss Hansenberg, von 2,37 Millionen € auf 3,15 Millionen €. Dafür kürzen Sie aber die Mittel der sonderpädagogischen Förderung in Hessen. Das macht Ihre Schwerpunktsetzung deutlich. Für die von Ihnen ausgebildeten Eliten ist Geld da. Der Rest der Schülerinnen und Schüler in Hessen wird vernachlässigt.

(Beifall bei der SPD – Rüdiger Hermanns (CDU): Ein solcher Schwachsinn! – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Ich komme zum Hochschulbereich. Frau Wagner, ich glaube, da sind wir uns einig.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Bestimmt nicht! Wer so widerlich redet, dem kann man nicht zustimmen! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Vielleicht trügen aber die Zahlen nicht. – Der Hochschuletat ist um etwa 190 Millionen € unterfinanziert. Das sagen Ihnen Verantwortliche an den Hochschulen, wenn Sie mit ihnen sprechen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Wie war es zu Ihrer Zeit zwischen 1991 und 1999?)

Jetzt komme ich zu dem von Ihnen ausgehandelten Hochschulpakt zurück. Sie haben diesen Hochschulpakt – davon bin ich überzeugt – redlich gemeint und redlich angesetzt.

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Aber was hat diese CDU-Landesregierung daraus gemacht? Diese Landesregierung erfüllt den Hochschulpakt nicht. Sie betrügen die Hochschulen auch in diesem Jahr um 30 Millionen €.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Ihre politischen Schwerpunktsetzungen im Hochschulbereich und im Schulbereich stellen sich nicht als Schwerpunktsetzungen, sondern als politische Leichtgewichte heraus.

Ich komme zu dem Schwerpunkt innere Sicherheit.

(Günter Rudolph (SPD): Ach du lieber Gott!)

Wenn der vorgesehene Abbau von 1.000 Stellen bei den Polizeibediensteten, die Schließung von Polizeidienststellen – darüber werden wir morgen sprechen – und die Steigerung der Kriminalität um 11 % innerhalb von zwei Jahren ein Schwerpunkt der Landesregierung sind – Sie haben gesagt, die innere Sicherheit sei ein Schwerpunkt –, dann kann man in etwa ermesen, was die Nebenpunkte bei dieser Landesregierung bedeuten.

(Beifall bei der SPD)

Was sind die Nebenpunkte? Umwelt – dazu bei der Etatdebatte mehr, wenn wir die Einzelpläne behandeln. Aber Sie können einem Sozialdemokraten nicht verübeln, wenn er an dieser Stelle etwas zur Frage der sozialen Gerechtigkeit sagt. Durch die „Operation düstere Zukunft“ wurde im Haushaltsjahr die soziale Infrastruktur des Landes gnadenlos und herzlos zerschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Was über Jahre in Hessen aufgebaut worden war, übrigens auch in sozial-liberalen Zeiten, Frau Kollegin Wagner, das wurde gnadenlos innerhalb von wenigen Monaten zerschlagen. Viele Initiativen sind am Ende.

Aber wer jetzt gedacht hätte, dass nur ein Cent dieser unsinnigen Kürzungen zurückgenommen würde, der hat sich geirrt. Dabei wissen Ihre Kommunalpolitiker und auch einzelne Abgeordnete der CDU, wenn man mit ihnen unter vier Augen spricht, dass diese Kürzungen nicht nötig waren. Wir haben finanzpolitische Alternativen aufgezeigt, ich werde nachher noch einiges benennen. Wie gesagt, 13,5 Millionen € werden für ein Schloss ausgegeben, und Sie haben 30 Millionen € im Sozialbereich gekürzt.

Mit diesem Haushalt wird keine dieser Kürzungen zurückgenommen. Im Gegenteil, die Ministerin ist nicht bereit, wegbrechende Mittel des Europäischen Sozialfonds im Bereich der offenen Altenhilfe aufzufangen. Genauso wenig ist die Ministerin bereit, kommunalen und freien Trägern für die modellhafte Förderung von Demenzkranken zur häuslichen ambulanten Versorgung die notwendigen Mittel bereitzustellen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unerhört!)

Hier geht es um 700.000 € aus dem Europäischen Sozialfonds, die wegbrechen. Wir finden, Sie hätten so handeln sollen, wie Sie es der kommunalen Seite immer zugemutet haben: dass sie bei der Erziehungsberatung einspringen, bei der Schuldnerberatung. Mein Landkreis ist dort zum Teil mit eingestiegen, andere Kreise z. B. bei den Frauenhäusern. Man könnte von einer Landesregierung erwarten, wenn tatsächlich Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds wegbrechen, dass sie 700.000 € für ein wirklich bedeutsames Programm auf Landesebene bereitstellt. Es geht um 700.000 € für Demenzkranke.

(Beifall bei der SPD)

Was wird an dieser Stelle gemacht? Als zynisches Trostpflaster für den sozialen Kahlschlag wird jetzt die Pflegemedaille eingeführt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unglaublich!)

Diese Medaille soll künftig zur Ehrung besonderer Verdienste um pflegebedürftige, kranke und behinderte Menschen verliehen werden. – Medaille statt Hilfe, das ist die Politik der Landesregierung. Das ist unglaublich, das ist nur noch als zynisch zu bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)



Zynisch und provokativ sind drei weitere Etatposten. Das sind z. B. die Mittel, die für den Frankfurter Rennklub angesetzt sind. Der Vorsitzende ist ein Herr Paul, hier im Landtag bekannt. Der Frankfurter Rennklub soll erneut 125.000 € bekommen. Der Etat der Vertriebenen soll um 50.000 € auf nunmehr 610.000 € aufgestockt werden. Außerdem sollen 8,5 Millionen € für die Staatsweingüter zur Realisierung des umstrittenen Projekts Steinberg ausgegeben werden. Dieses Projekt ist auch bei Winzern stark umstritten, und vor Ort weht Ihnen der Sturm der Entrüstung nur so entgegen.

Seit dem Haushalt 2004 gibt es kein Geld mehr für Schuldnerberatung, für Frauenhäuser. Es gab Kürzungen bei der Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase, Kürzungen bei der Erziehungshilfe, keinen Mittelausgleich für die Kürzungen bei den Demenzkranken, wohl aber Geld für den Frankfurter Rennklub und die Vertriebenenverbände. Das zeigt den Zynismus dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt könnte man – ich befürchte es fast – in Ihrem Zynismus sagen: Der redet über Peanuts. – Das traue ich Ihnen zu. Aber jetzt wollen wir wirklich über Peanuts reden, und ich komme zur groß angekündigten Pensionsrücklage von Minister Weimar. Zitat: Mit dieser Pensionsrücklage „gehen wir, wie ich angekündigt hatte, auch das Problem der stetig massiv ansteigenden Versorgungslasten konsequent an.“

Das schrieb Herr Weimar in seiner Presseerklärung vom 14. September. Er hat es heute in ähnlichen Worten wieder formuliert.

Wie sieht das konsequente Angehen des Ministers aus? Sage und schreibe 3 Millionen € plant er in diesem Jahr für eine Versorgungsrücklage ein, und das angesichts von rund 1,6 Milliarden € Versorgungslasten in diesem Jahr. In 20, 30 Jahren, wenn es realisiert werden muss und die Beamten möglicherweise in Ruhestand gegangen sind, reden wir wahrscheinlich über die doppelte Zahl, über 3 Milliarden €.

Meine Damen und Herren, es ist eine fast schon beängstigende Konsequenz, die der Finanzminister hier an den Tag legt. Mit Ihrem Versorgungsrücklägchen können Sie in 20 Jahren nicht einmal die Briefe finanzieren, die Sie an die Versorgungsempfänger schreiben müssen, um ihnen mitzuteilen, wie hoch die Versorgungsbezüge sind, mit was sie in Zukunft noch rechnen dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nein, meine Damen und Herren, wenn dies konsequentes Handeln ist, dann darf man sich überhaupt nicht ausmalen, wie die Bereiche aussehen, wo der Finanzminister weniger konsequent ist.

Was Sie vorgenommen haben, ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Mein Fraktionsvorsitzender Jürgen Walter hat Ihnen schon zu Beginn der Debatte, als Sie wieder einmal großspurige Ankündigungen zur Versorgungsrücklage gemacht haben, gesagt: Da steht der nächste Wortbruch der Landesregierung bevor. – Wir haben einen Antrag in den Landtag eingebracht, Sie haben ihn abgelehnt. Es stellt sich wieder einmal heraus, diesem Finanzminister ist nicht zu glauben. Ich wiederhole jetzt gar nicht das wunderschöne Zitat aus der „FAZ“: „Hallodri“ und

„Sprunghaftigkeit des Finanzministers“. Aber an diesem Punkt wird es wieder einmal deutlich, und es ist richtig.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Schmitt, auch eine Dreiviertelstunde Redezeit geht einmal zu Ende. Bitte kommen Sie zum Schluss.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Gut. – Ich komme kurz zu den Kokosnüssen. Die Kokosnüsse sind z. B. die neue Verwaltungssteuerung, SAP. Mittlerweile 70 Millionen € wird uns die neue Verwaltungssteuerung kosten; es ist ausgewiesen.

(Jürgen Walter (SPD): In einem Jahr! Millionen-grab!)

Das macht deutlich, dass unsere Befürchtungen berechtigt sind, wenn wir von 500 Millionen € durch SAP bis zum Jahr 2008 sprechen.

Es ist wirklich ein Witz, was der Finanzminister hier gesagt hat, dass die Landesregierung ein guter Partner der Kommunen sei. Das Gegenteil ist der Fall. Sie lassen die Kommunen im Stich. Das macht sich auch daran fest, dass Sie den Kommunen 150 Millionen € vorenthalten. Sie selbst gehen davon aus, dass die drei mal 50 Millionen €, die das Land durch Steuerrechtsänderungsgesetze angeblich stärker belastet sei als die Kommunen, zu Unrecht dem KFA entzogen wurden.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Schmitt, Ihr letzter Satz. Es ist leider so, ich kann die Uhr nicht ändern.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Ich bin mir nicht ganz sicher, ich habe um fünf nach angefangen. – Also mein letzter Satz.

(Jürgen Walter (SPD): Ist der Zuschlag vom Minister darauf?)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Es gab eine Minute zusätzliche Redezeit, und 46 Minuten sind abgelaufen. Es ist schlicht so.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Minister, durch Sparen allein ist dieser Haushalt nicht zu retten. Wir müssen auch über die Frage der Einnahmen reden. Wir müssen über die Vermögensteuer reden, wir müssen über die Erbschaftsteuer reden.

Aber eines kann ich Ihnen auch sagen: Nehmen Sie endlich die Wahrheit in diesem Land zur Kenntnis. Hessen ist durch Ihre Politik am Rand der Pleite. Deswegen ist nicht ein unbeirrtes Weitermachen notwendig, wie Sie es gesagt haben. Es ist dringend eine finanzpolitische Umkehr notwendig. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN) – Frank Gotthardt (CDU): Auf der Titanic hat auch bis zum Schluss die Kapelle gespielt!)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Schmitt. – Als Nächster hat sich Herr Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Milde, der Nachmittag neigt sich bald zu Ende. Auch die Presse hat bald Redaktionsschluss,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Es steht 2 : 0 für uns!)

sodass die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion bald aufatmen können. Herr Kollege Dr. Jung, trotzdem wird morgen in den Zeitungen die Erbärmlichkeit Ihrer Finanzpolitik die Schlagzeilen beherrschen. Durch seinen rüpelhaften Auftritt, nicht über den Haushalt zu reden, sondern ausschließlich die Opposition zu beschimpfen, hat sich der Finanzminister einen schlechten Dienst erwiesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister, was Sie uns hier geboten haben, war eines Finanzministers bei der Einbringung eines Haushalts gänzlich unwürdig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist ein Novum in der hessischen Parlamentsgeschichte, dass die wichtigste Debatte, die der Landtag im Jahresrhythmus zu führen hat, nämlich die Debatte über das Budget, nicht, wie eigentlich selbstverständlich, zur besten Vormittagszeit, sondern in Tagesrandlage geführt werden muss. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion: Wie viel Angst haben Sie eigentlich vor der Kritik der Opposition, und wie substanzlos müssen Ihre Argumente sein, wenn Sie zu einem solchen Mittel greifen und unseren Antrag, den Haushalt wie üblich am Mittwochvormittag zu platzieren, im Ältestenrat abgelehnt haben?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben die Schreierei des Finanzministers erlebt: keine Argumente in der Sache, viel Kehlkopf und wenig Köpfchen. Wer in der Haushaltsrede nur die Opposition beschimpft und sich nicht traut, über seinen Haushalt zu reden, der hat offensichtlich nichts zu bieten. Deswegen erhebt sich die Frage fast schon nicht mehr, sondern sie beantwortet sich von allein, welchen Grund die Mehrheitsfraktion hat, von den parlamentarischen Gepflogenheiten so deutlich abzurücken. Es liegt auf der Hand und ist nach der Rede des Finanzministers, die wir gehört haben, offenkundig: Die Botschaft dieser Haushaltsrede ist das Eingeständnis vollständiger Plan- und Hilflosigkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Weimar, das war eine Jammerrede in Richtung Berlin und reine Schreirede in Richtung Opposition hier. Das haben Sie uns vor Augen geführt. Jetzt stehen Sie mit ro-

ten Ohren da, wie der sprichwörtlich begossene Pudel, und müssen eingestehen, dass Sie uns und der gesamten hessischen Öffentlichkeit in der Vergangenheit und Gegenwart nichts als Ausreden, Unwahrheiten und Lügen aufgetischt haben. Herr Finanzminister, für einen solchen Haushaltsentwurf müssten Sie, wenn überhaupt, sich selbst beschimpfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die weimarsche Finanzpolitik ist ohne jeden Plan. Die Begriffe und die Textbausteine, die zu ihrer Begründung vorgetragen werden, sind nicht nur austauschbar; sie werden verfälscht und rücksichtslos missbraucht. Im Gegensatz zu den Beteuerungen – wir haben sie ja gehört – werden eben keine Schwerpunkte gesetzt. Oder, Herr Weimar, ist es das besondere schwarze Charakteristikum eines Schwerpunkts, dass dort über 1.000 Stellen abgezogen werden, wie bei Ihnen im Bildungsbereich? Schwerpunkt als der Bereich, wo die Schwerkraft ansetzt und alles ganz besonders rasch nach unten geht – als Physiker könnte ich diese Erklärung vielleicht noch nachvollziehen. Aber als Politiker sage ich Ihnen, damit verhöhnen Sie Ihr Publikum, wenn Sie angesichts eines solch massiven Stellenabzugs noch von einem Schwerpunkt sprechen.

Meine Damen und Herren, noch deutlicher wird es an der von Koch und Weimar immer wieder verwendeten Formel „geschützte Bereiche Bildung und Sicherheit“. Welche Art von Schutz meinen Sie eigentlich, wenn es deutliche Einschnitte in der Personalausstattung gibt, die dann schönredend dadurch angeblich ausgeglichen werden, dass die verbleibenden Bediensteten mehr arbeiten müssen? Das ist ein schöner Schutz, wenn Laien als so genannte freiwillige Polizeikräfte statt ausgebildeter Polizeibeamter Verbrecher jagen sollen. Es ist eine ganz spezielle Form von Unterrichtsgarantie, wenn ein ausgebildeter Deutschlehrer den fehlenden Kollegen im Chemieunterricht ersetzen muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, hier formuliert ein geradezu notorischer Hang zur Unwahrhaftigkeit die Begriffe. Dies ist das Markenzeichen der Hessen-CDU, ihrer Landtagsfraktion und ihrer Landesregierung.

Betrachten wir einen weiteren Begriff aus der weimarschen Wundertüte der Begriffsverwirrung. Ich meine die Haushaltskonsolidierung, er sprach auch selbst darüber. Üblicherweise versteht man unter Konsolidierung eine Reihe von Entscheidungen und Handlungen mit dem Ziel, die Vermögenslage zu verbessern, d. h. zunächst die Ausgaben mit den Einnahmen wieder in ein Gleichgewicht zu bringen und dann die aufgehäuften Schulden schrittweise abzubauen. Haushaltskonsolidierung à la Weimar ist stattdessen eine gigantische Neuverschuldung. Selbst in Hessens besten Jahren, als die Steuereinnahmen nur so sprudelten, wurden zusätzliche Schulden gemacht. Stichwort: Haushaltskonsolidierung, nachdenken und Maßnahmen ergreifen. Alle Vorschläge zur Einnahmeverbesserung, zum Abbau von Steuerprivilegien werden von dieser Landesregierung und speziell von diesem Finanzminister im Bundesrat in Berlin stets und ständig torpediert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn im Jahr 2008 diese Politik mithilfe des Stimmzettels der Bürgerinnen und Bürger endlich beendet werden kann, werden wir in Hessen rund 11 Milliarden € Schulden mehr haben als an dem Tag, als Karlheinz Weimar ins Amt kam. Wir werden zusammengerechnet nicht nur um rund 14,3 Milliarden € ärmer sein. Nein, die Zinsbelastung aus diesen Schulden kommt noch hinzu. Das dürften dann kaum weniger als weitere 700 Millionen € sein.

Diese düsteren Zahlen sage nicht ich, Herr Kollege Milde. Dies zeigt der Finanzplan, den die Landesregierung letzte Woche beschlossen hat und der uns mit vorliegt. Deshalb lohnt es sich in der Tat, den Finanzplan, der die Absicht der Landesregierung quantitativ beschreibt, ein bisschen genauer anzuschauen.

Er zeigt besonders deutlich, in welche finanzielle Schiefelage die Regierung Koch das Land manövriert hat. Nach dem Finanzplan werden die Personalausgaben von diesem Jahr bis zum Ende der Legislaturperiode um rund 250 Millionen € steigen, der Schuldendienst aber um rund 330 Millionen €. Dabei sind die Zinsrisiken noch gar nicht berücksichtigt. Irgendwann ist auch die längste Niedrigzinsperiode zu Ende.

Damit wird deutlich, dass die CDU vier Jahre lang im Bündnis mit der FDP das Land Hessen ganz tief in die Schuldenfalle gestürzt hat. Genau deswegen wird vom Finanzministerium jetzt als Narkotikum die frohe Botschaft – aus meiner Sicht – höchst makaberer Erfolgsmeldungen verbreitet.

Es ist richtig, dass die Neuverschuldung in den vergangenen drei Jahren mit rund 5 Milliarden € höher war, als sie für die kommenden Jahre mit rund 2,8 Milliarden € geplant ist. Kann das wirklich ein Erfolg genannt werden?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schaut man genau hin, dann fehlt in der Planung des kommenden Jahres und der folgenden Jahre deutlich mehr Geld, um die Ausgabewünsche der Regierung zu befriedigen. Für 2005 sind – wir haben es schon mehrfach gehört – Verkäufe von landeseigenen Immobilien von rund 800 Millionen € geplant, die anschließend wieder angemietet werden sollen. Herr Weimar, was ist das anderes als eine zusätzliche versteckte Kreditaufnahme für konsumtive Ausgaben?

Es ist falsch, wenn Sie uns hier weismachen wollen, diese Verkäufe dienten zusätzlichen Investitionen. Man kann das ganz einfach an einer Hand ausrechnen: Sie haben 1,1 Milliarden € Nettoneuverschuldung, davon 230 Millionen € über der Verfassungsgrenze. Bereits vor der Neuverschuldung ist ein knappes Viertel für konsumtive und nicht für investive Ausgaben vorgesehen, sonst wäre es nicht über der Verfassungsgrenze. Die 800 Millionen € aus den Verkäufen sind ausschließlich zum Aufzehren geplant.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Damit wird das Vermögen des Landes vermindert, und stattdessen werden langjährige feste Zahlungsverpflichtungen eingegangen. Meine Damen und Herren, schauen Sie bitte einmal alle in den Finanzplan hinein: Für die Folgejahre sind weitere Vermögensveräußerungen von insgesamt rund 1,8 Milliarden € geplant. Hinzu kommt, dass weitere 600 Millionen € Haushaltslöcher trotzdem existieren, die als so genannte globale Minderausgabe in den Plan eingesetzt werden. Das macht zusammengerechnet

von heute an, vom 5. Oktober 2004, bis zum Ende der Legislaturperiode die gigantische Summe von 6.700 Millionen € an zusätzlichen Belastungen, für die dieser Finanzminister und diese Landesregierung die Verantwortung tragen.

Was tut die Landesregierung in dieser Situation? Sie versucht sich – wir haben es auch gehört – in der gewohnten weinerlichen Feigheit, die bei Konservativen in diesem Land eine große Tradition hat, die Schuld anderen zuzuschreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Ihr habt uns schon viel zugegemutet!)

Im Jammertal der Rede von Herrn Weimar war es erst Berlin, dann die hiesige Opposition und schließlich der Länderfinanzausgleich. Er schreibt und sagt es auch überall, der Länderfinanzausgleich – der übrigens, Sie erinnern sich, von der Mehrheitsfraktion hoch gelobt in Wiesbaden neu ausgehandelt worden ist; Weimar war damals der Held des Tages, die Neuregelung tritt im Jahr 2005 in Wirkung – sei an allem schuld. Es wird immer wieder ein Vergleich zwischen der Schuldenmacherei der Landesregierung und den Verpflichtungen des Landes aus dem Länderfinanzausgleich hingewiesen. Was soll denn diese vergleichende Darstellung? – Sie soll doch unterschwellig die Botschaft vermitteln: Wenn andere Länder uns Hessen nicht unser schönes selbst eingenommenes Geld wieder abnehmen würden, dann müssten wir überhaupt keine Schulden machen.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Also sind dies in Wahrheit keine Schulden und erst recht keine Schuld der Landesregierung, sondern die Folge der Beraubung durch den Länderfinanzausgleich. – Meine Damen und Herren, dieser Versuch der Rechtfertigung eigenen Versagens hat noch nicht einmal Stammtischniveau, er ist eine echte finanzpolitische Dolchstoßlegende.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt wagen wir einmal einen kurzen Blick in die jüngste Vergangenheit. Es ist erst ein knappes Jahr her. Wer erinnert sich nicht mehr an den Auftritt von Ministerpräsident Koch: Als wackerer Ritter gegen den Schuldendrachen hatte er im Gefolge als Folienwechsler den Knappen Karlheinz dabei. – Wir schauen uns das mit Blick auf den Haushalt für das Jahr 2005 an und stellen fest: Der Auftritt im letzten Jahr war nichts als mieses Schmierentheater.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mark Weinmeister (CDU): Was?)

Das vom Formulierungsgaukler Dirk Metz so genannte größte Sparpaket der Geschichte des Landes Hessen hat offensichtlich in finanzwirtschaftlicher Hinsicht nichts bewirkt.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Wir haben Ihnen dies letztes Jahr schon gesagt. Wie gewohnt haben Sie unsere Mahnungen an der absoluten Mehrheitsarroganz abprallen lassen.

Meine Damen und Herren, wer wurde damals nicht alles bemüht, um die Dramatik zu steigern und die Einzigartigkeit des kochschen Kahlschlags zu feiern. Schließlich war er unter Druck geraten, nachdem Edi aus München dem Roland bedeutet hatte, erst einmal zu Hause Ordnung zu

schaffen, bevor er in Berlin eine kesse Lippe riskieren dürfte.

(Heike Hofmann (SPD): Genau!)

Mit höchstem mimischen Einsatz wurde aus des Ministerpräsidenten Mund damals das Schicksal unserer Kinder beschworen. Es sei unverantwortlich, sie, die unschuldigen Kleinen, mit immer größeren Schuldenbergen zu erstickten.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Meine Damen und Herren, wer wollte dem widersprechen? – Doch, Herr Ministerpräsident – er ist geflüchtet –, Herr Finanzminister, was ist eigentlich im Jahr 2005 und in den weiteren Jahren bis 2008 mit unseren Kindern? – Sie sind Ihnen anscheinend völlig egal geworden, wo sie doch im letzten Jahr noch dringlich hätten gerettet werden sollen.

Meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen auf den Kopf zu: Ihr edler Ritter Roland hat Ihnen und uns allen einen Bären aufgebunden. Es ging ihm damals nämlich überhaupt nicht um die Kinder, sondern um sein sinistres Gesellschaftsbild. Der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr beweist dies überdeutlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im vergangenen Jahr war ein Haushaltsloch von 2 Milliarden € ein Anlass für die „Operation düstere Zukunft“ mit einem Kahlschlag in die soziale Infrastruktur und die ökologische Zukunft des Landes, wie wir ihn vorher nicht für möglich gehalten hätten.

Dieses Jahr ist ein Haushaltsloch gleicher Größe, nämlich wiederum von 2 Milliarden €, Anlass wofür? – Sie sagen nichts, es stimmt, nämlich für gar nichts. Entschuldigung, es ist nicht Anlass für gar nichts, Herr Kollege Milde. Immer präzise sein: Die Nettoneuverschuldung wird gegenüber dem Vorjahr sage und schreibe um den Schwindel erregenden Betrag von 15 Millionen € gesenkt. Dafür wird aber Landeseigentum im Wert von 800 Millionen € zusätzlich verkauft. Wie ich schon sagte, geschieht dies nicht für Investitionen, sondern um das konsumtive Loch im Haushalt zu stopfen.

CDU-Fraktion und Landesregierung nehmen also, um in Ihrer Diktion zu bleiben, unseren Kindern neben der Belastung mit einem weiteren Schuldenberg auch noch einen ordentlichen Teil ihres Vermögens ab. Eine strukturelle Sanierung ist mit der Operation des vergangenen Jahres auch nicht im Ansatz gelungen. Offensichtlich hatten Sie dies auch gar nicht vor. Sie wollten in Hessen nur ein bisschen aufräumen und Aktivitäten, die Ihnen lange schon ein Dorn im Auge waren, deutlich zurückschneiden, und irgendwie über die Runden kommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dies ist offensichtlich auch die Triebfeder für das Jahr 2005. Vor einem Jahr sah die Landesregierung noch Veranlassung, harte Kritik an Bundesfinanzminister Eichel zu üben und eigene Zahlen zu erfinden, nämlich für die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie die Bundesregierung und der Finanzplanungsrat als Basisdaten für die Haushaltsaufstellung vorgegeben hatten. Damals war alles unseriös, man nahm nur die Hälfte des vorgegebenen Wertes und rechnete sich arm, um eine Begründung für den beabsichtigten Kahlschlag zu haben. Ein Jahr später ist Hans Eichel, zumindest in diesem

Punkt, verlässlich und seriös – im Übrigen bleibt er natürlich der Buhmann Nummer eins. Ohne weitere Begründung kommt das Urteil:

Im Gegensatz zum Vorjahr, in dem die Hessische Landesregierung aufgrund der negativen Erfahrungen in der Vergangenheit vorsorglich bei der Haushaltsaufstellung 2004 für die Jahre 2003 und 2004 ein Wirtschaftswachstum unterhalb der gesamtwirtschaftlichen Projektion unterstellte, erscheinen in diesem Jahr die Annahmen der Bundesregierung vertretbar.

So ist das also: Wenn man eine bestimmte Politik machen will, dann unterstellt man irgendwann etwas. Wenn man die Richtung umdrehen will, dann werden die Annahmen der Bundesregierung plötzlich vertretbar, und die negativen Erfahrungen sind vergessen und verschwunden.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie Ihren eigenen Finanzminister eigentlich noch ernst?

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ja!)

– Herr Kollege Milde, das ist auch gut so, sonst wäre er nämlich ganz einsam. Sie sind die Einzigen im Lande, die das noch tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir haben die absolute Mehrheit!)

In Kategorien nüchterner finanzwirtschaftlicher Betrachtung ist dies jedenfalls alles nur noch wirr.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir haben über 50 %!)

Dabei hilft Ihnen auch der Darstellungsversuch, man höre und staune, die Bundesregierung sei auf den hessischen Kurs eingeschwenkt, nichts. Ernst genommen werden kann doch nur derjenige, Herr Kollege Milde, dessen vollmundige Ankündigungen nicht im 14-Tage-Rhythmus über den Haufen geworfen werden.

Doch hören Sie – Sie können es auch selbst nachlesen – Weimar am 31. August 2004 in einer Presseerklärung:

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Milde flüchtet!)

„Landesregierung setzt eingeschlagenen Sparkurs konsequent fort“. Das hat er heute übrigens auch wieder erzählt. Das ist einen guten Monat her.

(Mark Weinmeister (CDU): Genau richtig!)

– Herr Kollege, hören Sie zu. – Zwei Wochen später bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs – wieder Originalton Presseerklärung Karlheinz Weimar –: „... halte das Kabinett übereinstimmend weitere Einschnitte für nicht verantwortlich“. In derselben Pressemitteilung heißt es weiter: „Ohne diese Kreditmittel“ – gemeint war die Nettokreditaufnahme von über 1,1 Milliarden €, also rund 300 Millionen € über der Verfassungsgrenze – „müssten weitere Sparmaßnahmen in Angriff genommen werden. Dies ist derzeit unverantwortbar.“

(Mark Weinmeister (CDU): Ja!)

Das ist richtig. Fazit: Häuptling „Leere Truhe“ spricht mit gespaltener Zunge. Oder ist Haushaltskonsolidierung ohne Sparmaßnahmen möglich? Herr Kollege Dr. Jung, Sie formulierten es doch in einer Presseerklärung am 1. September selbst: „Das ist ungläubwürdig. Sparen, ohne

dass es wehtut, funktioniert nicht.“ Damit meinten Sie zwar die Opposition. Aber, Herr Kollege Dr. Jung, wäre es nicht vielleicht besser gewesen, wenn sich das Kabinett, in dessen Runde Sie regelmäßig sitzen, diese Erkenntnis zu Eigen gemacht hätte?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Stattdessen will man zumindest dort offensichtlich weitere Schmerzen vermeiden. Es ist eine echte Wohlfühlregierung, nur dass sich niemand außer ihr selbst in Hessen mehr wohl fühlen kann.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Der Bürger ist zufrieden!)

Damit komme ich zur Betrachtung des Haushaltsentwurfs im Konkreten. Dazu müssen wir leider noch einmal über Dirks Wortschöpfungskunst sprechen. Denn was in Art. 141 der Verfassung des Landes klipp und klar vorgeschrieben ist, wird nach neuer Wortschöpfung des Medizinmanns „Faule Ausrede“ nun zur „Regelgrenze“. Das klingt doch gleich viel freundlicher, als wenn ein Verstoß gegen die Verfassung eingeräumt werden müsste. Man wählt die Formulierung, damit es nicht so wehtut. Denn was nur als Regel zu gelten hat, kann man allemal als Ausnahme überschreiten. Verehrter Herr Finanzminister, diese eigenwillige Interpretation einer Verfassungsvorschrift sollten Sie ganz schnell wieder vergessen,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

denn sie steht in krassem Widerspruch zu Ihrem Amtseid und ist der Schlussstein einer totalen finanzpolitischen Bankrotterklärung.

(Michael Boddenberg (CDU): Oh!)

Wenn es eine einzige wirtschaftspolitische Begründung dafür gäbe, entsprechend den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes eine Kreditaufnahme in Kauf zu nehmen, die über der Verfassungsgrenze liegt, dann doch nur, um gezielt Maßnahmen zur Stärkung der konjunkturellen Entwicklung zu finanzieren. Hiervon ist im Haushaltsentwurf allerdings nichts zu sehen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das machen wir doch!)

– Was denn zum Beispiel, Herr Kollege Milde?

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Straßenbau!)

– Der Straßenbau als Investition. Sie wollen den Straßenbau zweimal anrechnen, einmal auf die Kredite und ein anderes Mal auf die Überschreitung der Kreditgrenze. Das kann doch nicht sein, Herr Kollege Milde. Sie waren doch einmal auf der Bank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann alles nur einmal ausgeben. Auch die so genannte doppelte Buchführung führt nicht dazu, dass man das Geld zweimal zur Verfügung hat.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was Sie sagen, ist falsch. – Meine Damen und Herren, es geht nur darum, die Schmerzen bei der Regierung zu vermeiden. Die Losung dieser Regierung ist nicht mehr Halleluja, sondern Ayurveda.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Das hätte ich gern erläutert! Das habe ich nicht verstanden!)

Das passt dann auch ganz schön zur neuen Staatskanzlei. Da muss man sich einfach wohl fühlen. Meine Damen und Herren, die neue Staatskanzlei wurde gekauft und nobel eingerichtet. Davon konnten wir uns alle schon überzeugen. Herr Kollege, obwohl die Papierkörbe nun leider nicht ganz „aus Edelstahl, nahtlos geschliffen und die Kanten gerundet“ sind, sind wir alle ganz stolz auf das gelungene Werk. Es bleibt allerdings die Frage offen, warum das Gebäude gekauft werden musste,

(Lebhafte Zurufe des Abg. Volker Hoff (CDU))

wenn es jetzt genau in die umgekehrte Richtung geht. Es sollen nämlich vermehrt Verwaltungsgebäude, darunter auch Ministerien, verkauft werden. Wir haben es schon mehrfach gehört. Auf diese Weise sollen rund 800 Millionen € erlöst werden,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

damit das Loch im Haushalt wenigstens teilweise gestopft werden kann.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Das ist in der Tat – der Kollege Schmitt hat es schon angesprochen – der neue WSV. Im Handel wurde er abgeschafft, von der Landesregierung wird er jetzt wieder eingeführt. WSV heißt jetzt also: Weimars Schlussverkauf. Der Winter kommt erst noch, umso wärmer müssen Sie sich anziehen, auch Sie, Herr Kollege Hoff.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie setzen weiter auf eine dramatisch steigende Verschuldung. Zusätzlich betreiben Sie einschneidenden Ausverkauf von Vermögen zur Deckung konsumtiver Ausgaben. Haben Sie sich eigentlich schon einmal überlegt, wie eine solche Finanzpolitik auf die Ratingagenturen wirkt?

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Mehr Schulden und weniger Vermögen werden wohl kaum den Wiederaufstieg zum Triple-A bewirken. Dann muss man wohl viel eher mit einer weiteren Herabstufung rechnen. Die Folge davon: wiederum steigende Zinskosten.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus wäre es schon der Erläuterung wert, warum die Staatskanzlei und die Landeszentrale für politische Bildung in landeseigenen Räumen sitzen müssen, das Sozial- und vielleicht das Wirtschaftsministerium aber demnächst zur Miete untergebracht sein sollen. Warum schwören Sie eigentlich so auf die Mietverhältnisse? Hält die Landesregierung sie für eine besonders flexible Form der Immobiliennutzung? Auch noch, wenn die Verträge eine Laufzeit von 30 Jahren haben? Verehrter Herr Finanzminister, fragen Sie jetzt nicht den Kollegen Milde, fragen Sie lieber einmal bei der Stadt Frankfurt am Main nach, wie das ist, wenn man etwas mietet und nicht mehr aus dem Vertrag herauskommt. Ich nenne als eines von vielen Stichworten die Naxos-Halle. Es kann nämlich verdammt teuer werden, weil genau dann, wenn Büroflächen vom Land nicht mehr benötigt werden, sie auch kein anderer mehr haben will. In einer solchen Situation ist der Eigentümer hinsichtlich der Verwertung einer Immobilie allemal flexibler als ein langfristig gebundener Mieter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir gerade bei der Miete sind: Es wird noch viel besser, man könnte sagen, richtig gut, wenn das Mietverhältnis erstens kostenfrei und dann auch noch auf Lebenszeit gewährt wird – Entschuldigung, nicht auf Lebenszeit; wenn der Mieter männliche Nachkommen hat, sollen auch diese kostenfrei weiter wohnen können.

(Heiterkeit bei der SPD)

Schade nur, dass ein solches Schnäppchen nicht dem Land zugute kommt. Es ist leider genau umgekehrt. Was im letzten Jahr durch massiven Einsatz der Opposition gerade noch halbwegs abgelenkt werden konnte, feiert im neuen Haushaltsentwurf fröhliche Urständ. Für 13,5 Millionen € soll das Schloss Erbach samt Inhalt der gräflichen Familie abgekauft werden, damit diese Familie zu den geschilderten Konditionen mietfrei weiter darin wohnen kann. Der im Haushalt vorgesehene Kaufpreis ist noch einmal um 200.000 € höher als im letzten Jahr. Meine Damen und Herren, man sollte dem Grafen von Erbach-Erbach doch raten, noch ein paar Jährchen zu warten. Dann wird der größte Deal in der an Ereignissen gewiss nicht armen Geschichte seines Geschlechtes noch lukrativer.

Meine Damen und Herren, zur etwas genaueren Betrachtung des vorgelegten Haushaltsentwurfs wähle ich beispielhaft den Einzelplan 04 aus, den Kultusetat, denn schließlich geht es hier um einen Schwerpunkt der Landespolitik. Doch bevor ich auf inhaltliche Aspekte zu sprechen komme, muss ich auch über die Form reden.

Wir haben es in diesem Haushaltsentwurf erstmals in erheblichem Umfang mit dem so genannten neuen Produkthaushalt zu tun. Betrachten wir also einmal – um ein Beispiel herauszugreifen – das Kap. 04 02, den Förderhaushalt des Kultusministeriums. Meine Damen und Herren, aus dem vorgelegten Haushaltsentwurf ist praktisch nicht mehr zu entnehmen, welcher Bereich wofür im nächsten Jahr welche Förderung erhalten soll. Es werden einzelne Produkte gebildet, die überhaupt keinen Sinn haben. Doch hören Sie selbst – ich zitiere –: „Im Leistungsplan wird aufgrund der nicht zählbaren Menge eine 1 hinterlegt. Die Benennung einer Zählgröße ist nicht möglich, weil sich insbesondere die Anzahl der im Rahmen des Innovationspools geförderten Einrichtungen ... jährlich ändert.“ So steht es unter der Buchungskreisnummer 2399 in dem von mir schon erwähnten Kapitel. Meine Damen und Herren, eine solche Erläuterung ist mehr als ein Ärgernis. Sie ist in meinen Augen eine Unverschämtheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es war in der Debatte vereinbart worden, wie wir den Übergang von der kameralen Buchführung zum Produkthaushalt gestalten. Er sollte nachvollziehbar dargestellt werden. Ich weiß nicht, wer das, was uns die Landesregierung hier bietet, was ich gerade zitiert habe, nachvollziehen kann. Ich glaube kaum, Herr Kollege Milde, dass sich in die Reihen Ihrer Fraktion hierüber tiefer gehende Kenntnisse verirrt haben. Doch wir werden es bei den kursorischen Lesungen herausfinden. Beschwerde sich dann aber bitte niemand über die langen Sitzungsdauern. Wer es an klaren Informationen fehlen lässt, sollte sich nicht darüber wundern, wenn man sie durch Nachfragen, auch wenn es mühsam ist, aus der Nase zieht.

Statt der bisherigen Gliederung des Haushalts haben wir es jetzt also mit Buchungskreisen zu tun, die praktisch aber keine inhaltliche Definition haben. Das, was einst versprochen wurde – Herr Milde, ich bin Ihnen da ganz freundlich zugeneigt –, ist nur höchst rudimentär eingelöst worden. Man könnte auch sagen: überhaupt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn z. B. der Weg einer Beihilfe aus der Kameralistik in ein Förderprojekt ist ebenso wenig nachzuvollziehen – d. h., wo, in welchem Produkt sie landet –, wie die Frage beantwortet wird, was unterwegs mit ihr geschieht.

Wird sie größer, wird sie kleiner? Auch dieses lässt sich nicht erkennen. Und auch der Kontenplan mit seinen Kontenklassen, Kontengruppen und Hauptkonten – das hört sich alles gut an – sagt letztendlich wenig bis nichts dazu, aus welchen Gruppierungen die neu zusammengefassten Beträge kommen, welche Arten von Aktivitäten also gefördert werden sollen.

Dass außerdem etliche, ja alle bewertenden Kennzahlen fehlen, mag angesichts der fehlenden Erfahrung mit dem neuen System hinnehmbar sein. Dass aber der Start in die neue Systematik des Produkthaushalts von einer weitgehenden Vernebelung begleitet wird, ist keineswegs akzeptabel.

Wir GRÜNEN haben die grundsätzliche Entscheidung, von der Kameralistik auf die kaufmännische Buchführung umzusteigen und auf Produkthaushalte überzugehen, stets für richtig erachtet – unabhängig davon, dass das Verfahren von der Landesregierung höchst unprofessionell und verschwenderisch angegangen wurde, wie der Rechnungshof kürzlich sehr deutlich bestätigt hat. Doch ich frage Sie allen Ernstes, Herr Finanzminister: Wie soll man bei durchaus noch bestehender, berechtigter und zum Teil massiver Verfahrenskritik auch noch die grundsätzliche Kritik an der Zielsetzung abwehren, wenn man als Argument nur ein kläglich missratenes Produkt vorzeigen kann, wie es dieser Haushaltsentwurf darstellt? Es drängt sich in der Tat der Verdacht auf, dass es der Landesregierung vielleicht gar nicht ungelegen käme, wenn das Projekt am Ende doch scheitern würde.

Meine Damen und Herren, so, wie sich die Finanzwirtschaft des Roland Koch und des Karlheinz Weimar in Hessen darstellt, werden Sie eine nach kaufmännischen Regeln aufgestellte, ordentlich testierte Eröffnungsbilanz kaum vorlegen können. Um einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk eines Wirtschaftsprüfers zu bekommen, braucht man die notwendige Substanz und keine totale Überschuldung. Denn neben den öffentlichen und den Kreditmarktschulden – über deren Höhe hatten wir schon gesprochen – kommen noch die Rückstellungen für die Pensionsansprüche der Bediensteten hinzu, deren Wert die heute bestehende Schuldensumme übersteigen dürfte.

Ich will es noch einmal unterstreichen: Wir GRÜNEN wollen ein Scheitern des neuen Steuerungsmodells samt kaufmännischer Buchführung und Produkthaushalt nicht. Wir verlangen deshalb von Ihnen, dass Sie sich entscheiden mehr Mühe geben, damit der sowieso schwierige Transfer der Haushaltswirtschaft in das neue System nicht an die Wand gefahren wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will einige inhaltliche Punkte aufgreifen. Ich bleibe zunächst im Einzelplan 04,

schließlich ist er das Glanzstück schwarzer Regierungskunst. Zentraler Punkt der Schulpolitik ist ohne Zweifel die Lehrerversorgung. Die steht und fällt mit der Zahl der hierfür bereitgestellten Stellen. Wir halten fest: Ein Zuwachs von 500 Lehrerstellen war von der Landesregierung für diese Legislaturperiode versprochen worden. Stimmt das? – Stimmt. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf werden 1.023,5 Stellen abgezogen. Damit wird das versprochene Ziel um 1.523,5 Stellen verfehlt. Das ist die Zwischensumme. Jetzt kommt allerdings ein Zuwachs hinzu, den wir davon abziehen müssen. Es handelt sich um genau 265 Stellen, wovon 75 erst ab dem 1. August 2005 zur Verfügung stehen. Damit bleibt für dieses Jahr ein Minus gegenüber dem versprochenen Zielwert von 1.258,5 Stellen, oder, anders ausgedrückt, wir haben 758,5 Lehrerstellen weniger als zu Beginn dieses Haushaltsjahres.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wir lernen also: Eine Regierung, die für diese Legislaturperiode einen Stellenzuwachs versprochen hat, geht zunächst in die entgegengesetzte Richtung und streicht Stellen.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Warum, Herr Kollege Hoff? Versuchen Sie einmal, eine Begründung dafür zu geben. Vielleicht, um am Ende der Periode mit besonderem Schwung doch noch das selbst gesteckte Ziel zu erreichen, oder, Frau Ministerin, weil längst die Absicht besteht, das Versprechen zu brechen. Es wäre ja nicht das erste Mal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerin Karin Wolff: Falsch!)

Man will aber aus dem Bereich Bildung, dem Flaggschiff der Landesregierung, nicht nur Negatives zitieren. Wir sind heute nämlich gut gestimmt, nicht wahr, Herr Kollege Milde? Es gibt auf dem Bildungssektor tatsächlich einen geschützten Bereich, einen echt gehätschelten Bereich. Ich meine natürlich das Elitegymnasium auf dem Hansenberg. 800.000 € an zusätzlichen Mitteln sind schon ein Wort, wenn gleichzeitig alle anderen Schulen zum Teil erhebliche Kürzungen hinnehmen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nichts gegen eine exzellente Ausstattung der Schulen, aber bitte nicht nur für eine einzige privilegierte Schule, denn alle Schülerinnen und Schüler können beste Lernbedingungen verlangen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für jeden Menschen ist die Schulzeit eine einmalige und prägende Lebensphase. Deshalb darf wohl die Frage erlaubt sein, warum einige wenige vom Staat fast alles bekommen und für die anderen die Bedingungen immer schlechter werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Hoff, es mag eine Kleinigkeit sein, aber je weniger Mittel z. B. für Klassenfahrten zur Verfügung stehen – Sie kürzen hier erneut –, umso mehr Schülerinnen und Schülern nehmen Sie die Chance, während ihrer Schulzeit überhaupt eine Reise zu unternehmen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Beispiele zeigen doch überdeutlich, dass die Bildungspolitik der CDU in Hessen vielleicht an ideologischer Verbohrtheit, aber gewiss nicht am Wohl der Kinder und Jugendlichen orientiert ist. Eine eindeutige Zielsetzung, alle Kinder optimal zu fördern, und dementsprechend auch nachvollziehbare politische Schritte wären deshalb dringend nötig. Aber wir müssen eine totale Verwirrung durch sich widersprechende Aussagen und Handlungen beobachten.

Meine Damen und Herren, wenn schon in der Bildungspolitik, dem Leuchtturm der schwarzen Regierungskunst, ein solch undurchdachtes Chaos produziert wird, dann traut man sich kaum noch, in andere Einzelpläne überhaupt hineinzuschauen. Wir sind aber nicht zum Vergnügen hier. Ich will Sie nicht zusätzlich quälen, sonst flüchten auch die anderen noch aus dem Saal, schließlich eilt die Zeit hinweg. Ich will deshalb nur noch einige wenige Dollpunkte aus dem Haushaltsentwurf ansprechen. Natürlich gäbe es viel mehr zu kritisieren: Die Rückständigkeit schwarzen Regierungshandelns in der Umweltpolitik, die Ausplünderung der sozialen Infrastrukturen und die fehlenden wirksamen Maßnahmen gegen die Ausbildungsmisere wären, jedes für sich, Themen, die einer vertieften Debatte bedürften. Wir werden das nicht vergessen. Ich kann Ihnen versichern, wir treffen uns spätestens zur zweiten Lesung wieder.

Zu den Dollpunkten. Zwei greife ich heraus, sie betreffen nämlich zwei Charakteristika weimarscher Haushaltswirtschaft: Verschwendungssucht und Großmäuligkeit. Zunächst zur maßlosen Verschwendungssucht. 110,5 Millionen € sollen in Summe aus Haushaltsansatz und Verpflichtungsermächtigungen für den Neubau des Flughafens Kassel-Calden ausgegeben werden.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

– Da klatscht die CDU. Die CDU ist also ein Freund der Verschwendung, wie wir gerade feststellen können. – Alle Leute, die etwas vom Luftverkehr verstehen, schütteln über diese Zielsetzung heftig den Kopf, dass das Land eine solch erhebliche Summe, mit der in Nordhessen sehr viel für die Infrastruktur und zur Stimulation der Wirtschaft getan werden könnte, direkt in den Sand setzen will. Herr Kollege Hoff, der Vorstandschef der Deutschen Lufthansa, den GRÜNEN gewiss überhaupt nicht nahe stehend und deshalb ein unverdächtiger Zeuge,

(Zurufe von der CDU)

mahnt vor einem mit Steuermitteln finanzierten Ausbau von Regionalflughäfen und sagt dazu: Das ist eine gegenseitige Kannibalisierung. – Wohl bekomme es.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kaufmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Boddenberg?

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Keine Fragen. Er will von mir ja nichts wissen, sondern er will nur stören.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage dazu: Wenn die Landesregierung Wolfgang Mayrhuber auf einem von ihr veranstalteten Mobilitätskongress sprechen lässt, dann sollten Sie doch auf ihn hören und die Vergeudung von Steuermillionen in Kassel-Calden bleiben lassen. Mehr Verschwendung geht nämlich nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zum zweiten angekündigten Punkt, zur Großmüligkeit. Seit Jahren verkündet Karlheinz Weimar immer wieder, eine Versorgungsrücklage schaffen zu wollen. Bislang folgte der theatralisch vorgetragenen Ankündigung nichts. Das ist diesmal anders.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Berg kreiße und gebar – nein, kein Mäuschen, allenfalls einen Mäuseknittel.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Mit großzügigen 1.500 € pro Jahr soll jetzt bei jeder neu besetzten Beamtenstelle vorgesorgt werden – mit 1.500 € pro Jahr, nicht pro Monat. Lieber Herr Kollege Milde, nehmen wir beide doch einmal unser Schulwissen zusammen, und rechnen wir ein bisschen mit Zins und Zinseszins. Damit wurden wir alle auf der Schule gequält. Sehr großzügig bemessene 40 Dienstjahre ergeben bei einer Verzinsung von 4 % ein Haben – das ist das, was das Land derzeit für das Soll bezahlt – von nicht einmal 160.000 €. Wenn das reichen soll, darf ein Pensionär aber nicht mehr lange leben und auch keine Hinterbliebenen haben. Mit einer Versorgungsrücklage, die die Mittel für die eingegangenen Verpflichtungen bilanziell korrekt zurückstellt, hat dies nichts, aber auch gar nichts zu tun. Es ist allerhöchstens ein Tröpfchen auf einen glühenden Felsen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Milde, bei mir steht jetzt: Natürlich werden Sie jetzt einwenden – Herr Finanzminister, das haben nicht Sie, sondern das hat der Herr Milde getan –, dies sei wenigstens ein Einstieg.

Es ist wenigstens ein Einstieg – aber wir werden Sie doch wohl an Ihren Worten messen dürfen. Nach den Ankündigungen zu diesem Thema, die aus dem Munde des Finanzministers kamen, kann man das Ergebnis nun wirklich nur als „äußerst kläglich“ bezeichnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Der Rennklub Frankfurt bekommt erneut anständig Geld. Eine Luxuskellerei soll für viele Millionen Euro in den Weinberg versenkt werden. Dem Verbraucherschutz in der Lebensmittelüberwachung fehlt es weiterhin an allen Ecken und Enden. Die Elite wird hofiert, und die Bürgerinnen und Bürger zahlen die Zeche noch in der nächsten Generation.

So gestaltet Roland Koch das Land um. Der Haushaltsentwurf 2005 zeigt es uns schwarz auf weiß.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dann will er uns allen auch noch weismachen, dass ausgerechnet diese verantwortungslose Politik alternativlos sei. Wir sagen dazu klar und deutlich: Eine bestimmte Politik ist nie alternativlos, eine rückwärts gewandte noch weni-

ger – und erst recht nicht eine ausschließlich ideologisch begründete. Es gibt sogar mehrere Alternativen. Die eindeutig beste Alternative wird durch diese Reihe im Landtag hier repräsentiert.

(Der Redner zeigt auf seine Fraktion.)

Ich denke, das ist Ihnen auch klar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir GRÜNE werden Ihnen mit unseren Anträgen zum Haushalt 2005 beweisen, dass es anders und sehr viel besser geht. Meine Damen und Herren von der CDU, auch wenn Sie – wie im Vorjahr – alle unsere Vorschläge meist ungelesen und allemal unverstanden ablehnen werden, werden wir uns nicht einschüchtern lassen. Wir bleiben dran und werden Sie immer wieder mit der besseren Alternative konfrontieren.

Aber das ist auch gar nicht so schwer. Denn wo „CDU-Fraktion Hessen“ draufsteht, ist nichts weiter drin als –

(Der Redner bläst Seifenblasen in den Raum. – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Unter großzügiger Auslegung der Geschäftsordnung lassen wir das einmal so stehen.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine Damen und Herren, mit einem Finanzminister, der nach der Wochenzeitung „Die Zeit“ im Vergleich aller 16 Kolleginnen und Kollegen der Bundesländer jüngst auf dem schlechtesten, nämlich dem letzten Platz landete und nur als „Parteiopolitiker und Sprachrohr von Roland Koch“ wahrgenommen wird, dem also keine Sachkompetenz bescheinigt werden kann, erwarten wir nicht, dass die Finanzwirtschaft in Hessen nachhaltig und zukunftsfähig betrieben wird. Deshalb geht es nicht nur um Änderungen am vorgelegten Haushaltsentwurf, sondern vielmehr darum, einen grundlegenden Politikwechsel herbeizuführen. Dies ist unser erklärtes Ziel für 2008.

(Volker Hoff (CDU): Dazu habt ihr noch vier Jahre Zeit!)

– Herr Kollege Hoff, das sind keine vier Jahre mehr. Wenn Sie vier Jahre warten, dann haben Sie die Niederlage sozusagen verschlafen. Es sind keine vier Jahre mehr, und wir sind auch nicht verzagt, es zu erreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich ist der Finanzminister dabei – wenn auch ungewollt –, unser bester Verbündeter zu werden.

Es bestätigt sich auch mit diesem Haushalt erneut, was für Karlheinz Weimar schon lange gilt:

Solide und transparent, wahr und klar, wie Haushaltswirtschaft zu sein hat, ist das nicht, sondern sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD)



**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, es müsste auf Ihren Plätzen ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend CDU gefährdet sozialen Frieden, Drucks. 16/2757, verteilt sein. Die Dringlichkeit wird bejaht?

(Jürgen Walter (SPD): Wir beantragen, diesen Antrag mit der Aktuellen Stunde aufzurufen!)

Das wird bejaht. – Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 73.

Es wird jetzt beantragt,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Nach der Aktuellen Stunde, ohne Aussprache!)

ihn nach der Aktuellen Stunde, aber ohne Aussprache auszurufen. – Kein Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, damit setzen wir die Rednerfolge zum Haushalt fort. Als Nächster hat Herr Kollege von Hunnius für die FDP-Fraktion das Wort.

**Roland von Hunnius (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Same procedure as last year? – Same procedure as every year.“

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der SPD)

Dieser klassisch gewordene Dialog aus „Dinner for one“ könnte als Leitmotiv über dem Entwurf des Haushalts für das Jahr 2005 stehen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte das an drei Fakten belegen.

Erstens. Die verfassungsmäßige Grenze der Neuverschuldung wird wieder einmal überschritten. – Same procedure.

Zweitens. Die bereinigten Gesamtausgaben liegen, wie im Vorjahr, bei 18,3 Milliarden €. – Same procedure.

Drittens. Die Investitionsquote dümpelt bei einem Wert von 10,2 % – in diesem Jahr sogar noch ein bisschen darunter – weiterhin auf geringem Niveau, großzügig gesagt. – Same procedure.

(Michael Siebel (SPD): Und so was soll der Weimar verstehen!)

Der Landeshaushalt weist ein strukturelles Ungleichgewicht auf. Ich sage gleich zu Beginn: An diesem Ungleichgewicht sind alle Fraktionen des Hessischen Landtags in ihrer jeweiligen Regierungszeit beteiligt gewesen. Aber offenbar ist die FDP-Fraktion die einzige im Hessischen Landtag, die sich um die Beseitigung dieses Ungleichgewichts Sorgen macht.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Landesregierung hat sich mit diesem Zustand abgefunden und bezeichnet die Verfassungsgrenze der Neuverschuldung schönfärberisch inzwischen nur noch als – komplett zitiert – „Regelgrenze, hessische Definition“.

„Regelgrenze“ war schon die erste Relativierung, „hessische Definition“ ist die zweite. Dabei wird einer Revision der hessischen Definition vorgegriffen, auch wenn das immer wieder bestritten wird.

Meine Damen und Herren, die Regelgrenze heißt Regelgrenze, weil sie regelmäßig überschritten wird.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach dem angeblichen Gewaltakt der „Operation sichere Zukunft“ aus dem Vorjahr stellt der Finanzminister jetzt fest:

Eine finanzwirtschaftlich wünschenswerte stärkere Reduzierung der Neuverschuldung ist vor allem angesichts der Steuereinbrüche und des bereits ausgeschöpften Konsolidierungspotenzials nicht realisierbar, weil andernfalls die Zukunftsfähigkeit des Landes infrage gestellt würde.

Eine Seite später heißt es im Finanzplan – ich zitiere wörtlich:

Im Hinblick auf die zu erwartende erhebliche Beeinträchtigung des Leistungsvermögens nachfolgender Generationen und zur Sicherung der Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung in künftigen Jahren wird es unerlässlich sein, nach einer Verringerung der jährlichen Nettoneuverschuldung langfristig völlig auf zusätzliche Schulden zu verzichten und einen Abbau des hohen Schuldenniveaus zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Dem schließe ich mich voll und ganz an. Aber was heißt „langfristig“? Ich zitiere die Ökonomenweisheit wie schon im Ausschuss: „In the long run we are all dead“.

Was denn nun? Verschuldung abbauen oder nicht? Künftige Generationen unangemessen belasten oder nicht? Die Landesregierung hat sich für ein konsequentes „Weiter so!“ entschieden. Der Haushaltsplanentwurf ist ein Dokument der Kraftlosigkeit und des politischen Unwillens, endlich eine Trendumkehr in der Haushaltsführung herbeizuführen.

(Beifall bei der FDP)

Das beweist die Tatsache, dass die Überschreitung der Verfassungsgrenze von 255,5 Millionen € auf 283,4 Millionen € – also um 10,9 % – gegenüber den ursprünglichen Angaben steigt.

Die positive Nachricht ist: Es gibt noch Zuwachsraten. Die negative Nachricht ist: Sie beziehen sich leider auf die falschen Gegenstände.

(Heiterkeit des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Die bereinigten Gesamtausgaben des Landes Hessen lagen im Jahr 2003 bei 18,3 Milliarden €, im Jahr 2004 bei 18,3 Milliarden €, und sie werden für 2005 mit ebenfalls 18,3 Milliarden € eingeplant.

Da war doch etwas? Im Jahr 2004 legte die Landesregierung mit der „Operation sichere Zukunft“ einen Plan zur Einsparung von 1 Milliarde € vor.

Im Vergleich der Haushalte ist zu fragen: Wo ist diese Milliarde geblieben? Oder war es tatsächlich die Absicht irgendeines verantwortlichen Regierungspolitikers, die Ausgaben im Jahre 2004 von 18,3 Milliarden € auf

19,3 Milliarden € zu erhöhen? – Das kann doch nicht wahr sein.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das passt auch nicht!)

Alles sieht danach aus, dass die „Operation sichere Zukunft“ eine Minioperation war. „Mikroinvasiv“ nennt man das in Medizinerkreisen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sonst wäre eine echte Senkung des Ausgabenniveaus, und zwar nachhaltig – also auch im Jahre 2005 –, festzustellen gewesen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Auch gegen diese Sparmaßnahme hat die FDP schon protestiert!)

– Herr Kollege Milde, aber mit oder ohne Operation – die Ausgaben bleiben immer die gleichen. Das ist schon sehr erstaunlich.

(Nicola Beer (FDP): Hört, hört!)

Umso schlimmer ist es, dass der Finanzminister im Wissen um die Belastung, die er künftigen Generationen aufbürdet, für das Jahr 2005 nicht etwa eine neue, eine echte „Operation sichere Zukunft“ ausruft, sondern schlicht und ergreifend das Ende des Sparens verkündet. Wenn gesagt wird: „Sparen, sparen, sparen“ sei das Motto, dann muss ich fragen: Wo wird im Jahre 2005 mehr gespart als im Jahre 2004? – Ich sehe hier keinen Ansatz.

(Beifall bei der FDP)

Mit 31 Milliarden € erreicht der Schuldenstand des Landes Hessen im Jahre 2005 eine neue Rekordmarke. Hätte jemand ernsthaft vor, diese Schulden zu tilgen, müsste er darauf das 1,7fache der jährlich zu erwartenden Gesamteinnahmen des Landes verwenden. Wenn dies kein Signal für finanzpolitische Umkehr ist, dann weiß ich nicht, was noch geschehen muss. Das Land Hessen gibt auf Dauer mehr aus, als es einnimmt. Das könnten kein privater Haushalt und kein Unternehmen so lange und ohne jegliche Perspektive der Schuldentilgung durchhalten.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

– Nein, ich habe es ja eingeräumt, Herr Kollege. Nur ziehen wir die Konsequenzen, und Sie offensichtlich nicht.

(Beifall bei der FDP)

Zur Schließung der Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben gibt es drei Schulen. Alle drei Schulen sind hier im Landtag zu finden. Die erste Schule ist die Schule der CDU-Landesregierung. Ich will sie einmal kurz skizzieren. Sie wird ungefähr wie folgt zu beschreiben sein: Wenn das Geld nicht reicht, müssen wir halt zu unserem großen Bedauern Schulden machen; im Übrigen hoffen wir darauf, dass sich in Berlin etwas ändert, die Wirtschaft irgendwann wieder kräftig wächst und uns der Zuwachs der Steuereinnahmen erlaubt, die Nettoneuverschuldung künftig geringer zu halten.

Diese Lösung ist leicht, sie ist bequem, weil sie scheinbar die jetzige Generation nicht belastet, und sie siedelt den schwarzen Peter – durchaus zum Teil zu Recht – in Berlin an. In Wahrheit bürdet sie den kommenden Generationen unzumutbare Lasten auf.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Meine Damen und Herren, in Wahrheit schränkt sie auch Jahr für Jahr den Handlungsspielraum für dieses Land weiter ein, weil jede Schuldenaufnahme in einem Jahr naturnotwendig mit der Zinslast im kommenden Jahr verbunden ist.

(Beifall bei der FDP)

Als Zweites haben wir die Schule von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Diese beiden Parteien sind überhaupt nicht bereit, schmerzhaft Sanierungsschritte zu unternehmen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist überhaupt nicht wahr! Das ist völliger Unsinn!)

– Herr Kollege, erst zuhören und dann protestieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon der erste Satz war falsch!)

Ihre Lösung heißt: Wenn das Geld nicht reicht, müssen die Einnahmen erhöht werden; beliebt ist, was gefällt; deshalb führen wir neue Steuern ein oder erhöhen bestehende, aber nur bei den angeblich so Reichen, weil das die Minderheit derer ist, die uns wählen; denen tut es nicht so weh; oder wir erhöhen möglicherweise die Steuern auf Erbschaften, weil der Erblasser es eh nicht mehr merkt. – Meine Damen und Herren, diese Lösung ist überhaupt keine Lösung, weil sie die finanzpolitischen Notwendigkeiten verkennt.

(Beifall bei der FDP)

Dummerweise nimmt sie denjenigen die Möglichkeit, die überhaupt noch in der Lage und bereit sind, zu investieren, nämlich denen, die über Vermögen verfügen.

(Beifall bei der FDP)

Wer Erbschaften stärker besteuert – das brauchen wir nicht lange zu diskutieren –, entzieht den Erben Kaufkraft und vielen mittelständischen Betrieben die Überlebenschance.

Drittens gibt es die Schule der FDP. Sie ist auf den ersten Blick am unbequemsten. Aber sie ist auf Dauer – das meinen wir Liberale – die einzig realistische Möglichkeit.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die Ausgaben über den Einnahmen liegen, dann müssen die Ausgaben den Einnahmen angepasst werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie vier Jahr lang gemacht!)

Herr Kollege, dies ist nicht von einem Jahr auf das andere möglich, erfordert aber eine grundsätzliche Umstrukturierung der Landesverwaltung und des Haushaltsgebarens. Wir leben, wenn wir ehrlich sind, über unsere Verhältnisse. Wir verkleistern uns die Augen dadurch, dass die Differenz zwischen dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite und den finanzpolitischen Möglichkeiten auf der anderen Seite durch Schuldenaufnahme geschlossen wird. Dieses Lückenschließen durch Schulden kann so nicht bleiben, weil wir damit in die Sackgasse kommen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie es mir nicht glauben wollen, dann vielleicht dem Herrn Bundespräsidenten Köhler. Er hat am 3. Oktober – das ist noch gar nicht so furchtbar lange her – Folgendes gesagt:

Wann verabschieden wir uns von dem Trugschluss, wir könnten Probleme durch immer höhere Staatsschulden immer weiter in die Zukunft schieben?

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, es reicht nicht aus, zu solchen Worten artig Beifall zu klatschen, sondern man muss auch die Konsequenz daraus ziehen. Das vermissen wir an diesem Landeshaushalt.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist das nicht einfach. Natürlich ist es damit verbunden, dass das Verhältnis zwischen Staat und Bürger neu definiert werden muss, dass abgegrenzt werden muss, wie viel Staat wir brauchen und uns leisten können und wie viel Eigenvorsorge und private Verantwortung wir den Bürgerinnen und Bürgern abverlangen müssen. Das ist der schwerste Weg. Auch hier darf ich den Herrn Bundespräsidenten zitieren, der sagt:

Wir haben mehr Staat, als wir uns leisten können.

Genau das ist das Faktum.

(Beifall bei der FDP)

Leider müssen wir feststellen, dass das Haushaltsstrukturproblem, das langfristiger Natur ist, durch ein Konjunkturproblem und durch eine miserable Wirtschafts- und Finanzpolitik in Berlin überlappt und verstärkt wird. Das macht das Problem noch viel deutlicher. Aber es soll uns nicht davon entbinden, unsere Hausaufgaben hier in Hessen, hier in Wiesbaden zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Noch nicht einmal in einem Bereich, den die Landesregierung ohne fremde Einflüsse fast ausschließlich in der Hand hätte, können wir feststellen, dass ein ernsthafter Wille zum Einsparen vorhanden ist. Nehmen wir einmal das Kabinett. Es sind schon einige Zahlen zitiert worden. Ich sehe am Beispiel des Einzelplanes 02 unter Kapitel 01 – Ministerpräsident und Staatskanzlei, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten –, dass für das Jahr 2004 229,5 Stellen geplant sind, für das Jahr 2005 ebenfalls 229,5 Stellen. Das ist angeblich das Ende des Sparpotenzials, das erreicht worden ist. Wir haben in der Staatskanzlei einen Ministerpräsidenten, zwei Minister und einen Staatssekretär – das ist vorhin ausgeführt worden. Wir Liberale haben Wege aufgezeigt, wie man Ministerien abbauen statt zusätzliche aufbauen kann. Dieses alles ist nicht geschehen.

(Beifall bei der FDP)

Es müsste auf der Basis einer Maßnahmenfolge geschehen, die ich so beschreiben möchte: erstens Aufgabenkritik, zweitens Überprüfung von Standards, drittens Aktivierung von Landesvermögen, viertens Einsparung von Personalkosten und Verwaltungsvereinfachung.

Die Landesregierung und in ihrem Schlepptau die CDU-Landtagsfraktion sparen sich der Einfachheit halber schon einmal die Aufgabenkritik. Sie entwickeln keinerlei Konzepte für die Veräußerung von Beteiligungen und die Aktivierung von Landesvermögen. Sie machen Presseberichten zufolge die künftige Veräußerung der Anteile an der Fraport AG durch entsprechende Erklärungen und einen angeblich in Vorbereitung befindlichen neuen Konsortialvertrag faktisch unmöglich. Sie planen für das Jahr 2005, soweit ersichtlich, die Veräußerung keiner einzigen Landesbeteiligung. Sie führen die Kürzung der freiwilligen Ausgaben 2005 nicht fort. Sie belassen es, wenn über-

haupt, auf dem Stand des Jahres 2004. Eines ist klar: Auf diese Weise wird das Niveau der Gesamtausgaben auch in den nächsten Jahren nicht sinken. – Das soll es nach der Finanzplanung auch gar nicht. Für das Jahr 2006 ist bereits wieder ein kräftiger Schluck aus der Pulle mit einer Steigerung der bereinigten Gesamtausgaben um 1,7 % vorgeesehen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Apropos Finanzplan: Dessen ursprüngliche Projektion für die Nettoneuverschuldung für das Jahr 2005 in Höhe von 800 Millionen € wird nach dem jetzt vorgelegten Haushaltsplanentwurf um satte 39 % überschritten. Wer einen solchen Haushalt vorlegt und sich außerstande erklärt, strukturelle Sparmaßnahmen zu realisieren, der muss sich sagen lassen: Dieser Haushalt ist für das Parlament eine Zumutung.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Zumutung wird auch nicht dadurch geringer, dass die Überschreitung der nach der Verfassung zulässigen Grenze für die Neuverschuldung – es handelt sich um eine von der Verfassung vorgegebene Grenze – unter Hinweis auf das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz heruntergespielt und quasi als Petitesse dargestellt wird.

Vier Ziele wurden mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz fixiert. Diese sind: hoher Beschäftigungsstand, Stabilität des Preisniveaus, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges Wirtschaftswachstum. Die Stabilität des Preisniveaus erscheint im Augenblick nach Meinung aller Experten nicht gefährdet. Ein Defizit in der Leistungsbilanz ist wohl ebenfalls nicht zu erwarten. Hinsichtlich des Wachstums unterstellt die Landesregierung selbst eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 %.

Damit bleibt nur noch die Beschäftigung übrig. Wenn ich mich aber darauf berufe, um zu verkünden, dass ein gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht besteht, dann muss man dazu sagen, dass dieses Ungleichgewicht bereits seit zehn Jahren besteht. Bedauerlicherweise werden wir es auch noch für fünf, sechs, sieben, acht, neun oder zehn weitere Jahre haben. Das kann also nicht ausreichen, um die Überschreitung der zulässigen Grenze für die Kreditaufnahme zu rechtfertigen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Offensichtlich zieht die Landesregierung aber daraus die Konsequenz, die von der Verfassung vorgegebene Grenze nicht beachten zu müssen. Auf der Pressekonferenz, auf der der Finanzminister den Haushaltsentwurf vorgestellt hat, war es wohl so, dass erst auf Nachfrage der Vertreter der Presse herauskam, dass die nach der Verfassung zulässige Grenze der Verschuldung überschritten wird. Ach ja, da war ja irgendetwas – so ernst wird diese Grenze inzwischen von der Landesregierung genommen.

Nach dem jetzt vorgelegten Finanzplan ist nach Absicht der Landesregierung frühestens im Jahr 2006 wieder mit einem verfassungsgemäßen Haushalt zu rechnen. Das wird dann zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl sein. Es gehört wenig Fantasie zu der Prognose, dass in den Jahren 2007 und 2008 eher mehr als weniger ausgegeben wird.

Im Klartext heißt dies alles: Im Prinzip sehen CDU und Landesregierung ein, dass das Land irgendwann mit dem Abbau der Neuverschuldung beginnen muss. Mit Be-

dauern und Achselzucken stellt der Finanzminister fest, dass dies im vergangenen Jahr nicht möglich war, im laufenden Jahr nicht möglich ist und für das kommende Jahr nicht angestrebt wird. Auf lange Sicht soll irgendwann und irgendwie mit dem Abbau der Verschuldung Ernst gemacht werden. Diese Politik des Bewusstseins, langfristig Schulden zu machen, und des kurzfristigen gegenteiligen Taktierens ist für uns Liberale nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage dies auch in dem Bewusstsein, dass es auf keinen Fall zutrifft, dass die Steuereinnahmen – wohlgermerkt: nach Zahlung in den Länderfinanzausgleich – abnehmen. Ich lese Ihnen jetzt einmal die Steuereinnahmen vor, die es in den Jahren 2003 bis 2008 gegeben hat bzw. geben wird.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut, genau!)

Im Jahr 2003 betragen sie 11,4 Milliarden €, im Jahr 2004 sind es 11,9 Milliarden €, im Jahr 2005 werden es 12,0 Milliarden € sein, 12,4 Milliarden € im Jahre 2006, 13,0 Milliarden € im Jahr 2007 und 13,5 Milliarden € im Jahr 2008.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist alles richtig! So ist es!)

Das alles sind Zahlen, die die Landesregierung selbst herausgegeben hat.

Langfristig verantwortliche Finanzpolitik darf sich nicht darauf beschränken, auf bessere Zeiten zu hoffen. Sie muss einer absehbar negativen Entwicklung gegensteuern. Mit dem Gegensteuern wurde im Jahre 2004 – zwar weitgehend planlos, schwach und unausgegoren – begonnen, es wurde aber immerhin begonnen. Schon für das Jahr 2005 erklärt die Landesregierung, das Einsparpotenzial sei ausgeschöpft und weiteres Sparen nicht zumutbar. Herr Staatsminister Weimar, eine solche Erklärung würde keinem für Finanzen verantwortlichen Vorstand bei einem privat geführten Unternehmen abgenommen werden. „Geht nicht“, „kann nicht“ oder „will nicht“ gibt es dort nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zwei Anmerkungen aus wirtschaftspolitischer Sicht machen.

Erstens. Von den Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün wird immer gern das Postulat des Lord Keynes angeführt, der übrigens ein Liberaler war. Viele vergessen, dass er ein liberaler Lord war. Das Postulat von Lord Keynes wurde in einer Mangelsituation während der Nachkriegszeit formuliert. Es besagt, dass sich konjunkturelle Talfahrten durch Eingehen höherer Defizite umkehren lassen. Dieses Postulat gilt nachgewiesenermaßen nicht. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Aufsatz der amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlerin Silvia Ardagna in einer nationalökonomischen Fachzeitschrift. Darin wurde für die OECD-Länder nachgewiesen, dass das Gegenteil der Fall ist, dass also eine Haushaltskonsolidierung und Kürzung der Staatsausgaben höhere Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zur Folge hat. Von besonders positivem Einfluss auf das Wachstum seien in den untersuchten Ländern die Kürzungen der staatlichen Personalausgaben und der Transferzahlungen gewesen.

Auch ohne die Modellrechnung nachvollziehen zu müssen, lässt sich der Grund logisch rekapitulieren. Eine

nachhaltige Kürzung der Ausgaben des Staates führt zu einer geringeren Kreditaufnahme des Staates. Dadurch können in den folgenden Perioden die Steuern gesenkt werden.

(Beifall bei der FDP)

Die Wirtschaftssubjekte können also in Zukunft mit einem höheren Nettoeinkommen rechnen und reagieren dementsprechend mit einer höheren Kaufneigung. Am Beispiel Irlands wird die Wirksamkeit dieses Mechanismus deutlich. Von 1985 bis 1996 senkte Irland die staatliche Defizitquote von 10,3 % auf 0 %. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts schnellte von 2,8 % auf knapp 10 % hoch.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das geschah aber mit massiven Zuschüssen der Europäischen Union!)

– Die Mittel der Europäischen Union wurden gut eingesetzt. Das gebe ich zu. Auch wir erhalten Hilfen. – Das wäre nach Meinung von Lord Keynes nicht möglich gewesen.

Zweitens. Ein so hohes Wirtschaftswachstum, dass die künftige Nettokreditaufnahme quasi automatisch ohne spezielles Zutun der politischen Entscheidungsträger sinken kann, ist zumindest für die erste Hälfte des laufenden Jahrzehnts nicht zu erwarten. Wenn das Wachstum des Produktionspotenzials in Deutschland jährlich bei 1,1 %, 1,3 % oder 1,6 % liegt und das Bruttoinlandsprodukt eine Steigerungsrate von 1,3 %, 1,5 % oder 1,7 % aufweist und damit über dem Wachstum des Produktionspotenzials liegt, dann muss man dies unter den absehbaren makroökonomischen Bedingungen bereits als Aufschwung bezeichnen. Nachhaltig entlastet würde der Haushalt des Landes Hessen erst bei wesentlich höheren Wachstumsraten. Auf dieses Wunder zu warten – –

(Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Herr Minister, Hessen mag ja gut sein. Trotzdem wird es nicht ausreichen. – Auf dieses Wunder zu hoffen ist ausgesprochen unrealistisch.

Ich will einmal ganz kurz das aufnehmen, was der Minister mit ein bisschen Häme über Rheinland-Pfalz gesagt hat. Wir stehen hier, um die hessische Politik zu beurteilen. Darum geht es hier.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Genau!)

Ich will jetzt weder von Rheinland-Pfalz noch von Baden-Württemberg reden. Ich kann mir aber auch ansehen, welche Klimmzüge gerade in Baden-Württemberg gemacht werden. Dort werden die Zinsansprüche an eine Bank übergeben und damit die Zukunft praktisch verespert. Ich frage mich dann, ob das wirklich im Sinne des Erfinders sein kann. Aber ich will das jetzt nicht beurteilen, weil das die Entscheidung der Baden-Württemberger, auch der dortigen Liberalen, ist.

Wir sind hier in Hessen.

(Beifall bei der FDP)

Für Hessen gilt: Der für das Land Hessen vorgesehene Haushalt ist ein Haushalt des Überrollens. Überrollt werden die Ausgaben. Überrollt wird die Nettokreditaufnahme. Überrollt wird, dass dies verfassungswidrig ist. Überrollt werden alle Probleme.

Die Personalausgabenquote wird im Jahre 2005 bei 41,4 % liegen. Im Jahr 2008 soll sie bei 41,3 % liegen.

Diese Zahlen berücksichtigen nicht die ausgegliederten Teile. Die Investitionsquote soll mit 10,2 % für das kommende Jahr um 0,4 Prozentpunkte unter dem im Jahr 2004 erreichten Wert liegen. Anschließend soll sie auf 11,0 % steigen. Das ist ein bisschen Arithmetik um der Schönheit willen. Weder hier noch dort sind ein willentliches Umsteuern beim Haushalt und eine nachhaltige Konsolidierung zu erkennen.

Die Personalausgaben sollen vom Jahre 2004 bis zum Jahre 2008 um 3,6 % steigen. Dies soll trotz einer groß angelegten Aktion zur Reduzierung der Zahl der Stellen und der extra eingerichteten Personalvermittlungsstelle erfolgen. Entweder ist der Nettoeffekt, der sich aufgrund der Personalvermittlungsstelle ergeben müsste, in den Zahlen enthalten – dann ist die Maßnahme offensichtlich nicht ausreichend –, oder das Scheitern der Personalvermittlungsstelle ist bereits vorprogrammiert. Das sind die beiden denkbaren Möglichkeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

In beiden Fällen muss ein wirksames Konzept zum Personalabbau erstellt werden. Denn, Suchan hin, Weimar her, sicher ist, dass eine absolute oder relative Steigerung der Personalausgaben, wie sie hier für die Jahre 2005 bis 2008 geplant ist, nicht vertretbar ist.

In diesem Zusammenhang fordern wir einen jährlichen Kosten-Nutzen-Vergleich der Personalvermittlungsstelle. Das wäre schön. Erste Zahlen wurden bereits veröffentlicht. Wir würden gern einmal sehen, was die Personalvermittlungsstelle erbringt und welche Alternativen es gäbe. Das wäre sicherlich hochinteressant. Denn wir möchten gerne wissen, welches Personal nach dem Motto „nice to have“ in Projekten geparkt wird, die mehr oder minder im Interesse des Landes liegen, ohne dass dabei für das Land eine wirkliche Senkung der Kosten entsteht.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Zweifel sind angebracht, wenn man die Positionen durchgeht, die in der Antwort auf einen Dringlichen Berichtsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28. April 2004 angegeben wurden.

Da finden sich Titel wie „EU-Agrarförderung: Verstärkung der durchführenden Programme“, 40 Personen, eingesetzt bis Ende 2007, „Naturschutzdatenhaltung zur Sicherung investiver Maßnahmen auf allen Verwaltungsebenen“, 30 bis 50 Personen, eingesetzt bis Ende 2007, „Unterstützung kommunaler Ämter und Ämter für Ausbildungsförderung bei den Studentenwerken bei der Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes“, 12 Personen, eingesetzt für einen Monat bis ein Jahr – ein etwas flexibler Einsatz in diesem Fall.

Das liest sich eher wie ein Beschäftigungsförderungsprogramm, als dass es mit einer wirklichen Kostensenkung im Personalbereich verbunden wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Als einzige Fraktion im Hessischen Landtag haben die Liberalen – es mag den GRÜNEN wehtun, aber es ist nun einmal so –, beginnend mit dem so genannten Werkzeugkasten im Juli vergangenen Jahres, immer wieder konkrete Vorschläge zur Haushaltssanierung unterbreitet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles verrostet, Herr Kollege!)

Einige davon möchte ich ausdrücklich wiederholen, weil hier immer wieder gesagt wird, das, was hier vorgelegt worden ist, sei alternativlos.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt Herr von Hunnius mit der Beißzange!)

– Jetzt kommt keine Beißzange, sondern es kommen realistische Vorschläge, die dazu führen können, dass der Haushalt konsolidiert wird. Das geht nicht von heute auf morgen, aber es muss angefangen werden. Wenn noch nicht angefangen worden ist, dann wird es dringend Zeit.

(Beifall bei der FDP)

Dazu gehörten eine durchgängige Aufgabenkritik in der gesamten Landesverwaltung, die Überprüfung der Standards, die Privatisierung der nicht hoheitlichen Teile des HCC, die Verschmelzung der Landesbetriebe Hessisches Immobilienmanagement und Hessisches Baumanagement, Kooperation dieser neuen Einheit mit der Hessischen Landesgesellschaft, die Veräußerung der Anteile an der Nassauischen Heimstätte, die Veräußerung der Landesanteile an der Messe Frankfurt GmbH, die mittelfristige Reduzierung des Landesanteils an der Fraport AG, die Veräußerung der Anteile an der HIM GmbH, die Reduzierung des Domänenbesitzes, die Prüfung eines Anteilsverkaufs der Hessischen Landesbahn GmbH, die Eingliederung oder Auflösung von weiteren Sonderbehörden, die Überwachung der Fahrschulen durch TÜV und TÜH, die Übertragung von Prüfungsaufgaben im Gesundheitswesen an berufsständische Organisationen usw.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Die wollen doch Geld dafür! Es nimmt doch keiner kostenlos Aufgaben an!)

Ich kann gern weiter vorlesen. Es sind 31 Punkte, die ich hier vorzulesen hätte. Dadurch soll deutlich werden, dass wir Vorschläge auf den Tisch legen. Sie müssen aufgegriffen werden, und es darf nicht nach dem Motto verfahren werden „Ihr wisst es eh nicht; wir machen Sarotti-Politik: hier ein Stückchen, da ein Stückchen“. Herr Kollege Milde, wir haben keinen Konsolidierungshaushalt auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben einen Haushaltsentwurf vorliegen, der nach einem Jahr Konsolidierungsmaßnahmen bereits sagt, wir sind am Ende der Fahnenstange, es kann nicht mehr gespart werden, und es muss nicht mehr gespart werden, es geht wieder aufwärts. – Das kann es nicht sein.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir verkaufen 800 Millionen € Landesvermögen!)

All dies und noch viel mehr, was sich aus dem Insiderwissen des laufenden Verwaltungshandelns ergibt, müsste angepackt und umgesetzt werden. In einigen Fällen gibt es grundsätzlich positive Rückmeldungen der Landesregierung. Es fehlt aber nach wie vor ein durchgängiges Konzept. Wenn Sie eines haben sollten, dann haben Sie es geheim gehalten. Dann bitte heraus auf den Tisch damit. Dann können wir es gern diskutieren.

Lassen Sie mich ein paar Einzelbemerkungen zum Haushaltsentwurf machen. Es wird noch genug Gelegenheit sein, über die Einzelpläne detailliert zu diskutieren.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung sich entschlossen hat, Immobilien, die von hessischen Behörden genutzt werden, zu verkaufen und zurückzumieten,

(Beifall bei der FDP)

vorausgesetzt, daraus folgt nicht nur der absehbare Liquiditätseffekt, sondern die Rechnung geht auch betriebswirtschaftlich auf.

Völlig unverständlich ist es aber, dass keine einzige Landesbeteiligung im Jahre 2005 veräußert werden soll. Wenn man sich die Anlage 3 zum Einzelplan 17 ansieht, findet man dort 53 Landesbeteiligungen aufgeführt. Von diesen 53 Landesbeteiligungen erwartet die Landesregierung im Jahre 2005 von ganzen sechs eine Ertragsausschüttung. – So darf auf Dauer der Einsatz von hessischem Landesvermögen nicht aussehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss sagen, hier ist das von SPD und GRÜNEN immer gern benutzte Wort des Tafelsilbers angebracht; denn das verzinst sich ebenso wenig. Da haben Sie vollkommen Recht.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir begrüßen, dass mit dem Aufbau einer kapitalgedeckten Vorsorge für die Versorgung der Landesbeamten begonnen wird, wenngleich der Einstieg mit 3 Millionen € denkbar gering ausfällt – mehr sehe ich aber als problematisch an – und sich der Kreditbedarf des Landes weiter erhöht.

(Beifall bei der FDP)

Wir begrüßen die in § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans vorgesehene Möglichkeit, die Abwicklung von Förderprogrammen auf externe Dienstleister zu übertragen. Auch das war einer der Punkte aus unserem Werkzeugkasten. Das finden wir gut, davon muss Gebrauch gemacht werden.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung die Forderung der FDP-Fraktion umsetzt, das Landesstraßenbauprogramm auf den alten Stand anzuheben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Heidel nennt diesen Betrag „Posch-Wert“. Das möchte ich gern so stehen lassen. Wenn dieser Wert wieder einkehrt, umso besser. Herr Minister, das geht nicht gegen Sie. Sie hätten im vergangenen Jahr lieber mehr ausgegeben. Es wäre schön, wenn der Betrag aufgestockt wird. Strikt ist aber darauf zu achten, dass der Handlungsspielraum für die kommenden Jahre, der bereits durch die aus der laufenden Kreditaufnahme folgende Zinsbelastung immer mehr eingeengt wird, nicht durch Vorziehen, Verbindungen und Verpflichtungsermächtigungen vollends zunichte gemacht wird.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Sehr gut!)

Diese Gefahr sehe ich bei Programmen, mit denen wir Lasten verschieben und Ausgaben vorziehen, in großem Umfang.

(Beifall bei der FDP)

Strukturlos und willkürlich ist die Tatsache, dass die Landesregierung zunächst im Jahr 2004 Lehrerstellen, Straßenbaumittel und Hochschulmittel gekürzt hat und im Jahr 2005 offensichtlich Geld ausgegraben hat – ich weiß gar nicht, woher; es müssen wohl Schulden sein –, um die Mittel für Lehrer und den Straßenbau aufzustocken.

Was die Hochschulen angeht, ist der Hochschulpakt gebrochen und bleibt gebrochen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wenn wir mit dem geringen Betrag fortfahren, der im letzten Jahr eingeplant worden ist, dann verteilt sich der geringe Betrag auf eine größere Zahl von Studenten. Das bedeutet eine reale Senkung der Ausgaben pro Kopf.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ein solch planloser Zickzackkurs ist das Gegenteil nachvollziehbarer, konsistenter Politik. Niemand kann erklären, was sich an der Situation geändert hat, um im vergangenen Jahr Hü und in diesem Jahr Hott zu betreiben.

Schließlich bleiben wir dabei – hier spreche ich für die Mehrheit der Fraktion –, dass, solange nicht neue, überzeugende Fakten vorgelegt werden, der Ankauf des Schlosses in Erbach angesichts der Gesamtsituation des Haushalts und der allgemeinen Politik, sich von Landesimmobilien eher zu trennen als neue zu erwerben, nicht zu rechtfertigen ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Hoch geschätzter, verehrter Herr Kollege Milde, hier werde ich bestärkt durch Gespräche mit sehr namhaften Kreispolitikern, deren Namen ich hier nicht zitieren möchte, die aber dem Kollegen Schmitt und mir gleichermaßen bekannt sind.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie meinen nicht etwa den Landrat Schnur von der SPD, der das kaufen will?)

Neue Fakten, die uns vom Gegenteil überzeugen könnten, wurden uns bisher nicht vorgetragen.

Unsere Forderungen bleiben nach wie vor: erstens Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik, zweitens zukunftsweisende Schwerpunktbildung. In beiden Hinsichten ist der Landeshaushalt leider eine große Enttäuschung.

(Beifall bei der FDP)

Überrollen und Fortschreiben ist noch lange keine Finanzpolitik und schon gar keine nachhaltige. Ernsthafte Anstrengungen, die Nettoneuverschuldung in Hessen herunterzufahren, sind nicht zu erkennen. Selbst wenn die neuen Kreditmittel für 2005 um 15 Millionen € unter dem Ansatz für 2004 liegen, ändert dies nichts daran, dass die Nettoneuverschuldung bereits im laufenden Jahr über der tolerierbaren Grenze gelegen hat.

Von einer Trendumkehr ist weit und breit nichts zu sehen. Der Rekordwert für den Schuldenstand von über 30 Milliarden € zeigt, dass weitere Maßnahmen unumgänglich sind. Die Absicht, Immobilien zu veräußern, halten wir prinzipiell für richtig. Dies wurde von uns auch immer wieder gefordert. Aber für die Privatisierung weder von Landesimmobilien noch von Beteiligungen – das enthüllt die Antwort der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage zu diesem Punkt überdeutlich – gibt es ein schlüssiges Konzept. Wo bleibt die viel beschworene Konzentration des Landes auf seine ureigensten Aufgaben?

Ich zitiere nochmals den Herrn Bundespräsidenten: „Wir haben mehr Staat, als wir uns leisten können.“ – Wenn wir das wissen, dann müssen wir Staat aktiv abbauen.

(Beifall bei der FDP)

Eine Finanzpolitik, die das Adjektiv nachhaltig verdient, bedeutet für die FDP die Fortführung des Prozesses der Aktivierung von Landesvermögen, die konsequente Überprüfung von direkten und indirekten Finanzhilfen, die weitere Reduzierung der Personalkosten und eine Reform der Landesverwaltung an Haupt und Gliedern.

Am besten beginnt man dabei mit der Verkleinerung der Landesregierung. Das ergibt allein zwar immer noch keinen verfassungsgemäßen Haushalt, aber ist immerhin eine Entscheidung mit Symbolcharakter, die nicht zu unterschätzen wäre.

Die FDP hat bereits im Sommer darauf hingewiesen, dass bei unveränderter Ausgabenstruktur des Haushalts die Landesregierung im Jahr 2005 vor den gleichen großen Problemen stehen wird wie im Jahr 2004. Genau dies ist eingetreten, es dokumentiert sich in dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf. Da die Mahnungen und Hinweise der FDP bei der CDU-Landesregierung auf taube Ohren gestoßen sind, müssen die jetzigen Probleme als hausgemacht bezeichnet werden, zumindest zum Teil. Solange die Ausgabenstruktur weitgehend unverändert bleibt, hält die FDP ihre Forderung aufrecht, dass die Landesregierung eine schonungslose Aufgabenkritik über die tatsächlich zu erbringenden Leistungen mit ihren Konsequenzen für die Struktur- und Ablauforganisation des Landes anstellt. Alles andere ist das erfolglose Kurieren an Symptomen.

(Beifall bei der FDP)

Das Fazit nach dem, was wir bisher im Rahmen der ersten Lesung des Landeshaushalts gehört haben, ist leider: Der Haushalt ist verkorkst. Es wird sich mit der CDU-Alleinregierung kein besserer machen lassen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr von Hunnius. – Ich darf Herrn Milde für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Gottfried, sag uns, was richtig ist!)

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heinrich Heidel hat mich gebeten, die Rede von Roland von Hunnius einmal zu loben. Ich fand, da waren durchaus einige Sätze dabei, die man loben kann. Da waren ein paar richtige, gute Denkansätze dabei. – Heinrich, du hastest versprochen, du klatschst, wenn ich Roland auch einmal lobe. Jetzt redet er.

(Heiterkeit – Nicola Beer (FDP): Das war ja kein gescheites Lob! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, jetzt habe ich die FDP gelobt, und Herr Heidel hat nicht zugehört. Das ist schon bedauerlich.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP)

– Wir kommen der Sache näher.

Herr Schmitt, in der Situation, in der sich alle öffentlichen Haushalte in Deutschland befinden, sollten wir doch wenigstens versuchen, auf die üblichen öffentlichen Rituale

der gegenseitigen Beleidigungen und Beschimpfungen zu verzichten.

(Beifall des Abg. Mark Weinmeister (CDU) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat denn heute damit angefangen?)

Was Herr Schmitt heute gemacht hat, war eine Kanone an Beschimpfungen. Aber ich muss sagen, wenn speziell die SPD anfängt, hier in der Form zu schießen, dann ist sogar der Vergleich mit dem Glashaus noch zu glimpflich. Denn von denen, die im Bund mit 44 Milliarden € die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten haben, brauchen wir in Hessen bestimmt keine Belehrungen. Herr Schmitt, hier ruft nun wirklich der Brandstifter nach der Feuerwehr.

(Beifall bei der CDU)

Es ist vielfach beschrieben worden, und auch die Opposition weiß doch – wenn ich zu den GRÜNEN rüberschaue, das ist durchaus erkannt worden –, in welcher schwieriger Situation wir uns in Deutschland befinden. Sie weiß, dass es uns im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht nur besser geht, sondern dass der Abstand zu den anderen Bundesländern eher größer als kleiner wird, dass wir mit dem Haushalt 2005 in Hessen keine Wahlgeschenke verteilen – das haben Sie heute noch nicht einmal behauptet –, dass unser Handlungsspielraum immer kleiner wird, dass Steuererhöhungen die Situation in Deutschland weiter verschlechtern würden, dass die Einsparpotenziale im Haushalt weitestgehend ausgeschöpft sind

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glauben Sie!)

– das haben Sie selbst bis auf wenige Kleinigkeiten auch so gesagt – und dass wir daher auch chancenlos sind, die Nettoneuverschuldung weiter zu reduzieren.

(Beifall des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Jetzt ist Frau Fuhrmann leider nicht da. Aber möglicherweise wäre es manchen in diesem Hause recht, wenn wir mit weiteren Kürzungen von freiwilligen Leistungen wieder Großdemonstrationen auslösen würden, damit sich die gleichen Leute an die Spitze der Bewegung setzen könnten, die uns dann der Verantwortungslosigkeit beschimpfen würden. So war das nämlich im letzten Jahr.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Milde, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Wagner?

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Frau Wagner, später. Ich lasse Ihre Zwischenfrage zu, aber jetzt muss ich wirklich weitermachen.

Nein, wir müssen weiter mit dem Spagat leben, einerseits weiter sparen zu müssen, um die Ausgaben langsam den Einnahmen anzupassen, und andererseits weiter die notwendigen Investitionen zu tätigen, damit die Wirtschaft endlich wieder in einem vernünftigen Umfang wächst. Beides tun wir.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das tun Sie doch gar nicht!)

Wir reden schließlich bei jedem Cent Ausgaben über das Geld der Bürger, das wir diesen vorher durch Steuern abgenommen haben. Es ist auch unsere Aufgabe, heute hier Rechenschaft abzulegen, was wir mit dem Geld der Bürger machen.

Die wirtschaftliche Situation muss man schon noch einmal beleuchten. Es ist auch für die Mitglieder der CDU-Fraktion, für jeden, der in Berlin oder sonst wo einen Haushalt verabschiedet, keine einfache Geschichte, wenn man einen Haushalt beschließt, in dem die Nettoneuverschuldung über der Regelgrenze der Verfassung liegt. Deswegen will ich Ihnen einmal erklären, in welcher Situation wir uns befinden.

Es gibt keine Anzeichen, dass sich die strukturelle Wachstums- und Beschäftigungskrise kurzfristig ändern wird. Zwar ist das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal gewachsen. Wir kommen aber in diesem Jahr im Wesentlichen nur durch die paar Feiertage, die auf Sonntage fallen, also durch arbeitgeberfreundliche Feiertage, auf ein Wachstum. Insgesamt haben wir kein echtes Wachstum in der Wirtschaft. Die Binnenkonjunktur lahm nach wie vor. Sie liegt inzwischen 4 % unter den Werten des Jahres 2000. Der private Konsum stagniert, und die Sparneigung, eine ganz wichtige Zahl, steigt nach wie vor um 1 %. Das heißt, es wird immer mehr Geld auf den Girokonten und den Sparbüchern in Deutschland angelegt. Das ist doch ein ganz deutliches Zeichen, das spricht doch Bände über das Vertrauen in die Zukunft, vor allem in die Politik der Bundesregierung; denn dort wird Wirtschaftspolitik gemacht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich will Ihnen eine weitere Zahl nennen. Das Kreditvolumen – also die Zahl der Menschen, die Zukunftsperspektiven sehen und in die Zukunft investieren – wächst in Deutschland um 0,8 % und in Europa um 6,2 %. So weit sind wir inzwischen zurückgefallen. Die EU-Kommission geht für 2004 von einem Wachstum von 1,5 % in Deutschland, von 1,7 % in Frankreich, von 2 % in der EU und von 4,2 % in den USA aus. Wir liegen in Deutschland überall zurück. Früher ist man davon ausgegangen, dass dies alles nur passiert, weil andere Länder aus einem niedrigeren Niveau herauskommen. Man hat z. B. zu Portugal gesagt

(Michael Boddenberg (CDU): Ein schönes Land!)

– Entschuldigung, Frau da Silva, dass ich immer Portugal nenne; es ist unfair, die Portugiesen sind nämlich ein fleißiges Volk; aber bei den Portugiesen ist es immer symbolisch geworden -: Kein Wunder, wenn die zweistellig wachsen, die kommen ja aus einem tieferen Niveau heraus. – Inzwischen ist es so, dass wir in Deutschland auf Platz elf der Kaufkraftstandards der Europäischen Union liegen – nur damit Sie einmal begreifen, wo wir ungefähr liegen. Der Abstand der Kaufkraft von uns zu einem Land wie etwa Slowenien ist nicht mehr größer als der Abstand von dem zweitbesten in Europa zu uns; das ist das von Herrn von Hunnius zitierte Irland. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Der Abstand von uns zu Slowenien ist inzwischen nicht mehr größer als der Abstand von Irland zu uns. Deswegen reden wir über die Fakten in diesem wirtschaftlichen Umfeld, wie ich es eben beschreiben habe.

Ich gehe bewusst auf die Verschuldung ein. Die Gesamtverschuldung in Deutschland hat der Finanzminister vorhin genannt, 1,4 Billionen € hat sie inzwischen erreicht. Das sind 66 % des gesamten Bruttosozialprodukts unse-

res Landes. Das bedeutet, jeder, vom Baby bis zum Greis, hat im Moment Schulden von etwa 16.500 € auf dem Buckel. Wenn Sie die gesamten Zahlen zusammenrechnen, also auch die Schulden, die aus den Sozialversicherungssystemen kommen, sind es 88.000 €, vom Kleinkind bis zum Greis.

Das ist die Situation, in der wir uns befinden. Da beschimpfen Sie uns dafür, dass wir in Hessen 1 Milliarde € Nettoneuverschuldung haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So kann man etwas kleinreden!)

Sie müssen das Ganze einmal im Kontext sehen, Sie müssen die Relationen wieder richtig erkennen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Milde, Frau Kollegin Wagner hat einen zweiten Versuch zu einer Zwischenfrage gestartet.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Jawohl, Frau Wagner!)

– Diesmal gestatten Sie sie.

#### **Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Vielen Dank, Herr Milde, das passt sehr gut. – Sie haben völlig Recht mit Ihrer Schilderung. Sie haben aber vorhin behauptet, dass es keine Chancen zu erheblichen Einsparungen gibt. Wenn ich einmal die Beispiele Irland und Portugal sehe – ich füge Andalusien hinzu, weil wir das gerade bereist haben –, will ich doch einmal fragen: Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass der Bundespräsident am Sonntag Recht hatte, wenn er gesagt hat, weniger Reglungsdichte und weniger Staat im Sinne staatlicher Regelung – wie z. B. in Portugal und Irland, füge ich hinzu – würde uns helfen zu sparen?

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Frau Wagner, ich gebe Ihnen ausdrücklich Recht. Der Bundespräsident hat natürlich Recht gehabt, als er das am Sonntag gesagt hat. Wir sind in Hessen auf einem guten Weg, den wir übrigens mit der FDP zusammen begonnen haben. Dass wir am Ende des Weges seien, hat niemand behauptet. Wir müssen also den Weg des konsequenten, teilweise auch harten, trotzdem notwendigen Sparens weitergehen, um unseren Kindern etwas anderes zu übergeben als nur Schulden.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will noch einmal einen Ländervergleich anstellen. Ich finde es nämlich nicht richtig, wenn wir hier immer so dargestellt werden, als befänden wir uns auf dem letzten Platz. Dass wir in Hessen auf dem richtigen Weg sind, belegen die Zahlen. Ich nenne hier nur den dritten Platz bei der Verschuldung je Einwohner im Ranking der westdeutschen Bundesländer und den zweiten Platz bei der Nettokreditaufnahme je Einwohner. Die Stadtstaaten ausgeklammert, hat Hessen das höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, usw. usf. Alle haben dokumentiert, dass Hessen an der Spitze steht, was die Finanz- und Wirtschaftskraft in Deutschland angeht. Das lassen wir uns von keiner Opposition in Hessen schlechtreden.

(Beifall bei der CDU)



Das hat im Übrigen auch der Landesrechnungshof festgestellt. Er hat festgestellt, dass Hessen bei der Finanzkraft – im Übrigen auch ein Zeichen dafür, dass wir hier vernünftige Politik machen –

(Zurufe der Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Reinhard Kahl (SPD))

Platz eins unter allen Bundesländern eingenommen hat. Herr Kollege Kahl, ohne den Länderfinanzausgleich ist Hessen mit Abstand das finanzstärkste Bundesland in Deutschland. Es ist doch erlaubt, einmal die Zahlen zu nennen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist doch nicht unsere Schuld, dass die Finanzkraftreihenfolge dann auf den Kopf gestellt wird, wenn der Finanzausgleich berücksichtigt wird. Finanzstarke Bundesländer werden geschwächt, und finanzschwache Bundesländer werden starke Bundesländer.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Die Finanzkraftreihenfolge unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs wird laut Landesrechnungshof von den Nehmerländern angeführt, nämlich vom Saarland und den neuen Bundesländern. Für Hessen reicht es noch auf Platz neun, am Ende liegen Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Das ist doch die Wahrheit in Deutschland. Das hat auch etwas mit unserem Haushalt zu tun.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Wer bis jetzt zugehört hat, weiß auch, wo das Ausgabenwachstum in den letzten Jahren herkam: im Wesentlichen durch den Länderfinanzausgleich. Im Länderfinanzausgleich ist Hessen stärkstes Zahlerland,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht wahr! – Reinhard Kahl (SPD): Was ist mit der Ergänzungszuweisung?)

Herr Kollege Kaufmann, sowohl absolut gesehen als auch pro Kopf, bezogen auf die Einwohnerzahl. Zwischen 1999 und 2003 – vorhin wurde erwähnt, man sollte die Zahlen seriöserweise nicht nennen, ich tue es aber – hat Hessen 11,7 Milliarden € an andere Bundesländer in den Länderfinanzausgleich bezahlt. Ich kritisiere das ja gar nicht, aber ich muss doch einmal die Fakten festhalten, wohin unser Geld geflossen ist.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das ist das Doppelte dessen, was wir in dieser Zeit an neuen Schulden gemacht haben. Nur so viel dazu, was wir mit dem Geld gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Im Jahr 2005 ist das auch nicht anders. Wir zahlen nach dem Ansatz 1,75 Milliarden € – das ist schon ein reduzierter Ansatz dank des Kompromisses – in den Länderfinanzausgleich und nehmen neue Schulden in Höhe von 1,13 Milliarden € auf. Wir werden auch hier das 1,75fache dessen, was wir an Schulden aufnehmen, in den Länderfinanzausgleich einzahlen. Das zeigt doch unstrittig: Ohne den Länderfinanzausgleich wäre Hessen ein Land, das keine neuen Schulden machen würde, sondern das netto tilgen könnte.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Eben!)

Meine sehr geehrte Damen und Herren, wir ruhen uns darauf nicht aus. Ich will wegen der angespannten Zeitlage nicht alle Punkte der „Operation sichere Zukunft“ wiederholen. – Herr Kaufmann, Sie sehen, die Besucher kommen wieder zurück.

(Eine Besuchergruppe kommt zurück auf die Besuchertribüne.)

Frau Kollegin Fuhrmann, wir gehen das Problem der Verschuldung im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv an. Es ist auch nicht so, wie Frau Kollegin Fuhrmann es gerne hätte, dass wir den Cent nicht dreimal umdrehen müssten. Das hatten Sie in der letzten Plenardebatte gesagt. „Hessen ist kein armes Land, wir müssen den Cent nicht dreimal umdrehen“, Frau Fuhrmann, das waren Ihre Worte. Der Kollege Kahl ist auch zusammengezuckt, als Sie es gesagt haben.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Fuhrmann, auch wenn Sie jetzt brüllen: Wir in Hessen müssen den Cent dreimal umdrehen, und wir drehen den Cent dreimal um. Wir stellen jede Ausgabe auf den Prüfstand.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben mit dem Sparpaket auch die Konsequenzen aus der nun seit vier Jahren anhaltenden konjunkturellen Talfahrt mit ihren dramatischen Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte gezogen. Mithilfe mit der „Operation sichere Zukunft“ – Sie haben es vorhin schon einmal gehört, aber man kann es durchaus wiederholen – werden wir strukturell, Jahr für Jahr, im Übrigen ansteigend, anfänglich zwischen 500 und 600 Millionen €, später mehr, jedes Jahr einsparen. Wenn wir das nicht gemacht hätten, würden wir im Haushalt 2005 über ein 600 Millionen € höheres Defizit reden. Da kann doch keiner erzählen, das hätte nichts gebracht.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Meine Damen und Herren, wer das nicht erkennt, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen. Wenn die Kollegen von der lieben Opposition in diesem Zusammenhang von der größten Täuschung in der hessischen Geschichte reden, dann sollten sie sich einmal selbst fragen, ob sie nicht als Opposition selbst die größte Enttäuschung in der hessischen Geschichte sind.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war schwach!)

Herr Kollege von Hunnius hat es schon angemahnt: Wir machen eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik in Hessen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Schmitt, wir brauchen auch keine Vorschläge aus dem finanzpolitischen Heimatmuseum des Norbert Schmitt, wie die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Schmitt, glauben Sie denn wirklich, das Kapital bliebe im Land? – Ihre volkswirtschaftlichen Grundkenntnisse müssten doch eigentlich dafür ausreichen, zu begreifen, dass man die Wirtschaft so nicht ankurbelt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Auch der Export wird dadurch nicht angekurbelt, sondern höchstens der Kapitalexport. Das braucht wirklich kein Mensch in Deutschland.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Kollege Schmitt, schauen Sie doch einmal nach links, dann sehen Sie die GRÜNEN. Selbst die GRÜNEN – sie sitzen in Berlin mit in der Regierung – haben inzwischen die Unsinnigkeit dieser Steuer erkannt, und langsam sollte auch die SPD ihre ideologischen Altlasten auf den Sperrmüll werfen.

(Beifall bei der CDU)

Was wir brauchen, sind Verlässlichkeit und Perspektiven. Deswegen haben wir im letzten Jahr die Radikalkur im Umfang von 1 Milliarde € durchgeführt. Wir machen das an drei Ergebnissen fest, die etwas mit Zukunftssicherung zu tun haben. Erstens wird die Nettoneuverschuldung zurückgeführt. Wir können über die Höhe streiten, aber sie wird zurückgeführt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um wie viel?)

Zweitens gibt es neue Handlungsspielräume für Infrastrukturprojekte, und drittens werden Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und Enkel ermöglicht, indem wir in den Bereich der Bildung investieren.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Reinhard Kahl (SPD) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Im Haushaltsentwurf 2005 konnte die Nettoneuverschuldung immerhin um 15 Millionen € begrenzt werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Das ist vor dem Hintergrund der geschilderten bundesweit unverändert extrem schlechten finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein kleiner, aber wichtiger Erfolg, den wir in Hessen haben, den aber fast alle anderen Bundesländer in dieser Form nicht haben.

Aus diesem Grund möchte ich Ihnen noch ein paar Beispiele von Ländern nennen. Sie tun immer so, als sei dies ein einmaliges Phänomen in Hessen. Die Zahl von Nordrhein-Westfalen: – das Land ist etwas mehr als doppelt so groß wie Hessen –: allein im Jahr 2004 6,1 Milliarden € neue Schulden aufgenommen. Das Land Niedersachsen, das auch nur ein Drittel größer ist, wird im nächsten Jahr über 2 Milliarden € aufnehmen. Ich gebe zu, das ist kein SPD-regiertes Bundesland. Ich habe fairerweise den Vergleich mit zwei unterschiedlich regierten Bundesländern genommen, um dies transparent darzustellen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte die Situation gar nicht schöner reden, als sie ist. Keiner macht es gerne, Schulden in dieser Größenordnung aufzunehmen. Ich möchte betonen, dass wir nicht der Versuchung erliegen sollten – das hat der Finanzminister vorhin dankenswerterweise auch nicht getan –, die Verfassungsgrenze anderer Bundesländer zu übernehmen. Wir sollten vielmehr stolz darauf sein, dass wir in Hessen die strengsten Kriterien unter allen deutschen Bundesländern haben.

Eines muss auch klar sein: Wir müssen nicht nur unter die uns selbst aufgelegte Grenze kommen, wir müssen mittel-

fristig und dauerhaft ausgeglichene Haushalte anstreben. Sonst haben wir keine Chance, künftige Haushalte zu finanzieren.

Aber das Wichtigste, was ich sagen will, ist: Dieser Haushaltsentwurf ist verfassungskonform. Es ist nicht so, dass wir als Verfassungsbrecher dastehen,

(Reinhard Kahl (SPD): Das wird das Gericht entscheiden!)

sondern – das wissen Sie selbst; das wird das Gericht entscheiden – der Haushalt ist verfassungskonform. Denn zum einen ist das wirtschaftliche Gleichgewicht durch die hohe Arbeitslosigkeit und die schwache Binnenkonjunktur gestört. Das können Sie nicht wegreden. Zum Zweiten ist der Haushalt 2005 mit der „Operation sichere Zukunft“, anders, als es vorhin Herr Kaufmann gesagt hat, und den Maßnahmen, die ich eben zur Zukunftssicherung geschildert habe, durchaus geeignet, das Gleichgewicht im Rahmen unserer Möglichkeiten wieder herzustellen. Zum Dritten ist es objektiv

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Durch welche Maßnahmen? – Zurufe der Abg. Norbert Schmitt und Reinhard Kahl (SPD))

– Sie müssen bis zum Ende zuhören – auch gar nicht möglich, die Verschuldung weiter zu senken. Meine Damen und Herren, wir sollten noch einmal festhalten: Die Schuld an der konjunkturellen Lage in Deutschland, an jährlich 40.000 Firmenpleiten und dem Verlust von rund 1.000 Arbeitsplätzen an jedem Werktag, trägt Rot-Grün in Berlin und nicht wir in Hessen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heide (FDP))

Sie haben neulich eine Pressemitteilung herausgegeben, wonach wir in guten Zeiten Geld hätten zurücklegen sollen. Ich frage Sie: Welche Zeiten waren das? Von 2000 bis 2003 hatten wir ein Nullwachstum, und in den meisten anderen Jahren nach dem Krieg hat die SPD zumindest mitregiert. Die Schulden sind im Wesentlichen auf die Grundlagen zurückzuführen, die Sie in Hessen geschaffen haben, nicht wir.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Opposition sollte sich also über sich selbst aufregen. Im Übrigen haben wir in Hessen auch keine Möglichkeiten mehr, die Verschuldung ohne negative Folgen weiter zu senken. Denn die Sparpotenziale sind weitestgehend ausgeschöpft, die Binnennachfrage darf nicht durch weitere Kürzungen weiter geschwächt werden, und wir dürfen unser Restvermögen nicht in einem Jahr komplett verkaufen und können es im Übrigen auch nicht. Deswegen ist mein Appell an die FDP, noch einmal genau zu überlegen, was man in einem Jahr alles machen kann. Wir werden froh sein, wenn wir im Laufe des nächsten Jahres die 800 Millionen € für die Immobilien und die weiteren Privatisierungen erlösen können, wenn es einen Markt dafür gibt. Ich gehe nachher gern noch einmal kurz darauf ein. Es macht auch keinen Sinn – darauf bin ich schon einmal eingegangen –, über höhere Steuern die Einnahmeseite zu verbessern, weil auch dies kontraproduktiv wäre.

Franz Josef Jung hat in Berlin vorgestellt, was wir brauchen. Das steht übrigens auch eindeutig in der Begründung zum Haushalt. Wir brauchen ein Wachstum der Wirtschaft in Deutschland. Wir brauchen Verbesserungen

am Arbeitsmarkt. Erst wenn die Wirtschaft wieder wächst, haben wir mehr Steuereinnahmen. Meine Damen und Herren insbesondere von der SPD, durch höhere Steuersätze werden wir das nicht erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Trotz aller Unkenrufe halten wir in Hessen die Investitionsquote hoch. Wir investieren in die Zukunft. Die Summe der Investitionen sinkt ganz leicht, wir geben aber im Verhältnis zum Bund mehr Geld für Infrastrukturmaßnahmen aus. Ich komme gleich darauf zurück.

Die Mittel für den Landesstraßenbau – das ist unstrittig eine Infrastrukturmaßnahme – werden auf 56 Millionen € aufgestockt, zusätzlich zu dem Sonderprogramm Straßenbau über 50 Millionen € für die Jahre 2005 bis 2007. Auch das sind zukunftsgerichtete Maßnahmen, die wir im nächsten Jahr beginnen.

Eine weitere zielgerichtete Verbesserung der hessischen Verkehrsinfrastruktur ist der Ausbau des Regionalflughafens Kassel-Calden. Dazu muss man einmal ein Wort sagen. Sie haben vorhin beklagt, es würde für die Wirtschaft gar nichts bringen. Hinterher haben Sie gesagt, dass die Lufthansa das kritisiert hat. Jetzt frage ich Sie, warum Lufthansa es kritisiert hat, dass wir den Regionalflughafen Kassel-Calden ausbauen. Sie möchte die Konkurrenz anderer Fluggesellschaften, gerade von Billigairlines, in Kassel-Calden nicht. Aber das ist doch ein eindeutiges Zeichen, dass dort die Wirtschaft wächst und dass die Investition in Höhe von 100 Millionen € etwas für die Infrastruktur tut. Das ist doch gut für Nordhessen. Sie sollten froh und dankbar sein, dass wir in dem Umfang investieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Man muss heute auch erwähnen, dass in Berlin die Mittel für den wichtigsten Investitionsträger, den Verkehrshaushalt, zwar nicht so stark gekürzt werden wie zunächst angenommen – das wurde noch verhindert –, aber mit insgesamt 8,9 Milliarden € im Jahr 2004 liegen die Investitionen in Straße und Schiene um 542 Millionen € unter dem veranschlagten Soll.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich will Ihnen das sagen, weil das der Unterschied im Politikansatz ist. Das heißt, während Sie 270 Millionen € gestrichen haben – ich kann Ihnen die Projekte nennen: Riederwaldtunnel Frankfurt, Ortsumfahrung von Höchst im Odenwald und die Bundesstraße in Haiger; das sind die Maßnahmen, die Ihren Kürzungen in Berlin zum Opfer gefallen sind –, kommen die 56 Millionen €, die wir in Hessen investieren, den hessischen Bürgern bei der Infrastruktur zugute. Insofern ist das ein Unterschied.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Drittens. Meine Damen und Herren, Bildung ist die beste Zukunftssicherung. Bei der Bildung zieht Hessen eindeutig Konsequenzen aus der PISA-Studie.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Gut, dass Sie da jetzt lachen. Dann kann ich es Ihnen noch einmal erklären. Hessen hat den Bildungsetat seit 1999 um 17 % auf heute 2,7 Milliarden € gesteigert. Meine Damen und Herren, das ist einen Applaus wert.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat mit PISA nichts zu tun!)

– Meine liebe Frau Hinz, dass ausgerechnet Sie meckern, freut mich. Dann sage ich Ihnen, dass die Tatsache, dass wir mit diesen Maßnahmen noch immer nicht an der Spitze in Deutschland sind – aber auf dem Weg dorthin sind –, einzig und allein daran liegt, dass wir einen so großen Nachholbedarf hatten, als wir 1999 die Regierung übernommen haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In Hessens Schulen – das kann ich Ihnen auch nicht ersparen – werden im Jahr 2005 insgesamt 290 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung gestellt. Deswegen gehe ich jetzt auf die Kürzung von 800 Stellen ein, die vorhin von Ihnen genannt wurde. Meine Damen und Herren, wie auch immer Sie das ausrechnen, ist mir völlig Wurst. Wichtig ist, dass durch die Mehrarbeit von Lehrerinnen und Lehrern in Hessen insgesamt mehr Unterricht gegeben wird. Wenn das von weniger Lehrern gemacht wird, ist mir das egal. Wichtig ist, dass bei den Schülern mehr Unterricht ankommt. Das haben wir im Jahr 2004 erreicht, und das werden wir auch im Jahr 2005 erreichen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Hinz, regen Sie sich ruhig auf. Da müssen Sie jetzt durch. – Darüber hinaus sind die Vertretungsmittel gegenüber dem Ansatz des Jahres 2004 von 26,1 Millionen € auf 44,1 Millionen € aufgestockt worden.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hessen hat die Zahl der Ganztagsangebote – das wird Sie vielleicht ärgern; aber wir haben es gemacht – in kürzester Zeit auf 290 Schulen verdoppelt.

(Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie fordern das immer. Wir haben es gemacht. Wir haben neue Lehrpläne, Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen eingeführt sowie flexible Einschulungsmöglichkeiten geschaffen. Das Dritte Gesetz zur Qualitätssicherung an hessischen Schulen erwähne ich hier nur am Rande.

(Zurufe der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, ich könnte mit dem Thema Bildung fortfahren. Wir haben den höchsten Hochschulhaushalt aller Zeiten in Hessen. Das mag noch nicht genug sein. Aber es ist der höchste Hochschulhaushalt.

(Beifall bei der CDU)

Das lassen wir uns von Ihnen nicht kaputtreden. Wir geben die Verwaltungsgebühren von 50 € komplett an die Hochschulen zurück. Das ist ein Ergebnis der Diskussionen mit den Studenten und den Hochschulen im letzten Jahr. Das ist eine Maßnahme gewesen, die zumindest einige derjenigen gefordert haben, die hier auf der linken Seite sitzen. Das ist von uns gemacht worden.

Kommen wir zur Kernbotschaft dieses Haushalts: Wir investieren in die Zukunft. Trotz harter Sparmaßnahmen – zu denen ich auch noch einmal komme – ist es uns ge-

lungen, mit dem Haushaltsentwurf 2005 mehr Mittel für die Zukunftsbereiche Infrastruktur und Bildung aufzubringen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für eine Botschaft?)

Das ist gut. Es ermutigt uns, den eingeschlagenen Kurs beizubehalten. Wir haben die Einsparungen – das hat der Finanzminister vorhin so schön gesagt – im letzten Jahr unter größtem Protest durchgeführt. Ich komme gern auf das zurück, was Sie vorhin gesagt haben, dass die Bayern den Hessischen Ministerpräsidenten zurechtgestutzt hätten, er möge erst einmal seine Hausaufgaben in Hessen machen. Das war vor der bayerischen Landtagswahl. Wie Sie wissen, hat das Programm, das wir in Hessen gemacht haben, inzwischen bundesweit Nachahmer gefunden. Die, die es noch nicht gemacht haben, sind in der Not, es im nächsten Jahr zumindest zu beginnen. Wir sind hier Vorreiter. Wir sind der Spitzenreiter in Deutschland. Auch das wollen wir festhalten.

Von dem, was Frau Wagner gefordert hat, haben wir einiges gemacht. Die Personalvermittlungsstelle – Herr von Hunnius hat es angesprochen – ist der richtige Weg. Ich erinnere an das, was Ihnen der Kollege Peter Lennert vor der Sommerpause ins Stammbuch geschrieben hat. Schauen Sie sich an, was in der Privatwirtschaft passiert. In Hessen haben wir immerhin den intelligenten Weg gefunden,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bitte? – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie hieß der Weg? Hören Sie doch auf!)

die Personaleinsparungen sozusagen konzernübergreifend an einer anderen Stelle wieder einzuspeisen.

(Zurufe der Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Petra Fuhrmann (SPD))

Das heißt, jede Stelle, die frei wird, muss aus dem Reservoir aller Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst in Hessen wieder besetzt werden. Wenn das im Einzelfall nicht gemacht wird und man lieber auf die Wiederbesetzung verzichtet, ist der finanzpolitische Erfolg ebenfalls gegeben. Meine Damen und Herren, wir werden bis zum Ende der Legislaturperiode 9.000 Stellen abgebaut haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist auch notwendig. Die Zahlen sind genannt worden. Nach wie vor sind die Personalkosten der größte Posten im Landeshaushalt. Obwohl die Landesregierung bereits seit dem Jahr 2000 mit verschiedenen intelligenten Maßnahmen gespart hat, war es nicht anders möglich.

Ich gehe jetzt über einige Dinge hinweg, die wir im letzten Jahr eingespart haben, möchte aber doch sagen, dass wir mit der Kündigung der Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft der Länder auf dem richtigen Wege sind. Wir werden bei der Frage der Arbeitszeit für Angestellte nicht locker lassen können, weil es eine Frage der Gerechtigkeit ist – nicht nur eine Notwendigkeit für den Landeshaushalt –, dass auch die Angestellten länger arbeiten.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat das mit Gerechtigkeit zu tun?)

Die Arbeitszeitverlängerung werden wir im nächsten Jahr durchsetzen.

Ich nenne als weiteres Beispiel den Subventionsabbau. Der Umfang der Subventionen ist dank des Koch-Steinbrück-Modells zurückgegangen. Das können Sie nachlesen. Das brauche ich Ihnen jetzt nicht im Einzelnen zu erläutern.

Ich komme zu einigen Eckpunkten im Landeshaushalt, die von Herrn Kaufmann sehr zurückhaltend und sachlich angegangen wurden. Nach wie vor haben wir Rahmenbedingungen, unter denen es sehr schwierig ist, Haushalte aufzustellen. Das ist keine Frage. Trotzdem haben wir unter Wahrung strengster Ausgabendisziplin die Einnahmen und Ausgaben realistisch eingeschätzt. Auch das ist an einem Haushalt wichtig.

Wir haben die Karten offen auf den Tisch gelegt und für Transparenz gesorgt. Das gilt auch für die erkennbar notwendige Neuverschuldung, die, anders als beim Bund, von vornherein offen bilanziert ist. Bevor sich jetzt manche bei den Themen Verschuldung und Ausgabensteigerungen die Kehle aus dem Hals schreien, sollte man sich ganz nüchtern ein paar wichtige Zahlen anschauen. Die Steuereinnahmen, die wir zurzeit haben, sind auf dem Niveau des Jahres 1998. In der gleichen Zeit sind die Bruttolöhne im öffentlichen Dienst um rund 14 % gestiegen. Da die Ausgaben für das Personal die Hälfte des Landeshaushalts ausmachen, können Sie sich vorstellen, welchen verdammten guten Job diese Landesregierung gemacht hat, dass wir überhaupt einen solchen Haushaltsplanentwurf hier und heute vorlegen können.

(Beifall bei der CDU)

Weil das so ist, gibt es seitens der Opposition nur etwas hilflos wirkende Vorschläge zur Sanierung des Landeshaushalts. Die GRÜNEN wollen die Eigenheimzulage abschaffen, was mich ein wenig an die Diskussion um den Verteidigungsetat in den Neunzigerjahren erinnert: der Verteidigungsetat als eine Eier legende Wollmilchsaue, die für alle Wünsche herhalten musste. Die Eigenheimzulage und die Ausgaben für Bildung kann man nicht gegeneinander aufrechnen, denn wir brauchen beides. Gerade die Eigenheimzulage unterstützt nämlich den Aufbau einer Altersversorgung und fördert Investitionen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Milde, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Wagner?

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Nein. Ich komme auch gleich zum Ende. – Gerade einkommensschwache Familien profitieren von der Eigenheimzulage am meisten.

Zu den Vorschlägen der FDP muss ich sagen: Ich habe viel Sympathie für Ihre Vorschläge, aber dass wir all das in einem Jahr umsetzen, was Sie gerne in diesem Haushalt drin hätten, das ist völlig undenkbar.

Frau Fuhrmann, Frau Ypsilanti, auf die Vorschläge der SPD gehe ich gar nicht erst ein.

Bei den Ausgabensteigerungen möchte ich nur noch einmal eines ansprechen, was denen anscheinend nicht deutlich geworden ist, die davon reden, dass wir angesichts der Nettoneuverschuldung Ausgabensteigerungen vorsehen. Der Herr Finanzminister hat darauf hingewiesen: Die Steigerungen bei den Ausgaben resultieren ausschließlich aus der Erhöhung im Kommunalen Finanzausgleich um

6,7 %. Das ist gut für die Kommunen, und das wird von diesen dankbar aufgenommen werden. Das Zweite sind die internen Leistungsverrechnungen, die wir eingeführt haben. Es handelt sich hierbei zwar um Ausgaben, aber nicht um Mehrausgaben, da sie Einnahmen in gleicher Höhe bedeuten. Insofern ist es falsch, zu sagen, der Haushaltsansatz steige um 1,7 %.

Sie werden erleben, dass Herr Eichel in Berlin bei seinem Haushaltsentwurf mit einer Neuverschuldung um 22 Milliarden € niemals hinkommen wird. Er wird mindestens 15 bis 16 Milliarden € mehr Schulden machen müssen und deshalb die Stabilitäts- und die Maastricht-Kriterien zum vierten Mal in Folge reißen. Auch deswegen sage ich: Von Ihnen lassen wir uns überhaupt nichts vorwerfen.

(Beifall bei der CDU)

Prof. Peffekoven spricht in diesem Zusammenhang von „bewussten Fehleinschätzungen und Trickserei“. Für mich ist Ihr Haushaltsentwurf in Berlin eine einzige Luftnummer. Die traurigen Wahrheiten, die aus Berlin kommen, sind die Zahlen, die wir zur Kenntnis nehmen müssen: die wirtschaftlichen Rahmendaten und die Verschuldung, die in Berlin doppelt so hoch ist, wie es die Verfassung zulässt. Tun Sie deshalb nicht so, als würde Ihnen das in Hessen Leid tun.

Ich sage Ihnen zum Schluss: Wir haben in Hessen einen nachhaltigen Haushaltsentwurf für 2005 als Grundlage für seriöse Haushaltsberatungen vorgelegt. Wir investieren mit unseren Schwerpunkten Wirtschaft, innere Sicherheit und Bildung in die Zukunft, und wir geben mehr Geld für die Familien aus. Frau Fuhrmann, wir haben mit der „Operation sichere Zukunft“ alles getan, was ein Bundesland alleine tun kann. Was weitere Einsparpotenziale angeht, sind wir an der Grenze des Verantwortbaren angelangt. Man kann den Wind zwar nicht drehen, aber die Segel richtig setzen. Das haben wir getan. – In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche uns gute Beratungen zum Haushalt 2005.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Milde. – Meine Damen und Herren, wir dürfen auf der Zuschauertribüne die Landjugend von Bömighausen begrüßen, die im Anschluss an das Plenum noch eine bestimmte Rolle spielen wird.

Als Nächster hat sich Herr Kaufmann zu Wort gemeldet. Sechs Minuten Redezeit stehen noch zur Verfügung, Herr Kaufmann.

(Zurufe von der CDU)

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es beglückt einen doch, dass man zu so später Stunde bei der CDU-Fraktion so viel Freude erregen kann. Ich habe mir, nachdem mir – entgegen der Absprache unter den Geschäftsführern – der Kollege Milde heute Morgen mitgeteilt hat, er wolle gern als Letzter reden, gedacht, ich hebe mir ein paar Minuten Redezeit auf, denn es war absehbar, Herr Kollege Milde, dass Sie eine Reihe von Unwahrheiten und Falschdarstellungen aneinander reihen würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Deshalb ist es gut, wenn man wenigstens noch einiges korrigieren und das, was tatsächlich stimmt, dagegenstellen kann.

(Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Milde, Sie haben durchaus meinen Respekt, denn es ist mutig, bei einem solchen Themenrodeo dauernd herunterzufallen und trotzdem immer wieder aufzustehen und das nächste Thema aufzunehmen. Ich möchte dazu aber einige Anmerkungen machen.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben sinngemäß gesagt, Hessen sei der Vorreiter für die „Operation düstere Zukunft“, die sich jetzt bundesweit ausbreite. Da frage ich Sie: Warum lassen Sie nach einem Jahr alle Energie fahren, wenn es doch ein solches Erfolgsmodell war? Das ist in sich völlig unschlüssig und unlogisch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Zweitens. Sie sagen, Hessen sei Spitze. Dabei vergessen Sie immer zu erwähnen: nach Hamburg. Das wird auf diese angeblich so wundervolle Regierung zurückgeführt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hessen war schon immer Spitze.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In der Regierungszeit von Rot-Grün war Hessen erst recht Spitze, immer in Konkurrenz mit Hamburg, in einigen Jahren sogar vor Hamburg.

(Zurufe von der CDU)

Insoweit ist es überhaupt kein Argument für die Qualität der Politik, wenn Sie mühsam um den Spitzenplatz kämpfen müssen. Im Gegenteil, wir haben den Spitzenplatz in den letzten Jahren einige Male nicht erreicht. Das ist ein Ausweis der schlechten Politik, die die CDU derzeit macht und die CDU und FDP früher gemeinsam gestaltet haben. Das wird auch von Leuten bescheinigt, die uns GRÜNEN nicht besonders nahe stehen. Ich erinnere daran, dass die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ regelmäßig eine Bewertung der Ministerpräsidenten abgibt. Damit soll im Prinzip – in etwas personifizierter Weise – die Wirtschaftsdynamik der Länder gemessen werden. Roland Koch – das heißt also Hessen – ist bei der letzten Bewertung am stärksten nach unten gerutscht, nämlich um sechs Plätze. Hessen steht jetzt auf Platz neun. Originalton Milde: Wir sind Spitze. – Danke schön.

(Zurufe von der CDU)

Zum Thema Länderfinanzausgleich habe ich schon eine Menge gesagt. Aber Herr Milde hat entweder nicht zugehört, oder es ist ihm völlig Wurscht. Das Geld, das wir über die Steuern insgesamt einnehmen, ist nicht unser Geld. Es ist erst dann unser Geld, wenn die bundesstaatlich vereinbarte Ausgleichsregelung stattgefunden hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen: Immer wieder zu suggerieren, andere nehmen uns unser Geld ab, heißt nichts anderes, Herr Kollege Milde, als dass Sie am liebsten die Bundesrepublik auflösen, in Hessen einen Außenminister und eine Armee schaffen und Hessen als selbstständigen Staat regieren würden.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Ich kann nur sagen: Das ist nicht unser Weg. Solange man an der Bundesrepublik als Land mitwirkt, so lange gehört man in den gesamten Finanzverbund.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Herr Kollege Hoff, brüllen Sie nicht so. – Ein ähnlicher Unfug ist es, vom Land Hessen zu sagen, es verursache nur soundso viel Prozent Neuverschuldung am BIP.

(Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Es gibt kein sinnvoll messbares „hessisches Bruttoinlandsprodukt“. Sie müssen die gesamte Volkswirtschaft betrachten, und dann sieht das ganz anders aus. Ich wiederhole es lautstark, auch wenn ich weiß, dass es nichts nützt.

(Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Kommen wir also zum nächsten Punkt, Herr Kollege. Der Kollege Lortz hat es eilig und zeigt auf seine Uhr.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe noch etwas mehr Zeit, als er zeigt, und deswegen werde ich die auch noch nutzen.

(Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielleicht geht es ja schneller – wenn Sie etwas mehr Ruhe halten.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Danke schön, Herr Präsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Sie fragten nach zwei Dingen. Man kann ja in der Debatte einmal etwas mitnehmen: In den Jahren 1999 und 2000 hatte Hessen Steuereinnahmen, die insgesamt um 1,6 Milliarden € höher lagen als die Planung. Wenn das keine guten Jahre sind, dann weiß ich nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens unterstellen Sie Rot-Grün immer, sie wären für Steuererhöhungen. Die niedrigsten Einkommensteuersätze, die es in diesem Land je gegeben hat, sind jetzt von Rot-Grün geschaffen worden – Steuersenkungen, von denen CDU und FDP in ihren vielen Jahren bundesrepubli-

kanischer Mehrheiten nur geträumt haben. Sie haben ständig erhöht, wir haben erstmals die Steuern in einer Steuerreform deutlich gesenkt. – Nur, um das einmal klarzustellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, als Letztes: Hessen mache einen „verdammten guten Job“.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Im letzten Jahr betrug das Haushaltsdefizit 2 Milliarden €. Ich darf noch einmal daran erinnern: Unsere Kinder verlangen, dass wir davon herunterkommen. In diesem Jahr soll das Haushaltsdefizit 2 Milliarden € betragen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Sie können sich denken, wie ich diesen Job unparlamentarisch nennen würde.

(Clemens Reif (CDU): Na, na, na!)

Auf jeden Fall ist es kein guter. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Kaufmann.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2005 und zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2005 sowie zum Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2004 bis 2008.

Es ist vorgesehen, die beiden Gesetzentwürfe und den Antrag dem Haushaltsausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann können wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, entgegen anders lautender Meldungen habe ich hier festzustellen, dass keine Krönung des Staatsministers Dietzel durch die Erntejugend vorgesehen ist, sondern dass Herr Staatsminister Dietzel den Erntekranz der Landjugend überreichen wird. Dazu darf ich Sie herzlich einladen, nebenan im Kleinen Saal. Ansonsten den Fußballern gutes Gelingen, ein Sieg – und uns allen morgen früh um 9 Uhr ein Wiedersehen hier im Plenum.

(Schluss: 18.43 Uhr)

**Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 – Fragestunde)****Frage 290 – Abg. Silke Tesch (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Weshalb werden Beratungsgespräche zum Hochschulzugang für Meisterinnen und Meister erst im Sommer 2005 angeboten, wodurch die Bewerberinnen und Bewerber frühestens zum Wintersemester 2005 mit dem Studium beginnen können?*

**Antwort des Ministers für Wissenschaft und Kunst Udo Corts:**

*Zur Vorbereitung der Umsetzung des prüfungsfreien fachgebundenen Hochschulzugangs, insbesondere für Meisterinnen und Meister, hat schon am 1. Juli 2004, vor In-Kraft-Treten der Änderung der Verordnung über den Hochschulzugang besonders befähigter Berufstätiger, eine Besprechung mit Vertretern der Universitäten und Fachhochschulen stattgefunden. Dabei ging es darum, zu Verfahrensfragen schnell gemeinsame Lösungen zu finden, um eine Studienaufnahme zum Wintersemester 2004/2005 zu ermöglichen. Alle Teilnehmer gingen auch von diesem Semester als Beginn der neuen Regelung aus. Mit Erlass vom 13. Juli 2004 hat mein Haus den Text der veröffentlichten Veränderungsänderung vom 8. Juli 2004 allen Universitäten und Fachhochschulen samt dem Protokoll des Gesprächs vom 1. Juli 2004 übersandt.*

*Eine telefonische Umfrage bei den Universitäten und Fachhochschulen hat ergeben, dass die meisten dieser zehn Hochschulen den prüfungsfreien Zugang bereits für dieses Wintersemester eröffnet haben. Eine ganze Reihe von Meisterinnen und Meistern hat auch auf dieser Grundlage ein Studium aufgenommen. Genaue Zahlen konnten aufgrund der Kurzfristigkeit nicht ermittelt werden. Lediglich die Universitäten Marburg, Gießen und Kassel – in einigen Fällen – haben Bewerber auf einen Beratungstermin im März 2005 verwiesen, für eine Studienaufnahme im Sommersemester 2005 (Universität Gießen) bzw. im Winterse-*

*mester 2005/2006 (Universität Marburg und zum Teil Universität Kassel). Hier werden wir darauf hinwirken, dass eine Aufnahme für das Sommersemester 2005 erfolgt, soweit das in dem jeweiligen Studiengang möglich ist; für das jetzt laufende Semester ist es zu spät.*

**Frage 292 – Abg. Jürgen May (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Welche Kriterienliste hat das Sozialministerium bei seiner Auswahl und dem Ranking der 14 optionswilligen Kommunen zugrunde gelegt, die an den Bund zur Umsetzung von Hartz IV in kommunaler Trägerschaft gemeldet wurden?*

**Antwort der Sozialministerin Silke Lautenschläger:**

*Die Entscheidung über die Reihenfolge der hessischen Bewerber für das Optionsmodell erfolgte auf der Grundlage eines umfassenden Kriterienkatalogs, den ich bereits zu verschiedenen Gelegenheiten, zuletzt während einer Sondersitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 4. Oktober 2004, erläutert habe. Kernpunkte waren hier zum einen die institutionellen und organisatorischen Bedingungen bei der Umsetzung der Option. Dazu zählten die räumlichen Bedingungen, die örtliche Lage der kommunalen Vermittlungsagentur, die bisherige personelle Ausstattung, die vorhandenen Vermittlungsstrukturen in den Arbeitsmarkt, der geplante Personalschlüssel und das Konzept für die Personalgewinnung. Zum anderen wurden die vorhandenen Projekte und Modellvorhaben, die Vermittlung und Qualifizierung, die Hilfeplanung und das Case Management beurteilt. Hierbei wurden praktizierte und geplante Kooperationen mit Dritten – wie der Agentur für Arbeit, den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden und Privaten – berücksichtigt. Auch die regionale Lage sowie vorhandene und geplante Innovationen im beschäftigungspolitischen Bereich, komplementäre Angebote und Dienste, Controlling, Datenerfassung, EDV und Qualitätsmanagement wurden in die Entscheidungsfindung einbezogen.*

